KONZERN

LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG

BETEILIGUNGSBERICHT

2019

Guten Tag,

mit der 16. Auflage des Beteiligungsberichts bieten wir auch im Jahr 2019 in bekannter Weise einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Beteiligungen des Landkreises Limburg-Weilburg.

Grundlage des Beteiligungsberichts bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2018. Die Angabe zu den Organen und deren Besetzung entsprechen dem Berichtsstand (31. Dezember 2018).

Der Bericht enthält die Angaben zu den Beteiligungsverhältnissen und der Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften. Zudem werden die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt. Auszüge aus den Lageberichten sollen einen Eindruck von der wirtschaftlichen Situation und der Zukunftsprognose geben.

Der Landkreis Limburg-Weilburg erfüllt einen Teil seiner kommunalen Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung in wirtschaftlich geführten Unternehmen (Beteiligungen und Eigenbetriebe). Die transparente Darstellung und leicht verständliche Aufbereitung des „Konzerns Landkreis Limburg-Weilburg“ bleibt auch mit diesem Beteiligungsbericht die oberste Zielsetzung.

Ein besonderer Dank gilt allen Geschäftsführern, Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen für ihre engagierte Arbeit.

Der Beteiligungsbericht ist nicht nur als Druckwerk, sondern darüber hinaus auch im Internet unter *www.landkreis-limburg-weilburg.de* erhältlich.
Wir freuen uns, Ihnen diese Broschüre präsentieren zu können!

Limburg, im Dezember 2019

Michael Köberle
- Landrat -

Inhaltsverzeichnis

1 Grundsätzliche Informationen 1

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht 1

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung 2

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen 3

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung 4

1.5 Übersicht der Beteiligungen 7

2 Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe 9

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg 11

2.2 Abwasserverband Christianshütte 27

2.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg 31

2.4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH 37

2.5 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG i. L. – Pullach 51

2.6 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG i. L. – Pullach 53

2.7 Kreishallenbad Weilburg GmbH 55

2.8 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH 57

2.9 FrankfurtRheinMain GmbH 67

3 Sparkassen 75

3.1 Kreissparkasse Limburg 77

3.2 Kreissparkasse Weilburg 85

3.3 Nassauische Sparkasse 93

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %) 97

4.1 Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR 99

4.2 Nassauische Heimstätte 101

4.3 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH 105

4.4 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH 111

4.5 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG 121

4.6 Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG 121

4.7 Frankfurter Volksbank eG 121

4.8 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH 123

4.9 ZVN Finanz GmbH 131

4.10 ekom21 135
4.11 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH 139
5 Zweckverbände 149
5.1 Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg i. L. 151
5.2 Zweckverband Naturpark Taunus 153
5.3 Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd 155
6 Jobcenter 157
6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg 159
7 Mittelbare Beteiligungen 163
7.1 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH 165
7.2 clinicpartner eG 167
7.3 Hallenbad Diez-Limburg GmbH 169
7.4 Klinikverbund Hessen e. V. 175
7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH 181
7.6 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH 185
8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine 189
8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2018 191
8.2 Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V. 195
8.3 Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V. 199
9 Bürgschaften/ Darlehen 201

1 Grundsätzliche Informationen

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht

1.1.1 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat der Hessische Landtag eine wichtige Neuregelung beschlossen:
Es besteht nach § 123 a HGO ab 2005 die **Verpflichtung der Kommune**, zur Information der Gemeindevertretung / des Kreistages und der Öffentlichkeit, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Kommune **mindestens über 20% der Anteile** verfügt.

Die Mindestanforderungen an den Informationswert des Beteiligungsberichtes sind in § 123a Abs. 2 HGO definiert. Zu nennen sind insbesondere:

1. Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens
2. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde / den Kreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde / dem Kreis gewährten Sicherheiten.

Wir haben außerdem der Vorgabe entsprochen, die Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Organs in den vom Kreis dominierten Beteiligungsunternehmen darzustellen.

Eine Beschränkung des Beteiligungsberichtes auf Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, bei denen der Landkreis Limburg-Weilburg mindestens über 20% der Anteile verfügt, oder auch nur auf den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung, hätte die Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Landkreises Limburg-Weilburg nur unzureichend dokumentiert.
In diesen Bericht werden deshalb über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehend - analog der ursprünglich auf freiwilliger Basis erstellten Beteiligungsberichte - alle Beteiligungen im weitesten Sinne (Unternehmen, Verbände und Vereine sowie die Eigenbetriebe) aufgenommen, die außerhalb der Kernverwaltung und des Haushaltes des Landkreises Limburg-Weilburg geführt werden.

§ 123 a Abs. 3 HGO sieht auch vor, dass der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung des Kreistages zu erörtern ist. Weiter muss der Kreis darüber informieren, dass der Beteiligungsbericht vorliegt und von allen Einwohnern eingesehen werden kann.

1.1.2 Inhalt

Die in diesem Beteiligungsbericht dargestellten Beteiligungen mit den jeweiligen Abschlussergebnissen beziehen sich auf die Geschäfts-/Haushaltsjahre 2017 bis 2018. Änderungen, die erst im Jahr 2018 erfolgten bzw. zu einem späteren Zeitpunkt finanzielle Auswirkungen haben werden, werden erst in dem nachfolgenden Beteiligungsbericht ihren Niederschlag finden.

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 GG). Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der z. Zt. gültigen Fassung eröffnen den Kommunen die Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde respektive des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht, und
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die kraft ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die HGO normiert die grundsätzliche Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune, setzt ihr gleichzeitig aber auch bestimmte Grenzen.
Mit der Modifikation der HGO vom 31. Januar 2005 wurde auch im Land Hessen eine Subsidiaritätsregelung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen eingeführt.
Anders als im bisherigen Recht wird nicht mehr nur auf die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens abgestellt.

Die Beschränkungen der HGO beziehen sich in einem umfassenden Sinn nunmehr auf die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune. Eine Legaldefinition des Begriffs fehlt gänzlich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei einer wirtschaftlichen Betäti-

gung (bzw. einem wirtschaftlichen Unternehmen) um eine solche handelt, die auch von einem Privatunternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnte.

Das Abgrenzungskriterium sollte daher der vom Gesetzgeber in § 121 Abs. 2 HGO festgelegte Negativkatalog sein, d. h., nur Tätigkeiten, die nicht unter den Ausnahmetatbestand des § 121 Abs. 2 HGO fallen (traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die in besonderer Weise den Schutz des Art. 28 Abs. 2 GG genießen), sind als wirtschaftliche Betätigung anzusehen. Nur diese Tätigkeiten unterliegen dem Subsidiaritätsvorbehalt gem. § 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO.

Gemäß § 121 Abs. 1
Satz 1 HGO gilt der Subsidiaritätsvorbehalt nicht, soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden (sog. Bestandsschutz).
Die Beschränkungen für die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen sollen nur auf nach dem Stichtag begonnene und erweiterte Betätigungen angewandt werden. Der Bestandsschutz erstreckt sich weiterhin auf nach dem Stichtag vorgenommene oder von der allgemeinen Entwicklung am Markt vorgegebene Erweiterung der Betätigung in den gesetzlich liberalisierten Bereichen der Daseinsvorsorge (Stromversorgung, Gasversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr).

Daraus ist zu folgern, dass künftig in die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune von staatlicher Seite reglementierend nur eingegriffen werden kann, wenn es sich um die Errichtung oder Übernahme sonstiger - erwerbswirtschaftlich orientierter - Unternehmen handelt.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es gibt im Berichtsjahr keinen Anlass, die bisherigen rechtlichen Beurteilungen zu ändern.

Nach Vorgabe des § 121 Abs. 7 HGO haben die Kommunen mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen und inwieweit die Tätigkeiten privater Dritten übertragen werden können.

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Organisationsformen, auf die im Rahmen dieses Berichts eingegangen wird.

1.3.1 Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d. h., von der übrigen (Kreis-) Verwaltung getrennt. Organe der Eigenbetriebe sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen. Die Gemeindevertretung / der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihr/Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

1.3.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Das Privatvermögen der Gesellschafter haftet nicht für die Verbindlichkeiten der GmbH, es besteht eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Die GmbH kennt nur zwei notwendige Organe: die Gesamtheit der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist für die GmbH nicht allgemein vorgeschrieben; seine Einrichtung ergibt sich jedoch in der Regel aus § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO (Sicherung der Einflussnahme).

1.3.3 Rechtlich selbständige Anstalten (Anstalten des öffentlichen Rechts)

Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gilt. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten (§ 3 Sparkassengesetz).

1.3.4 Zweckverbände

Die Zweckverbände sind Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

1.3.5 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

1.3.6 Eingetragene Vereine (e.V.)

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister („e.V.“) beim zuständigen Amtsgericht erlangen.

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung

Mit dem Gesetz zur Änderung der HGO und anderer Gesetze vom 31.01.2005 (GVBl. I. S. 54) sind auch die Vorschriften über die gemeindliche Haushaltswirtschaft geändert worden. Im Sechsten Teil der HGO finden sich zum einen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung und zum anderen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchfüh-

rung „Doppik“, also für die doppelte Buchführung in Konten. Die Vorschriften der GemHVO 1974 waren letztmals auf das Haushaltsjahr 2008 anzuwenden. Spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 war auch für Zweckverbände nach dem KGG, Wasser- und Bodenverbände, den Landeswohlfahrtsverband Hessen etc. das kommunale Haushaltsrecht umzustellen. Mit dieser Umstellung verbunden ist auch die Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Darin sind die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden anzusetzen. Somit wird der Ressourcenverbrauch der Körperschaft künftig auch in einer Bilanz dargestellt.
Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB). Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

1.4.1 Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva).
Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).
In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden, wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d.h., eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, wurde bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt, die Leistungserfüllung erfolgt aber erst im Folgejahr.

Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt ist, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.

Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

1.4.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung oder Ergebnisrechnung genannt - dar.
Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder -fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

1.5 Übersicht der Beteiligungen

1.5.1 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

Beteiligungen	Anteil	Gesellschafter	Seite
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	27
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	165
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	167
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	31
ekom 21 GmbH	1,420 %	Landkreis Limburg-Weilburg	135
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	195
FrankfurtRheinMain GmbH	1,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	67
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	37
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	99
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	169
Jobcenter Limburg	-		159
KIG I Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	51
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	53
Klinikverbund Hessen GmbH	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	175
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	55
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	57
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	77
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	85
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	199
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	181
Mitgliedschaften, Verbände und Vereine		Landkreis Limburg-Weilburg	189
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,008 %	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	185
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	105
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	111
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg i.L.	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	151
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,615 %	Landkreis Limburg-Weilburg	139
Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	15,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	123
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	131
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	153
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	3,330 %	Landkreis Limburg-Weilburg	155

1.5.2 Beteiligungen nach Bereichen und in alphabetischer Reihenfolge

Beteiligungen	Anteil	Gesellschafter	Seite
Beteiligungen	Anteil	Gesellschafter / Träger / Mitglied	Seite
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	27
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	165
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	167
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	31
ekom 21 GmbH	1,42	Landkreis Limburg-Weilburg	135
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	195
FrankfurtRheinMain GmbH	1,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	67
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	37
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	99
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	169
Jobcenter Limburg	-		159
KIG I Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	51
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	53
Klinikverbund Hessen GmbH	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	175
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	55
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	57
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	77
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	85
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	199
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	181
Mitgliedschaften, Verbände und Vereine		Landkreis Limburg-Weilburg	189
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,008 %	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	185
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	105
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	111
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg i.L.	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	151
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,615 %	Landkreis Limburg-Weilburg	139
Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	15,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	123
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	131
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	153
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	3,330 %	Landkreis Limburg-Weilburg	155
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	99
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	169
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	55
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,008 %	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	153

2 Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse: Niederstein Süd, 65614 Beselich-Obertiefenbach

Homepage: www.awb-lm.de

Rechtsform: Der Abfallwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb des Landkreises wird nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes, den Bestimmungen der Betriebssatzung und der Abfall- und Gebührensatzung als Eigenbetrieb geführt

Gesellschafter: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Stammkapital: 971.454,58 Euro

Gründungsjahr: 15.12.1995

Betriebssatzung: beschlossen vom Kreistag am 15. Juni 2001

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand und Zweck des Unternehmens:

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) stellt die geordnete Abfallbewirtschaftung im Kreisgebiet nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften sowie der Abfall- und Gebührensatzung sicher. Hierzu gehören folgende Aufgaben:

a) die Erfassung, Verwertung und Entsorgung von gewerblichen und häuslichen Abfällen,
b) die Errichtung, der Ausbau und Betrieb von Deponien, Abfallbehandlungs-, Bauschuttverwertungs- und Kompostierungsanlagen,
c) die planerische und technische Konzeption der Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftskonzept, Abfallsatzung, Verfahren der Abfalltechnik),
d) die Abfallberatung,
e) die Erbringung der für die vorgenannten Aufgabenbereiche erforderlichen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung Bernd Caliari

Betriebskommission:

Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	Vorsitzender
Ruprecht Keller	
Doris Reifenberg	
Oliver Jung	
Reinhold Ketter	
Valentin Bleul	
Burkhard Hölz	
Peter Trottmann	
Peter Rompf	
Kerstin Weyrich	
Michael Franz	
Horst Kaiser	
Sebastian Jeuck	
Carmen Steger	

Bezüge
Die Sitzungsgelder der Betriebskommission betrugen im Geschäftsjahr 1.922,10 Euro.
In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Geschäftsbezüge der Betriebsleitung verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2018 in €**	**2017 in €**
Anlagevermögen	10.799.969,87	9.738.603,65
Immaterielle Vermögensgegenstände	154.495,50	1.366,50
Vorräte	30.509,00	30.509,00
Forderungen	2.980.118,88	1.607.424,09
Wertpapiere	52.000.000,00	48.000.000,00
Kassenbestand	7.212.760,66	9.634.446,98
Rechnungsabgrenzungsposten	23.897,50	23.715,95
Summe Aktiva	**73.225.615,20**	**69.036.066,17**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Stammkapital	971.454,58	971.454,58
Zweckgebundene Rücklagen	2.165.754,67	1.170.074,55
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	41.691,35	1.016.661,78
Sonderposten mit Rücklageanteil	38.755,99	51.716,98
Rückstellungen	64.115.017,16	60.191.904,00
Verbindlichkeiten	5.838.916,22	5.522.735,28
Summe Passiva	**73.225.615,20**	**69.036.066,17**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
Umsatzerlöse	20.668.008,60	20.087.923,03
+ sonstige betriebliche Erträge	113.693,85	173.905,74
- Materialaufwand	1.621.718,28	1.839.888,54
- Personalaufwand	1.865.189,39	1.611.221,05
- Abschreibungen	1.157.581,27	985.066,00
- sonstige betriebliche Aufwendungen	16.925.116,52	16.635.064,81
+ Erträge aus Wertpapieren	963.798,52	1.105.208,56
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.033,20	4.403,01
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	190.677,56	246.387,08
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	16.008,20	13.300
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
- Sonstige Steuern	14.936,30	15.039,30
Jahresgewinn/-fehlbetrag	**41.691,35**	**25.473,56**

Geschäftsverlauf / Situationsbericht

Allgemeines

Gemäß Beschluss des Kreistages vom 15.12.1995 wurden die dem Landkreis obliegenden abfallwirtschaftlichen Aufgaben auf den mit Wirkung zum 01.01.1996 geschaffenen Abfallwirtschaftsbetrieb AWB) des Landkreises Limburg-Weilburg übertragen.
Der AWB wird finanzwirtschaftlich als Sondervermögen des Landkreises geführt.

Einrichtungen

Der AWB betreibt zur Entsorgung von Abfällen aus Haushalten und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen die Kreisabfalldeponie Beselich. Seit dem Inkrafttreten der Ablagerungsverordnung zum 1. Juni 2005 dürfen keine unbehandelten Abfälle mehr abgelagert werden. Ab diesem Zeitpunkt erfolgt die Behandlung der Restabfälle im mechanisch-biologischen Verfahren in der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG, Rennerod.

Mit dem Verbot der Ablagerung für nicht behandelte Abfälle musste auch eine Möglichkeit zur Annahme und Umladung solcher Abfälle geschaffen werden, die von Bürgern, Gewerbetreibenden und Kommunen des Landkreises angeliefert werden. Hierzu wurde der bestehende Wertstoffhof erweitert und mehrere Anlieferungsboxen errichtet. In diese Boxen werden die Abfälle der einzelnen Kunden getrennt nach ihrer Art abgeladen. Anschließend wird der Abfall in größere Transporteinheiten verladen und zu den Verwertungs- und Behandlungsanlagen gefahren. Auf dem Wertstoffhof können haushaltsübliche Mengen an Hausmüll, Sperrmüll, Bauschutt, Erde, Asbestabfälle, Bitumenabfälle, Mineralfaserabfälle, HBCD-haltige Dämmmaterialien, Altholz, Metall, Papier und Pappe, Altreifen, Korken, Batterien, Kunststoffe, Flachglas, Autobatterien, CDs, DVDs, Druckerpatronen, PU-Schaumdosen, Schuhe, Textilien sowie Verpackungen aus Glas (Flaschen, Gläser) und Leichtverpackungen in gelben Wertstoffsäcken angeliefert werden.

Auf dem erweiterten Gelände des Wertstoffhofes befindet sich auch die Annahme- und Übergabestelle für Elektroaltgeräte, die seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektro-

nikgerätegesetzes vorgehalten werden muss. Hier können Elektroaltgeräte, Leuchtstoffröhren, Nachtspeicheröfen, Solarmodule und Energiesparlampen auch direkt von den Bürgerinnen und Bürgern abgegeben werden.

Die Reinigung des Deponiesickerwassers wird seit dem Jahr 2008 vollständig in Eigenregie des AWB durchgeführt. Im Herbst 2007 wurde die Sickerwasserreinigungsanlage ertüchtigt, in dem das Sickerwasser zusätzlich mittels Aktivkohle gereinigt wird.

Mit der Inbetriebnahme der neu angeschafften Gasverwertungsanlage wird jetzt neben der Entgasung der Deponie auch die Gasverwertung in Eigenregie des AWB durchgeführt. Seit dem Jahr 2018 wird ein Teil des erzeugten Stroms in den Einrichtungen des AWB selbst verbraucht.

Für die Verarbeitung von Bioabfällen betreibt die Herhof-Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG im Auftrag des Abfallwirtschaftsbetriebes die kreiseigene Kompostierungsanlage in Weinbach-Gräveneck sowie im Rahmen eines Betreibermodells das Kompostwerk in Beselich-Obertiefenbach. Am Kompostwerk Beselich werden derzeit umfangreiche Baumaßnahmen zur Ertüchtigung des Werkes durchgeführt.

Seit dem Jahr 2016 werden die Sammlungen von Hausmüll, Geschäftsmüll, Bioabfall, Altpapier und Elektrokleingeräten vom Unternehmen Bördner GmbH Städtereinigung durchgeführt.

Seit dem Jahr 2017 wird das gesammelte Altpapier von der Bördner GmbH Städtereinigung einer Verwertung zugeführt.

Die Sonderabfall-Kleinmengen werden durch die Bördner GmbH Städtereinigung eingesammelt.

Die Einsammlung von Elektrogroßgeräten führt das Projekt Job & Work der Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. durch. Für die Verwertung der Elektrogeräte ist seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zum 23.03.2006 die Stiftung Elektro-Altgeräte-Recycling (ear) zuständig. Im Jahr 2018 wurde die Verwertung der Haushaltsgroßgeräte sowie der Haushaltskleingeräte im Zuge der Eigenvermarktung von der Abholung durch EAR ausgenommen. Diese Geräte werden im Rahmen der Eigenverwertung von der Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungsgesellschaft zerlegt.

Benutzungsgebühren

Im Geschäftsjahr 2018 wurden die Gebühren für die im Holsystem (Haushalte, Kleingewerbe etc.) eingesammelten und im Bringsystem (Selbstanlieferer) angelieferten Abfälle nach der „Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg” vom 1. Dezember 2017 erhoben.

Seit dem 01.07.2006 erfolgt die Erhebung der Gebühren gemäß § 19 Abs. 3 und Abs. 4 ausschließlich durch den Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Gesamtgebühreneinnahme betrug 18.451 T€. Hiervon entfielen 17.816 T€ auf die Gebühren für Haus- und Geschäftsmüll, 487 T€ auf direkt der Deponie angediente Abfälle und 113 T€ auf direkt den beiden Kompostierungsanlagen angediente Abfälle. Die Gebühreneinnahme lag damit um 68 T€ unter der Einnahme des Jahres 2017 (inkl. 35 T€ Einnahmen aus dem Verkauf von Abfallsäcken).

Abfallmengen

Im Jahr 2018 wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb insgesamt 93.042 Mg Abfall überlassen. Dies sind 2.293 Mg weniger als im Jahr 2017.

Von dieser Menge wurden 46.697 Mg getrennt erfasst und einer Verwertung zugeführt. Die Menge ist gegenüber dem Vorjahr um 3.748 Mg gesunken. Im Jahr 2018 wurden 23.061 Mg Bioabfall (minus 624 Mg), 13.088 Mg Altpapier (minus 63 Mg), 3.532 Mg Altglas (plus 65 Mg), 4.043 Mg Verkaufsverpackungen (plus 24 Mg) und 1.542 Mg Haushaltsgeräte (minus 147 Mg) gesammelt und verwertet. Weiterhin wurden 1.504 Mg sonstiger Wertstoffe (Altreifen, Schrott, Batterien, Altholz, Kunststoff u. a.) (plus 72 Mg) erfasst und einer Verwertung zugeführt. Des Weiteren wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb 44.456 Mg an gemischten Abfällen überlassen.

Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Abnahme von 481 Mg. Von dieser Menge entfielen 38.547 Mg auf Hausmüll und gewerbliche Restabfälle und 5.834 Mg auf Sperrmüll. Vom Hausmüll und den gewerblichen Restabfällen wurden 38.423 Mg in der mechanisch-biologischen Stabilatanlage der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG behandelt. Aus dieser Menge konnten 22.344 Mg Ersatzbrennstoff und 1.703
Mg Altmetalle gewonnen werden. 3.725 Mg verblieben als mineralischer Rest und wurden beseitigt. Die Differenz zur Ausgangsmenge entfällt auf das während der Behandlung verdunstete Wasser.

Der eingesammelte Sperrmüll wurde in zehn Materialfraktionen sortiert. Von den Sortierfraktionen wurden 141 Mg Abfall einer stofflichen und 5.693 Mg einer energetischen Verwertung zugeführt. Über die Sonderabfallleinmengensammlung wurden 89 Mg Schadstoffe erfasst. Von dieser Menge wurden 28 Mg (Batterien, Öle, Fette und Fotochemikalien) einer Verwertung zugeführt.

Von der im Jahr 2018 überlassenen Menge von 93.042 Mg Abfall konnten 89.132 Mg verwertet werden. 3.909 Mg wurden beseitigt, davon 3.119 Mg auf der Kreisabfalldeponie Beselich.

Personal

Der Stellenplan 2018/19 des Abfallwirtschaftsbetriebes enthält 34 Stellen. Von diesen Stellen entfallen 5 Stellen auf die allgemeine Verwaltung (einschl. Betriebsleiter), 10 Stellen auf die Gebührenveranlagung, 3 Stellen auf Abfalltechnik, Abfallberatung und Öffent-

lichkeitsarbeit sowie 16 Stellen auf den Bau und Betrieb von Abfallbehandlungsanlagen. Von den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen waren zum Stichtag 1. Oktober 2018 alle Stellen besetzt.

Die Vergütung des Personals erfolgt nach dem TVÖD. Im Jahr 2018 betrug der Personalaufwand 1.855 T€, davon entfallen 1.439 T€ auf Gehälter und 416 T€ auf den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und die Beiträge zur Zusatzversorgungskasse.

Für Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen wurden im Berichtsjahr 9 T€ verausgabt.

Stand der Bauvorhaben

Zum Jahresende 2018 wurde der Neubau des Verwaltungsgebäudes einschließlich des neuen Waagebüros fertiggestellt. Die Sanierung des AWB-Eingangsbereichs konnte im Frühjahr 2019 abgeschlossen werden.

Als nächste Deponiebau Maßnahme ist der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 vorgesehen, damit dieser, als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt, seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit erhält. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Teilbereich ist als Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie ebenfalls ein Bestandteil der Nachsorge.

Nach Herstellung der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 ist dann die Oberflächenabdeckung der Deponieabschnitte B 1 bis B 2 als weitere Baumaßnahme vorgesehen. Diese Abdeckung soll ebenfalls nach bundeseinheitlichem Qualitätsstandard ausgeführt werden, die eine spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung gewährleistet. Bei dieser Baumaßnahme fällt bei der Profilierung einzelner Böschungsbereiche ein abfallhaltiger Materialüberschuss an. Damit dieser innerhalb der Kreisabfalldeponie sicher umgelagert werden kann, ist zuvor der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 notwendig.

Vermögenslage

Das Stammkapital des Abfallwirtschaftsbetriebes beläuft sich auf 971.454,58 Euro. Die Gebührenausgleichsrücklage aus den Vorjahren beläuft sich auf 2.165.754,67 Euro der Gewinnvortrag Photovoltaikanlagen auf 131.387,93 Euro. Insofern ergibt sich per 31.12.2018 unter Berücksichtigung des Verlustes aus dem Wirtschaftsjahr 2018 von 41.691,35 Euro ein positiver Kapitalbetrag in Höhe von 3.226.905,83 Euro. Die in der Bilanz zum 31.12.2017 passivierten zweckgebundenen Sonderposten mit Rücklageanteil aus erhaltenen Zuschüssen betragen 38.755,99 Euro.

Im Jahr 2018 fanden keine Kapitalzuführungen bzw. Kapitalentnahmen seitens des Landkreises Limburg-Weilburg statt. Es ergaben sich somit keine Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

Der Bestand an Wertpapieren des Umlaufvermögens und sonstigen liquiden Mitteln beträgt 7.212.760,66 Euro (Vorjahr: 9.634.446,98 Euro). Der Bestand an Wertpapieren des Anlagevermögens hat sich von 48.000.000 Euro auf 52.000.000,00 Euro erhöht.

Mit notariellem Vertrag vom 6. März 2019 hat der Landkreis Limburg-Weilburg 50 % der Anteile an der Beteiligungsgesellschaft MBS-Anlage Westerwald mbH sowie 50 % der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG erworben. Diese Beteiligung wird im Sondervermögen des AWB bilanziert. Im Vorgriff auf diesen Beteiligungserwerb sind dem AWB in 2018 Erwerbsnebenkosten in Höhe von 23.863,87 € entstanden.

Daneben haben sich die Verbindlichkeiten an Kreditinstitute im Vergleich zum Vorjahr um 304.991,02 Euro auf 3.512.310,51 Euro vermindert.

Die Summe der Rückstellungen beläuft sich auf 64.121.037,16 Euro. Hiervon entfallen auf die Rückstellung für die Nachsorge und Rekultivierung der Deponie 63.652.251,16 Euro. Für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, für Urlaubsrückstellungen, Überstunden, Archivierungskosten und Steuern wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt 152.820,00 Euro gebildet. Für den Rückbau der Kompostierungsanlage Gräveneck nach Aufgabe einer dauerhaften Nutzung wurde eine Rückstellung in Höhe von 280.766,00 €, für den Rückbau der Photovoltaikanlagen wurde eine Rückstellung in Höhe von 35.200 € gebildet.

Gegenüber dem Landkreis Limburg-Weilburg besteht zum 31.12.2018 eine Verbindlichkeit aus den Verrechnungen der Debitoren und Kreditoren in Höhe von 342.685,99 T€.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen kurzfristigen Verpflichtungen bestehen in Höhe von 2.327 T€.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 803 T€ auf 20.668 T€ gesunken. Die Gesamterträge einschließlich der Zinsen beliefen sich 2018 auf 21.750 T€ und lagen damit 31 T€ über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes.

Bei den bezogenen Leistungen wurden mit einem Gesamtvolumen i.H.v. 1.562 T€ ca. 165 T€ gegenüber dem Planansatz eingespart. Diese Einsparung ist auf die Betreiberentgelte für die Kompostanlagen zurückzuführen wobei Mehrausgaben für die Sickerwasserreinigung dem gegenüber standen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden 237 T€ geringere Aufwendungen gegenüber dem Planansatz verbucht. Diese Einsparungen entfallen auf Instandhaltungsmaßnahmen der Entsorgungsanlagen.

Gegenüber dem Planansatz wurden bei den Personalkosten 65 T€ höhere Aufwendungen, dem gegenüber bei den Abschreibungen 81 T€ geringere Aufwendungen realisiert.

Der Gesamtbetrag der Aufwendungen liegt mit 21.791 T€ ca. 519 T€ unter dem

Planansatz von 22.310 T€. Die Abschreibungen wurden 2018 nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter bzw. auf den voraussichtlichen Schließungstermin der Deponie im Jahre 2020 ermittelt.

Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 42 T€.

Er liegt damit um 550 T€ unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes mit einem Verlust von 592 T€.

Ausblick und Risikoabschätzung

Gebühren

Die Erhebung der Gebühren erfolgt im Jahr 2019 auf Basis der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung) vom 14. Dezember 2018. Diese Gebühren wurden analog zu den durch das Büro Schüllermann und Partner für das Jahr 2007 kalkulierten Gebührensätzen errechnet. Dabei wurden die Vorgaben aus dem Beschluss des VGH vom 8. September 2005 berücksichtigt. Für das Jahr 2019 ergaben sich im Bereich der Haushalte um 0,24 € niedrigere personenbezogene Gebühren.

Im Rahmen des vom Landkreis für die Jahre 2018 und 2019 aufgestellten Doppelhaushalts hat auch der AWB eine Planung für diese zwei Jahre erstellt. Für das Wirtschaftsjahr 2019 sind 21.586.800 € Gesamterträge geplant. Denen stehen Aufwendungen von 22.388.965 € gegenüber. Somit ist ein Verlust in Höhe von 802.165 € geplant. Dieser Verlust kann aus der Gebührenausgleichsrücklage abgedeckt werden.

Für das Jahr 2019 sind Investitionen in Höhe von 455 T€ vorgesehen. Im Jahr 2018 wurden einige der geplanten Investitionen nicht umgesetzt und in das laufende Jahr verschoben. Diese Investitionen betreffen im Wesentlichen die Bereiche Gebäude und Betriebsausstattung.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit bzw. aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand. Es ist keine Kreditaufnahme erforderlich.

In welchem Umfang eine Gebührenanpassung für das Jahr 2020 notwendig ist, wird die im jährlichen Turnus erfolgende Überprüfung der Kalkulation zeigen. Entsprechend dem Beschluss des Kreistages vom 8. Dezember 2006 ist das Ergebnis dieser Überprüfung dem Kreistag jeweils bis zum 1.Oktober des Jahres vorzulegen.

Deponienachsorge

Entsprechend einer ingenieurtechnischen Berechnung aus dem Jahr 2010 durch die Ingenieurgesellschaft für Industriebau, Wasser- und Abfallwirtschaft mbH, 59320 Ennigerloh ist zum Stichtag 31.12.2020 für einen anschließenden hundertjährigen Stilllegungs- und Nachsorgezeitraum im Hinblick auf Gebührenrecht ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 69.954 T€ erforderlich. Bereits vor dem 31.12.2020 sind in den schon verfüllten Deponieabschnitten A und B Teile der Oberfläche abzudichten oder abzudecken und Einrichtungen des Entgasungssystems zu errichten. Für diese Maßnahmen entstehen vor dem 31.12.2020 zusätzliche Kosten in Höhe von 8.008 T€, die ebenfalls aus der Nachsorgerückstellung gedeckt werden müssen. Somit muss ein Gesamtbetrag in Höhe von 77.962 T€ für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 erwirtschaftet werden.

In dieser Berechnung wird eine jährliche Preissteigerung in Höhe von 1,6% sowie eine Kapitalverzinsung in Höhe von 3,6% berücksichtigt.

Für Baumaßnahmen am Schrägschacht, der Oberflächenabdeckung und Errichtung des Gasfassungssystems wurde bis zum 31. Dezember 2018 ein Betrag in Höhe von 6.215 T€ der Nachsorgerückstellung entnommen. Somit muss für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 noch ein Gesamtbetrag von 71.747 T€ erwirtschaftet werden. Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Deponienachsorge auf einen Betrag von 63.652 T€. Zum 31. Dezember 2018 besteht noch eine Differenz zu dem betriebswirtschaftlich notwendigen Gesamtbetrag von 71.747 T€ in Höhe von 8.094 T€. Dieser Betrag soll in den Jahren 2019 und 2020 erwirtschaftet werden.

Es erfolgt eine weitere ingenieurtechnische Berechnung zur Aktualisierung des Kosten- und Ausgabenplans.

Die bereits für die Rückstellung der Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtung für die Kreisabfalldeponie erwirtschafteten Finanzmittel sind zu etwa 50 Prozent als festverzinsliche Anlagen bei Banken, die dem Einlagensicherungsfond des Bundesverbandes deutscher Banken angehören, angelegt worden. Ca. 22 Prozent sind als festverzinsliche Anlagen bei Instituten angelegt, die dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angehören. Ca. 6 Prozent sind als festverzinsliche Anlagen bei Instituten angelegt, die dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands angehören. Die übrigen 22 Prozent wurden in PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden oder in Gebäude, Fahrzeuge und Maschinen des AWB investiert.

Aufgrund der Reform des freiwilligen Einlagensicherungsfonds der deutschen Banken wurden Bund, Länder und Kommunen mit Wirkung zum 1. Oktober 2017 als professionelle Investoren eingestuft und Einlagen dieser Anleger ab diesem Datum nicht mehr vollumfänglich geschützt. Die vor dem 1. Oktober 2017 getätigten Einlagen genießen Bestandsschutz.

Aus diesem Grund werden ab diesem Datum Finanzanlagen nur bei Kreditinstituten getätigt, die über die gesetzlich vorgeschriebene Einlagensicherung hinaus durch den Haftungsverbund ihrer Mitgliedsinstitute eine weitere Sicherheit bieten. Dies sind Geldinstitute, die dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken oder dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands angehören. Erfahrungsgemäß liegen die Zinssätze der diesen Sicherungseinrichtungen angeschlossenen Institute deutlich unter denen der privaten Banken. Somit ist mittelfristig ein Rückgang der Zinserträge aus den angelegten Rückstellungen zu erwarten.

Entwicklung der Rahmenbedingungen bei der Restabfallbehandlung

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen (Ablagerungsverordnung) in Verbindung mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) dürfen ab dem 01.06.2005 keine unvorbehandelten Abfälle mehr deponiert werden. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren erhielt die Herhof-Umwelttechnik GmbH im Jahr 2003 den Zuschlag zur Vorbehandlung der Restabfälle im mechanisch-biologischen Verfahren zu einem Netto- Behandlungspreis von 88,84 € je Tonne Abfall. Die Herhof Umwelttechnik GmbH wiederum hat im Einvernehmen mit dem Landkreis den Entsorgungsvertrag auf die Betreibergesellschaft der MBS-Anlage in Rennerod, der MBS-Anlage Westerwald

GmbH & Co. KG übertragen. Gesellschafter der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG sind:

- das irische Unternehmen Treasury Holding Germany mit 48 %,
- die Emil Mann GmbH & Co. KG mit 26 %
- und der Westerwaldkreis mit 26 %

der Geschäftsanteile. Das Unternehmen Emil Mann GmbH & Co. KG wurde zum Ende des Jahres 2006 von der UBG Beteiligungs-GmbH, Buseck übernommen. Bei der mechanisch-biologische Behandlung der Restabfälle erfolgt zunächst eine Trocknung der Abfälle in Folge der eintretenden Selbsterhitzung des Abfalls. Anschließend werden die energiereichen Bestandteile des Abfalls separiert und zu einem hochwertigen Ersatzbrennstoff aufbereitet. Dieser Brennstoff wird in Kraftwerken, Zementwerken oder anderen industriellen Feuerungsanlagen an Stelle von fossilen Energieträgern eingesetzt. Metallabfälle werden in diesem Verfahren getrennt nach Eisen- und Nicht-Eisenmetallen aussortiert und in die Altmetallverwertung abgegeben. Inerte und nicht verwertbare Bestandteile des Restabfalls werden deponiert. Die ab dem 01.06.2005 auf dem Entsorgungsmarkt eingetretene Verknappung der Verarbeitungskapazitäten in Verbindung mit steigenden Verarbeitungspreisen für Restabfall hat sich auch auf den Betrieb der MBS-Anlage im Jahr 2006 ausgewirkt. So konnten in der Anlage nicht sämtliche im Landkreis Limburg- Weilburg angefallenen Restabfälle behandelt werden. Der AWB musste deshalb im Jahr 2006 auf der Kreisabfalldeponie Beselich ein Notfallzwischenlager einrichten und bis in das Jahr 2007 hinein Teilmengen von Restabfall zwischenlagern.

Darüber hinaus musste die MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG auch große Teile des erzeugten Outputs zwischenlagern, da die am Markt vorhandenen Verwertungskapazitäten nicht ausreichten und stetig höhere Zuzahlungen für den erzeugten Ersatzbrennstoff verlangt wurden. Die nicht absetzbare Restmenge musste deshalb in Ballen verpackt und auf speziell hierfür errichteten Lagerflächen zwischengelagert werden.
Um die aus den vorgenannten Gründen drohende Insolvenz der Gesellschaft zu vermeiden, haben die anliefernden Landkreise mit Wirkung zum 1. September 2005 einer dauerhaften Erhöhung des Verarbeitungsentgelts auf netto 114,00 € je Tonne Abfall zugestimmt.

Aufgrund der erfolgten wirtschaftlichen Konsolidierung der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG konnte die Gesellschaft inzwischen die Verarbeitungsentgelte zum 1. April 2015 auf netto 86,00 € je Tonne vermindern. Dieses Verarbeitungsentgelt unterliegt in den folgenden Jahren einer jährlichen Preissteigerung von zwei Prozent. Ab dem 1. April 2019 beträgt das Entgelt netto 93,09 € je Tonne.

Aufgrund der beschriebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gesellschaft in den ersten Vertragsjahren konnte diese die geforderte Vertragserfüllungsbürgschaft zum Vertragsbeginn nicht stellen. Aufgrund der eingetretenen Konsolidierung des Entsorgungsmarktes für Restabfälle und der langfristig gesicherten Verwertung des erzeugten Ersatzbrennstoffs (Trockenstabilat), wurde bislang auf die Vorlage der Vertragserfüllungsbürgschaft verzichtet.

Mit der Gesellschaft wurden Änderungsverträge dahingehend abgeschlossen, dass der Landkreis bei entsprechender Entwicklung des Entsorgungsmarktes jährlich bis zum 30. Juni diese Bürgschaft anfordern kann. Sofern die Bürgschaft nicht angefordert wird, erhält der AWB von der Gesellschaft einen finanziellen Ausgleich in Höhe der Kosten, die der Gesellschaft für Gestellung der Bürgschaft entstehen.

Vor dem Hintergrund, dass die Behandlungsverträge der Landkreise Westerwaldkreis und Limburg-Weilburg mit der MBS-Anlage Westerwald im März bzw. Mai 2020 auslaufen, haben die beiden privatwirtschaftlichen Mitgesellschafter den Verkauf ihrer Gesellschaftsanteile angeboten. Nach Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Grundlagen sowie der kommunal-, gesellschafts-, vergabe-, gemeindewirtschafts-, kommunal-, preis- und arbeitsrechtlichen Aspekte haben die Landkreise Westerwald und Limburg-Weilburg zum Stichtag 31. Dezember 2018 je 50 % der Gesellschaftsanteile erworben. Die Kaufpreiszahlung in Höhe von 2,75 Mio. € erfolgte am 17. April 2019. Im nächsten Schritt müssen die Gremien des Landkreises Limburg-Weilburg noch formell beschließen, die MBS-Anlage-Westerwald GmbH & Co. KG weiterhin mit der Behandlung der Restabfälle zu beauftragen.

Abfalleinsammlung

Im Jahr 2016 hat die Fa. Remondis 100% der Gesellschaftsanteile an der Fa. Bördner Städtereinigung erworben. In Hinblick auf zukünftige Ausschreibungen im Bereich der Abfallsammlung ist zu beobachten, wie sich der Markt in diesem Bereich entwickelt. Bereits bei der im Jahr 2015 durchgeführten Ausschreibung der Sammlung und des Transports von Rest- und Bioabfall, Altpapier sowie Sperrmüll und Gehölzschnitt haben nur noch drei bzw. vier Unternehmen Angebote eingereicht. Bei Ausschreibung der gleichen Leistung im Jahr 2008 waren es noch fünf bzw. sechs Anbieter. Bis zur nächsten Ausschreibung sollen die Kosten für eine Eigenerledigung von Sammelleistungen ermittelt werden. Auf Basis einer eigenen Kalkulation soll dann entschieden werden, ob die jeweilige Leistung ausgeschrieben und durch Dritte erbracht oder selbst durchgeführt werden soll. Zur Ermittlung der gefäßbezogenen Basisdaten, wie z. B. die genaue Anzahl der Abfallgefäße, deren räumliche Verteilung sowie der Bereitstellungsgrad der Gefäße ist die Identifikation der Abfallgefäße erforderlich. Hierzu wurde ein externes Unternehmen mit der Gefäßidentifikation beauftragt, das im zweiten Halbjahr 2018 etwa 95 Prozent der Abfallgefäße mit Transpondern ausstatten konnte. Die dabei nicht ausgestatteten Gefäße müssen durch den AWB nachgerüstet werden.

Mit der Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes wurde die Mautpflicht zum 1. Juli 2018 auf alle Bundesstraßen und auf Lkw ab 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht ausgeweitet. Die mit der Einsammlung von Rest- und Bioabfall, Altpapier, Sperrmüll und Gehölzschnitt beauftragten Unternehmen haben vom AWB die Übernahme dieser zusätzlichen Mautkosten gefordert, da diese Kosten zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe im Mai 2015 nicht absehbar waren. Die zusätzlichen Mautkosten für das Jahr 2018 belaufen sich auf ca. 5.200 €. In einem weiteren Schritt hat das Unternehmen Bördner auch die Mehrkosten infolge der Mauterhöhung zum 1. Januar 2019 eingefordert. Diese Summe beläuft sich für das Jahr 2019 auf ca. 16.000 €.

Das Unternehmen Bördner hat zum 1. Januar 2019 für die Abfallsammlung eine Preisanpassung in Höhe von ca. 3,9 % geltend gemacht hat, da die vertragliche Regelung einer mindestens zweiprozentigen Abweichung gegenüber dem bestehenden Preis erfüllt ist. Dies ist die erste Preisanpassung für den seit dem Jahr 2016 laufenden Vertrag. Die Mehrbelastung für das Jahr 2019 beträgt ca. 160.000 €.

Wertstofferfassung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt seit dem 1. Januar 2015 u. a. die getrennte Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen vor. Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur getrennten Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen stehen auf dem Wertstoffhof entsprechende Sammelcontainer bereit.

Nachdem es der Gesetzgebung nicht gelungen ist, ein Wertstoffgesetz umzusetzen, wurde das Verpackungsgesetz verabschiedet. Dieses hat seit dem 1. Januar 2019 die Verpackungsverordnung ersetzt.
Neu im Verpackungsgesetz ist unter anderem, dass die Gebietskörperschaften verpflichtet werden, den bei der Sammlung von Altpapier erfassten Anteil an Verkaufsverpackungen an die dualen Systeme herauszugeben. Auf Grundlage der früheren Rechtslage und Rechtsprechung konnten die Gebietskörperschaften davon ausgehen, dass sie Eigentümer des Altpapiers sind. Vor diesem Hintergrund konnte das seit dem Jahr 2016 praktizierte Verfahren, dass der AWB die gesamte Altpapiermenge vermarktet, nicht fortgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der absehbar geänderten Rechtslage und aufgrund der Tatsache, dass seit Beginn des Jahres 2016 keines der dualen Systeme das Unternehmen Bördner mit der Einsammlung der anteiligen Papierverpackungen beauftragt hatte, sind das Unternehmen Bördner und ein duales System im Mai 2017 an den AWB herangetreten, um eine Lösung zu finden.
Im Januar 2018 wurde dann mit dem Unternehmen Bördner rückwirkend zum 1. Januar 2016 eine Nachtragsvereinbarung für die Dauer des Papiersammelvertrages geschlossen. Diese Vereinbarung sieht vor, dass der AWB der Fa. Bördner eine Rückvergütung aus der Verwertung der Verkaufsverpackungen für die Mengenanteile derjenigen dualen Systeme gewährt, die mit dem Unternehmen Bördner eine entsprechende Kostenbeteiligung vereinbart haben. Im Gegenzug erhält der AWB vom Unternehmen Bördner einen Betrag für die Mitbenutzung des Erfassungssystems „blaue Tonne“. Die Auszahlung dieses Mitbenutzungsentgelts in Höhe von jährlich 86.000 € erfolgt gleichfalls entsprechend der Mengenanteile derjenigen dualen Systeme, die mit dem Unternehmen Bördner eine Kostenbeteiligung vereinbart haben. Für die Jahre 2016 und 2017 konnte Bördner mit 8 von 11 dualen Systemen eine Vereinbarung zur Beteiligung an den Sammelkosten vereinbaren. Im Frühjahr 2019 konnte das Unternehmen Bördner mit allen am Markt tätigen dualen Systemen eine vertragliche Regelung nachweisen.

Sollte ein Betreiber eines dualen Systems die körperliche Herausgabe von Verkaufsverpackungen aus PPK vor einem Gericht durchsetzen, wird die Nachtragsvereinbarung hinfällig und muss rückabgewickelt werden. Eine weitere Folge des Verpackungsgesetzes besteht darin, dass die bestehende Abstimmungserklärung über das Sammelsystem

aus dem Jahr 1991 ausläuft und eine neue Abstimmung herbeigeführt werden muss. Unter Berücksichtigung einer möglichen zweijährigen Übergangsfrist ab Inkrafttreten des Gesetzes muss eine neue Abstimmungsvereinbarung bis zum 31. Dezember 2020 geschlossen werden. Zwecks Verhandlung einer neuen Abstimmungserklärung müssen die dualen Systeme gemeinsame Vertreter benennen. Diese verhandeln dann mit den einzelnen Gebietskörperschaften die neuen Vereinbarungen und sind für spätere Änderungen von Abstimmungsvereinbarungen zuständig. Das erzielte Ergebnis mit der Gebietskörperschaft bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der dualen Systeme. Zudem müssen auch die Nebenentgelte für Abfallberatung und Bereitstellung von Containerstandplätzen neu verhandelt werden.

Ende Mai 2019 hat das duale System Reclay Systems mitgeteilt, dass es als gemeinsamer Vertreter der dualen Systeme ausgelost wurde und die Verhandlungen zum Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit dem Landkreis Limburg-Weilburg führen wird.

Bioabfallbehandlung

Kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle werden seit Mitte der Neunziger Jahre getrennt erfasst und in zwei Kompostierungsanlagen zu qualitätsgesichertem Kompost verarbeitet. Die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur getrennten Sammlung und Verwertung von Bioabfällen sind erfüllt.

In den Jahren 2012 und 2013 hat sich die Betriebskommission intensiv mit der Bioabfallvergärung beschäftigt. Durch den Einsatz dieser Technik sollten die Geruchsemissionen aus der Kompostierungsanlage deutlich vermindert werden.
Da mit der Standortgemeinde kein Einvernehmen über den Bau einer Vergärungsanlage erzielt werden konnte, hat die Betriebskommission im Januar 2016 die Verlängerung des Vertrages über die Planung, Errichtung und Betrieb eines Kompostwerks zu verminderten Entgelten um drei Jahre bis zum 30.09.2020 beschlossen, um weitere Zeit für eine Entscheidungsfindung über die zukünftige Bioabfallbehandlung zu gewinnen.

Im Oktober 2016 hat das Regierungspräsidium Gießen der Herhof Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG als Betreiberin der Kompostierungsanlage eine nachträgliche Anordnung zur Sanierung der Anlage und Minderung der Geruchsemissionen zugestellt. Kernpunkt dieser Anordnung ist die Vorgabe, dass zukünftig kein Kompost und keine Nebenprodukte mit einem Rottegrad kleiner III (Frischkompost) außerhalb geschlossener Einrichtungen behandelt oder gelagert werden dürfen. Diese Vorgabe ergibt sich auch aus den Regelungen, die in der in Beratung befindlichen Neufassung der technischen Anleitung Luft (TA Luft) vorgesehen sind. Inwieweit die im Raum stehende Anordnung Vorgaben hinsichtlich des Rottegrades schon jetzt beinhalten darf, wird zwar juristisch unterschiedlich bewertet. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese Vorgaben nach Fertigstellung der Maßnahme ohnehin gelten werden.

Nach Prüfung möglicher Alternativen hat sich die Betriebskommission des AWB für eine Ertüchtigung des Kompostwerkes ausgesprochen. Mit der Betreiberin wurde ein schrittweises Vorgehen besprochen und zunächst eine Vereinbarung über die Erstellung der Genehmigungsplanung geschlossen. Diese Planung kommt zu dem Ergebnis, dass die Kompostanlage nach entsprechender Ertüchtigung für ca. 6,7 Mio. € weitere 15 Jahre betrieben werden kann. Nachdem ein externer Gutachter die vorgelegte Planung hin-

sichtlich der technischen Eignung, der Angemessenheit und Auskömmlichkeit der kalkulierten Investitionsund Betriebskosten bestätigt hat, wurde das Unternehmen Herhof mit der Ertüchtigung des Kompostwerkes beauftragt. Hierzu wurde mit dem Unternehmen Herhof eine Vereinbarung geschlossen, die als wesentliche Punkte die Ertüchtigung zu einem Festpreis von 6.736.590 € festschreibt, wobei der AWB dem Unternehmen in gleicher Höhe ein zinsloses Darlehen gewährt.

Nach Abschluss der Ertüchtigungsarbeiten im Bestand der Anlage hat das Unternehmen Herhof mit Schreiben vom 3. Juni 2019 Mehrkosten bei der Bauausführung in Höhe von brutto rund 790.000 € angemeldet. Dieses Schreiben und die beigefügten Unterlagen zu den Entstehungsbereichen der Mehrkosten werden derzeit geprüft. Anschließend wird das weitere Vorgehen in den Betriebskommission beraten.

Inzwischen konnten die beiden Biofilter fertiggestellt, die Anlieferungshalle aufgestockt und mit Luftschleiertoranlagen ausgestattet werden. Die alten Rotteboxen wurden überholt und an die Lüftungstechnik angeschlossen. Nach behördlicher Zustimmung wurde die Bioabfallkompostierung in den bisherigen Rotteboxen am 24. April wieder aufgenommen. Derzeit werden die zusätzlichen Rotteboxen betoniert. Mit dem Abschluss der Gesamtmaßnahme wird im Juli 2019 gerechnet.

Kreisabfalldeponie

Die Kreisabfalldeponie Beselich erfüllt sämtliche gesetzlichen Anforderungen, so dass der Weiterbetrieb über das Jahr 2005 grundsätzlich zulässig ist. Da ab dem 1. Juni 2005 nur noch inerte bzw. durch eine Vorbehandlung weitestgehend inertisierte Abfälle abgelagert werden dürfen, ist die abgelagerte Abfallmenge seitdem deutlich zurückgegangen. Eine Akquisition zusätzlicher deponiefähiger Abfälle auf Grundlage der für die Ablagerung in der Abfall- und Gebührensatzung ausgewiesenen Gebühr ist praktisch ausgeschlossen, da der Marktpreis dieser Abfälle deutlich unter der errechneten Entsorgungsgebühr in Höhe von 237 € je Tonne liegt.

Bis auf eine Restfläche von etwa 0,95 ha ist der Deponieabschnitt B3 mit einer kombinierten Basisabdichtung ausgebaut. Diese Restfläche soll ebenfalls mit einer kombinierten Basisabdichtung versehen werden. Damit erhält dieser als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Abschnitt ist eine Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit ein Bestandteil der Nachsorge.

Die der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde hierzu vorgelegte Anzeige zum vorgesehenen Ausbau des letzten Teilabschnittes wurde von dieser nicht akzeptiert, obwohl in der Vergangenheit der Ausbau sämtlicher Teilabschnitte des 1995 genehmigten Deponieabschnitts B3 vor Baubeginn der Behörde in dieser Weise angezeigt wurde. Vielmehr hält die Behörde aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen für den Ausbau dieses letzten Teilabschnitts eine erneute Genehmigung für erforderlich. Die Argumentation der Behörde wird derzeit geprüft und das weitere Vorgehen festgelegt. Aufgrund dieser Verzögerung ist eine Bauausführung auch im Jahr 2019 nicht mehr möglich. Das anfallende Deponiesickerwasser wird in der im Jahr 2008 modernisierten zweistufigen Sickerwasserreinigungsanlage behandelt. Das anschließend an den Abwasserverband Christianshütte abgegebene behandelte Sickerwasser hält die vorgegebenen Grenzwer-

te sicher ein. Aufgrund der sehr hohen Niederschläge in den Monaten Dezember 2017 (93 l/m²) und Januar 2018 (99 l/m²) wurden 235 m³ Rohsickerwasser an leistungsstärkere Sickerwasserreinigungsanlagen anderer Deponien abgegeben. Hierdurch wurde vermieden, unbehandeltes Sickerwasser abschlagen zu müssen.

Das in den Deponiekörpern entstehende Deponiegas wird über ein Erfassungssystem gesammelt und in einem Gasmotor zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Mit dem Betrieb dieses Motors im Rahmen eines Betreibermodells war das Unternehmen Pro2 Anlagentechnik GmbH bis zur Inbetriebnahme des neuen Gasmotors im Dezember 2016 beauftragt. Seit diesem Zeitpunkt erfolgt die Gasverwertung in Eigenregie des AWB. Für den Zeitraum von fünf Jahren ist das Unternehmen Pro2 als Lieferant mit der Wartung des neuen Motors beauftragt.

Infolge des Zusammenschlusses mit anderen Unternehmen ist das Unternehmen Pro2 jetzt Teil der SERCOO-Group, die als Serviceunternehmen im Bereich erneuerbare Energien tätig ist. Die Wartungsaufgaben am BHKW des AWB werden seit Anfang dieses Jahres vom SERCOO-Group Mitgliedsunternehmen Bücker & Essing aus Lingen (Ems) durchgeführt.

Die vorhandene Hochtemperaturfackel kann bei Ausfall des Gasmotors weiterhin genutzt werden. Mit der Neuanschaffung der Gasverwertungsanlage und der Übernahme des Betriebs durch den AWB soll auch bei der abzusehenden rückläufigen Deponiegasentwicklung ein wirtschaftlicher Einsatz bei ordnungsgemäßer Entgasung der Deponie ermöglicht werden.

Gebäude und Einrichtung

Die von der Abfallwirtschaft genutzten Gebäude und Einrichtungen sind teilweise mehr als 20 Jahre alt und entsprechen nicht mehr vollständig den aktuellen Anforderungen. Aus diesem Grund musste bereits die gesamte Hauptverteilung des elektrischen Stroms erneuert werden. Für die Unterbringung der Server wurde ein, den modernen Anforderungen an Datenschutz, Funktionssicherheit und Brandschutz entsprechender Serverschrank angeschafft. Für die Mitarbeiter/innen im Außenbereich wurde in den Räumlichkeiten der ehemaligen Sortieranlage (Betriebsgebäude Südwest) ein Schwarz-Weiß-Bereich eingerichtet. Hallen- und Freiflächen der ehemaligen Sortieranlage werden im Rahmen des zum 1. Januar 2016 übernommenen Behältermanagements genutzt.
Sie dienen zur Unterstellung von Fahrzeugen und zur Lagerung, Reinigung und Reparatur von Abfallgefäßen.

Für die Bereiche Verwaltung, Gebührenveranlagung und Waage erfolgt ein Um- und Neubau der Räumlichkeiten. Das im Jahr 1999 in Modulbauweise errichtete Büro- und Verwaltungsgebäude wird durch ein in Passivhaustechnik errichtetes Gebäude ersetzt. Darin wird das in den 1980er Jahren erbaute Betriebsgebäude integriert und so umgestaltet, dass zukünftig von dort die Verwiegung der Anlieferfahrzeuge erfolgen kann. Die Baumaßnahme wurde zum Ende des Jahres 2018 abgeschlossen. Die Umgestaltung des Eingangsbereichs mit neuer Tor- und Schrankenanlage konnte im Frühjahr 2019 angeschlossen werden.

Das ehemalige Kraftwerksgebäude wurde von der Kreisverwaltung umgebaut und wird seit dem Jahr 2018 von den Kreisgärtnern genutzt.

Standortgemeinde Beselich

In dem Schiedsverfahren zwischen dem Landkreis und der Standortgemeinde haben sich beide Parteien am 7. September 2016 auf einen Schiedsspruch geeinigt.

Dieser sieht die schrittweise Absenkung der in § 3 Absatz 1 lit.b des Vertrages über die Nutzung der Kreisabfalldeponie Beselich festgesetzten Ausgleichszahlung an die Gemeinde bis auf 50% in den Jahren 2019 und 2020 vor. Gleichzeitig verpflichtet sich der Landkreis, bis zum Ende des Jahres 2020 Abfälle auf der Kreisabfalldeponie abzulagern.

Sofern der Landkreis die Abfallablagerung über das Jahr 2020 hinaus fortsetzen möchte, haben die Parteien ihre Bereitschaft erklärt, Verhandlungen über eine Neuregelung der Ausgleichszahlung für den Zeitraum nach dem Jahr 2020 zu führen. Sollte bei diesen Verhandlungen keine einvernehmliche Lösung erreicht werden und der Landkreis die Ablagerung fortsetzen, so ist die Ausgleichszahlung auf der oben genannten Basis von 50% weiterhin zu entrichten. Dies entspricht einer Jahressumme von etwa 500.000 €.

2.2 Abwasserverband Christianshütte

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Rechtsform:	Verband, Körperschaft des öffentlichen Rechts	
Mitglieder:	**Landkreis Limburg-Weilburg**	**54%**
	Gemeinde Beselich	46%
Gründungsjahr:	1984	
Verbandssatzung:	20. April 2010	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Aufgrund der Abwasserbeseitigungspflicht im Sinne des § 45b HWG hat der Verband die Aufgabe, das bei der Kreismülldeponie in Beselich-Obertiefenbach und der geschlossenen Mülldeponie in Beselich-Niedertiefenbach (Beselicher Kopf) sowie im Ortsteil Schupbach der Gemeinde Beselich anfallende Abwasser abzuführen und zu behandeln.

Gegenstand des Unternehmens:
Der Verband hat die Aufgabe, die Abwässer der Kreisabfalldeponie Beselich und die häuslichen Abwässer der Gemeinde Beselich zu reinigen und anschließend einem Vorfluter zuzuführen. Gegenstand des Unternehmens ist somit die Verbesserung der Umwelt durch Reinigung von Abwasser.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Stefan Lorber	
Verbandsvorstand:	Manfred Michel, Landrat	Verbandsvorsteher
	Michael Franz, Bürgermeister	stellv. Verbandsvorsteher
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	
	Martin Schulz, Erster Gemeindebeigeordneter	
Verbandsversammlung:	Burkhard Hölz	(für den Kreis)
	Regina Heep	(für den Kreis)
	Ulrich Ahlbach	(für die Gemeinde Beselich)
	Bernd Litzinger	(für die Gemeinde Beselich)

Bezüge
Der Geschäftsführer erhielt eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro.
Der Verbandsingenieur bezog eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro.

Unternehmensdaten

Gesamtergebnisplan	Ergebnis 2018 in €	Ergebnis 2017 in €	Ergebnis 2016 in €
Summe der ordentlichen Erträge	519.045,46	518.896,00	502.964,00
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-398.914,84	383.284,22	403.873,61
Verwaltungsergebnis	120.130,62	135.611,78	99.090,39
Finanzergebnis	-70.573,90	-73.821,76	-80.467,71
Ordentliches Ergebnis	49.556,72	61.790,02	18.622,68
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	**49.556,72**	**61.790,02**	**18.622,68**

Lagebericht

Die Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Jahres 2018 bildete die in der Sitzung der Verbandsversammlung am 7. Februar 2018 beschlossene Haushaltssatzung des Abwasser-verbandes Christianshütte. Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde im Haushaltsjahr 2018 nicht beschlossen. Die Genehmigung der Haushaltssatzung 2018 durch das Regierungs-präsidium Gießen erfolgte am 28. März 2018.

Im Ergebnishaushalt schließt der Haushaltsplan 2018 mit einem Überschuss von 18.100,00 € ab. Für anstehende Investitionen in die technische Ausstattung der Kläranlage wurde ein Betrag von 200.000,00 € in Ansatz gebracht. Zuzüglich einer übertragenen Haushaltsermächtigung von 63.000,00 € aus dem Haushaltsjahr 2017 stand somit insgesamt ein Betrag von 263.000,00 € zur Verfügung. Verpflichtungsermächtigungen und Kredite wurden keine festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2018 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wurde auf 100.000,00 € festgesetzt. Aufgrund der Liquidität der Verbandskasse war im Haushaltsjahr 2018 die Aufnahme eines Kassenkredits nicht erforderlich.

Der Beitrag des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg wurde auf 237.600,00 € festgesetzt. Der Beitrag der Gemeinde Beselich wurde auf 202.400,00 € festgesetzt. Die vom Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg und der Gemeinde Beselich zu zahlenden Beiträge entsprechen somit dem Vorjahr.

Im Jahr 2018 fanden keine Kapitalzuführungen bzw. Kapitalentnahmen seitens des Landkreises Limburg-Weilburg statt. Es ergaben sich somit keine Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

Der nun vorliegende Jahresabschluss 2018 wurde durch den Geschäftsführer in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Finanzbuchhaltung der Kreisverwaltung Limburg-Weilburg aufgestellt. Landrat Michael Köberle hat den vorliegenden Jahresabschluss unterzeichnet. Aufgrund der geringen Anzahl von Sitzungen des Vorstandes des Abwas-

serverbandes Christianshütte wurde auf einen formellen Aufstellungsbeschluss nach § 112 Abs. 9 HGO verzichtet.

Der Neubau der Kläranlage bietet aus Sicht des Abwasserverbandes Christianshütte die Chance dafür, dass die Kläranlage den neuesten Anforderungen an den Stand der Technik gerecht wird und die gesetzlichen Überwachungswerte eingehalten werden. Damit trägt der Verband zur Verbesserung der Wasserqualität des Kerkerbachs bei. Im Sinne eines nachhaltigen Umgangs mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen leistet der Verband hier einen wichtigen Beitrag.

In der Obertiefenbacher Str. in Schupbach sollen der Verbandssammler und die gemeindliche Trinkwasserleitung ausgetauscht, die Kanal- und Wasserhausanschlüsse erneuert sowie die Straße einschließlich der Nebenanlagen grundhaft erneuert werden. Die Federführung der Umsetzung der Gesamtbaumaßnahme liegt bei der Gemeinde Beselich, da der prozentuale Schwerpunkt der umzusetzenden Baumaßnahmen bei der Gemeinde liegt. Nach der vorliegenden Kostenschätzung des Ingenieurbüros belaufen sich die Gesamtbaukosten einschließlich Planungskosten auf 670.000 € Brutto. Hiervon entfällt ein Anteil von 43 % auf den Abwasserverband Christianshütte (= 290.000 €).
In den Haushaltsplänen des Abwasserverbandes sind für diese Maßnahme 300.000 € zur Verfügung gestellt.

Die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Christianshütte hat in ihrer Sitzung am 16. Februar 2017 die Umsetzung dieser Baumaßnahme unter Federführung der Gemeinde Beselich beschlossen.

Wegen des Brückenneubaus im Rahmen des Ausbaus der B 49 bei Heckholzhausen ist die K 449 zwischen Schupbach und Heckholzhausen bis Mitte/Ende 2018 gesperrt. Die Umleitung erfolgt u. a. über die Obertiefenbacher Str. in Schupbach. Erst wenn die Sperrung der K 449 aufgehoben ist, kann mit den vorgesehenen Kanalbauarbeiten in Schupbach begonnen werden.

Neben der Durchführung der Kanalbaumaßnahme in der Obertiefenbacher Str. in Schupbach sollen in den nächsten Jahren verschiedene Kanalsanierungsmaßnahmen aufgrund der Eigenkontrollverordnung (EKVO) vorgenommen werden.
Nach § 30 der Verbandssatzung haben die Verbandsmitglieder dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.

2.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Homepage:	www.landkreis-limburg-weilburg.de	
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	1.000.000 Euro	
Gründungsjahr:	1. Januar 2008	
Betriebssatzung:	letzte Fassung vom 27. April 2012	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (EGW) übernimmt seit dem 1. Januar 2008 die Eigentümerfunktion für die kreiseigenen Liegenschaften. Er soll sowohl die laufende Bewirtschaftung der vorhandenen Gebäude als auch die langfristig notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen sicherstellen.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Bewirtschaftung und Unterhaltung von kreiseigenen sowie dem Landkreis Limburg-Weilburg zur Nutzung überlassenen Liegenschaften (Gebäuden sowie Grund und Boden), mit Ausnahme der Kreisstraßen und der wald- und forstwirtschaftlichen Flächen.

Die Bewirtschaftung beinhaltet den Kauf, die Anmietung und Vermietung von Immobilien, die Planung, die Errichtung, den Neubau, den Um- und Ausbau, die Erweiterung, die Sanierung, die Nutzung, den Betrieb, die Unterhaltung, die Instandhaltung und Wartung, die Modernisierung, die Verwertung und Verkauf von Immobilien des Landkreises Limburg-Weilburg.

Nicht zu den Aufgaben des EGW gehören die laufende Unterhaltsreinigung der Immobilien und die Organisation der Hausmeisteraufgaben. Insofern sind dem EGW derzeit keine Reinigungskräfte bzw. Hausmeister zugeordnet.

Der EGW verwaltet insgesamt 80 Immobilienstandorte. Davon dienen 68 Immobilien schulischen Zwecken (einschließlich Sporthallen), acht Immobilien Verwaltungszwecken und vier Immobilien sonstigen Zwecken (z.B. Garagen, Parkplätze, etc.).

Nachdem im Juni 2015 bzw. Juni 2016 die Immobilien aus den beiden „Sale and lease back-Geschäften“ zurückgekauft wurden, befinden sich nun per 31. Dezember 2016 im

Eigentum des EGW 70 Immobilien (66 Schulen bzw. Sporthallen und vier zu sonstigen Zwecken genutzte Immobilien). Gemietet sind neun Immobilien (zwei Schulen von den jeweiligen Standortgemeinden, fünf Immobilien für Verwaltungszwecke und zwei Immobilien für sonstige Zwecke) und eine Immobilie befindet sich im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages auf fremden Grund und Boden.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Michael Lohr	Kaufmännischer Betriebsleiter
	Albrecht Heckelmann	Technischer Betriebsleiter
Betriebskommission	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stv. Vorsitzender
Mitglieder	Ruprecht Keller	
	Karl-Heinz Stoll	
	Heinz Valentin	
	Andreas Bendel	
	Wolfgang Erk	
	Ingrid Friedrich	
	Norbert Haberhauer	
	Willi Hamm	
	Tobias Kress	
	Karl Nießler	
	Dr. Frank Schmidt	
	Peter Trottmann	
	Michael Uhl	
	Kerstin Weyrich	
	Alexander Hannes	
	Manfred Weyl	

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**
A. Anlagevermögen:		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte	1.959,53	2.295,45
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	333.491.928,28	328.756.298,28
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.371.906,23	5.982.974,42
Geleistet Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.524.891,46	14.869.638,71
Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen:		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	62.040,90	62.040,90
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	246.655,04	152.339,83
Sonstige Vermögensgegenstände	93.928,01	14.484,82
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.600.904,11	6.559.158,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.696.061,57	1.946.412,60
SUMME AKTIVA	**353.090.275,13**	**358.345.643,06**
Passiva		
A. Eigenkapital		
Stammkapital	1.000.000,00	1.000.000,00
Allgemeine Rücklage	130.931.092,53	131.036.959,55
Gewinn/ Verlust	7.065,50	-105.867,02
B. Sonderposten		
Sonderposten für Zuweisungen	75.914.399,89	74.052.987,49
C. Rückstellungen		
Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpfl.	2.747.138,00	2.479.733,00
Sonstige Rückstellungen	411.752,75	478.333,02
D. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	139.510.896,72	141.462.344,42
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.646.232,10	1.201.296,10
Verbindlichkeiten ggü. dem Landkreis	829.334,39	1.230.543,66
Sonstige Verbindlichkeiten	62.363,25	75.966,84
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	5.433.346,00
SUMME PASSIVA	**353.090.275,13**	**358.345.643,06**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	22.377.343,88	22.176.192,68
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.746.618,15	1.746.543,45
- Materialaufwand	-4.762.368,20	-4.829.600,91
- Personalaufwand	-2.009.239,52	-2.220.990,03
- Abschreibungen	-10.423.769,27	-10.157.739,62
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.620.214,41	-3.393.859,99
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	359,32	118,98
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.299.945,10	-3.425.188,99
- Sonstige Steuern	-1.360,03	-1.342,59
= Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**7.065,50**	**-105.867,02**

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Vermögens- und Finanzlage

Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft schließt das Jahr 2018 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 7.065,50 € ab. Die Eigenkapitalquote beträgt 37,4 %. Das Anlagevermögen ist vollständig langfristig finanziert.

Ertragslage

Über die Entwicklung der wesentlichen Hauptgruppen soll die unten aufgeführte Tabelle Auskunft geben:

	2018 EUR
Umsatzerlöse	22.377.343,88
Sonstige betriebliche Erträge	1.746.618,15
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	359,32

Im Jahr 2018 fanden keine Kapitalzuführungen bzw. Kapitalentnahmen seitens des Landkreises Limburg-Weilburg statt. Es ergaben sich somit keine Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

Künftige Entwicklung und Risiken der künftigen Entwicklung

Geplante Projekte

Als neu zu beginnende Baumaßnahmen sind mit den Ansätzen 2019 für das folgende Wirtschaftsjahr insbesondere zu nennen:

- Erweiterung Schule auf dem Falkenflug Löhnberg
- Anbau Werkstattgebäude Friedrich-Dessauer-Schule Limburg
- Leichtathletische Trainingsanlage an der Peter-Paui-Cahensly-Schule Limburg

Weitere Sanierungsmaßnahmen in den Turn- und Sporthallen sowie Schulgebäuden werden im Rahmen der KIP Programme 2018 bis 2022 abgewickelt.

Risiken der künftigen Entwicklung

Das im Jahr 2016 aufgelegte Kommunalinvestitionsprogramm des Bundes für die Energetische Sanierung von Schulgebäuden und Sporthallen ist zum Teil abgewickelt und die restlichen Maßnahmen werden bis 2020 abgeschlossen sein. Dem Investitions- aufkommen in Höhe von 10,5 Mio. € stehen Bundeszuschüsse (90% der förder-

fähigen Kosten) für die Umsetzung des Investitionsprogrammes entgegen. Erforderliche Mittelumschichtungen innerhalb des KIP I Programmes wurden vorgenommen.

Nach dem KIP I Programm hat das Land Hessen zusammen mit dem Bund ein weiteres Investitionsprogramm KIP II- "KIP macht Schule" aufgelegt. Dies ermöglicht den öffentlichen Schulträgern weitere Investitionen in die Schulinfrastruktur.

Dem Landkreis Limburg steht durch das Bundesprogramm ein Investitionsvolumen von 20.750.157 € zur Verfügung. 15.562.618 € fließen als Zuschuss des Bundes. Für den kommunalen Eigenanteil in Höhe von 5.187.539 € stellt das Land Hessen Darlehen über die WiBank Hessen zur Verfügung. Dies entspricht einem Bundeszuschuss von 75 % der förderfähigen Kosten.

Mit den Sanierungsarbeiten wurde im Jahr 2018 begonnen und die Abwicklung ist bis zum Ende des Jahres 2022 vorgesehen.
Für die erforderlichen neuen und bereits begonnenen Baumaßnahmen sind für das Wirtschaftsjahr 2019 Mittel für Investitionen in Höhe von 3,0 Mio. € vorgesehen. Trotz der in den vergangenen Jahren sehr hohen Investitionstätigkeit besteht nach wie vor noch Sanierungsbedarf an den Schulen und Sporthallen.

Nach wie vor nimmt der Schulbau großen Einfluss auf die Qualität unseres Bildungssystems. Denn gute Schulbauten spielen als Lernumgebung eine wichtige Rolle für die Qualität von Bildung. Inklusion und der rhythmisierte Ganztag stellen dabei viele neue Anforderungen an Schule und Unterricht. Aus diesem Grunde sind diese Investitionstätigkeiten in den nächsten Jahren erforderlich. Ferner müssen die zeitgemäßen pädagogischen Kriterien beachtet werden.

Insgesamt wurden im Zeitraum von 2008 bis Ende 2018 ca. 210,6 Mio. € in die Gebäude des Landkreises Limburg-Weilburg –hier vorwiegend in die zu schulischen Zwecken genutzten Gebäude- investiert. Zu diesem Betrag kommen noch die Aktivierungen des Grund- und Bodens und der Gebäude aus der Rückabwicklung der beiden "Sale and lease back- Geschäfte" von ca. 153,0 Mio. €. Dem Stand der Sachanlagen zum 31. Dezember 2018 von ca. 348,4 Mio. € stehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten einschließlich der
Finanzierung des Nießbrauchrechts am Kreishaus von ca. 139,5 Mio. € gegenüber.

Ausweislich des Wirtschaftsplanes 2019 geht der Eigenbetrieb für das nächste Geschäftsjahr von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

Über die im Jahresabschluss bereits berücksichtigte Vorsorge in Form von Rückstellungen hinaus, werden keine weiteren finanziellen Risiken gesehen.

2.4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Im Schlenkert 14, 65549 Limburg

Homepage: www.gab-limburg.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	**Landkreis Limburg Weilburg**	**25.850 Euro**	**100,00 %**

Stammkapital: 25.850 Euro

Gründungsjahr: 1994

Gesell.-vertrag: vom 19. Dezember 2004, zul. geändert am 24. Oktober 2011

Beteiligungen:	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH, Limburg	100 %
	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderung GmbH	25 %
	Mittelhessischer Bildungsverein e.V.	(Mitglied)
	Paritätischen Wohlfahrtverband	(Mitglied)

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zweck der Gesellschaft ist sowohl die Beschäftigung als auch eine allgemeine und berufsbezogene Bildung sowie die Wohlfahrtspflege i. S. d. § 66 Abgabenordnung für den vorstehend aufgeführten Personenkreis mit dem Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die diesem die Sicherung seiner Existenz aus eigener Kraft, d. h., unabhängig von Sozialhilfeleistungen, ermöglicht.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die qualifizierte Beschäftigung und die berufliche sowie persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen und erwerbslosen Jugendlichen und Frauen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, ehemaligen Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen, geistig, seelisch und körperlich bzw. mehrfach Behinderten und Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (z. B. Obdachlose, Alkohol- und andere Drogenabhängige etc.) mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben.

Weiter ist die Gesellschaft berechtigt, artverwandte Tätigkeiten auszuüben, die geeignet sind, den gemeinnützigen Gesellschaftszweck zu fördern. Insofern kann sie auch weitere Projekte errichten oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Stephan H. Zimmermann

Aufsichtsrat/ Mitglieder
Gesellschafterversammlung:

Manfred Michel, Landrat a. D.	Vorsitzender
Marianne Zimmermann	stellv. Vorsitzende
Michael Lohr	
Karl Nießler	
Tobias Eckert	

Bezüge
Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**	**2016 in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.447,61	2.271,09	3.094,57
Sachanlagen	11.142.615,17	10.404.729,09	10.754.862,48
Finanzanlagen - Beteiligungen	12.783,00	12.783,00	12.782,00
- Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	15.000,00
Vorräte	166.347,01	175.487,26	162.849,77
Forderungen	845.568,60	525.733,83	659.614,45
Kassenbestand	3.629.940,13	2.848.019,44	925.818,61
Rechnungsabgrenzungsposten	1.395,53	1.395,53	1.395,53
SUMME AKTIVA	**15.800.097,05**	**13.970.419,24**	**12.535.418,41**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**	**2016 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.850,00	25.850,00	25.850,00
Andere Gewinnrücklagen	2.676.350,78	2.676.350,78	5.264.788,67
Verlustvortrag	**-221.481,83**	**-47.676,38**	**2.588.437,89**
Jahresüberschuss/- fehlbetrag (-)	**342.798,22**	**173.805,45**	**47.676,38**
Eigenkapital	**342.798,22**	**2.923.682,61**	**2.749.877,16**
Sonderposten für zweckgebundene Mittel	12.353,00	12.593,00	13.693,76
Rückstellungen	1.200.840,00	1.106.700,00	762.400,00
Verbindlichkeiten	11.286.273,22	8.487.675,74	8.997.322,49
Rechnungsabgrenzungsposten	34.150,00	1.439.767,89	12.125,00
SUMME PASSIVA	**15.800.097,05**	**13.970.419,24**	**12.535.418,41**

Gewinn und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €	2016 in €
+ Umsatzerlöse	9.908.533,93.	9.981.039,13	10.471.605,51
+ andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	2.820,00	8.380,00
+ sonstige betriebliche Erträge	37.381,34	102.608,15	71.981,74
+ Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	240,00	1.100,76	1.682,93
	9.946.155,27	**10.087.568,04**	**10.553.650,18**
Materialaufwand:			
- Aufw. für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	175.133,34	176.100,21	143.631,55
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.781.161,38	3.073.923,23	3.939.863,98
- Personalaufwand	4.982.995,19	4.547.763,07	4.087.683,42
- Abschreibungen	750.099,77	740.294,60	380.451,86
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,06
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	161.766,18	180.969,79	156.930,64
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
- sonstige Steuern	18.233,95	14.108,49	11.376,24
Jahresüberschuss/- fehlbetrag (-)	**342.798,22**	**173.805,45**	**47.676,38**

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung Bund

Nach Wachstumsraten zwischen 1,9 und 2,2 % in den Vorjahren ist die deutsche Wirtschaft in 2018 nur noch mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes um 1,5 % gewachsen. Im ersten Quartal 2019 hat sich dieses Wachstum nochmals abgekühlt. Der private Konsum verzeichnete nach einer Steigerung um 2,0 % im Vorjahr nur noch ein Plus von 1,0 %, nochmals unterdurchschnittlich war mit 1,1 % (Vorjahr 1,4 %) die Steigerung des Beitrags der staatlichen Konsumausgaben. Auch das Wachstum der deutschen Ausfuhren hat sich nach einer Steigerung von um 4,7 % in 2017 nur noch um 2,4 % erhöht. Bei um 3,4 % höheren Importen hat der Außenbeitrag insgesamt ein Wachstumsminus von 0,2 Prozentpunkten verursacht.

	2015	2016	2017	2018
	%	%	%	%
Bruttoinlandsprodukt Wachstumsrate	1,7	1,9	2,2	1,5

(alle Angaben Destatis, Pressemitteilung vom 15.01.2019)

Arbeitsmarkt

Bundesweit hat sich die Beschäftigung in den letzten Jahren positiv entwickelt. Bedingt durch die gute konjunkturelle Lage und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen konnten die Arbeitslosenquoten langfristig gesenkt werden. Dabei war ein positiver Saldo von europainterner Arbeitsmigration zu verzeichnen. So war trotz der weiteren Alterung der Gesellschaft in 2018 ein Plus bei den Beschäftigten von 562.000 Personen möglich. Von dieser positiven Wirtschaftsentwicklung hat auch der Arbeitsmarkt profitiert. Als Resultat haben die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Mitarbeiternachfrage der Unternehmen in 2018 nochmals zugelegt.

	2016	2017	2018	+ / - 2017/2018
	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.
Erwerbstätige	43,64	44,28	44,8	+ 0,52
	%	%	%	%-Punkte
Arbeitslosenquote	5,8	5,3	5,2	- 0,1

Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, hier nur Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern, sind mehrere Faktoren entscheidend. Der Ausgleich oftmals fehlender Sprachkompetenzen, die Ermittlung und der Nachweis bestehender Qualifikationen und Kompetenzen, nehmen einen wesentlich längeren Zeitraum in Anspruch als z.B. bei Personen die im Sinne von Arbeitsmigration aus dem europäischen Ausland in Deutschland Aufnahme finden. So hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem europäischen Ausland um 30.000 Personen (Vorjahr noch 212.000), ein Plus von 4,8 % (Vorjahr 11 %), verbessert. Die Arbeitslosigkeit dieses Personenkreises hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 5 % verringert. Die Arbeitslosigkeit von Flüchtlingen aus nichteuropäischen Herkunftsländern ist dagegen in 2018 um 1.000 oder 0,5 % (Vorjahr 7.000 Personen oder 4 %) angestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein hoher Einsatz von Integrationskursen und Fördermaßnahmen diesen Anstieg in Grenzen gehalten hat.

(Alle Angaben Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Dezember und Jahr 2018)

Ausbildungsmarkt

Auch der Ausbildungsmarkt hat sich auf Bundesebene für die Bewerber weiter positiv gestaltet. Allerdings war von 2017 auf 2018 eine weitere Zunahme der unbesetzten Ausbildungsplätze um 3.100 auf gesamt 33.900 bundesweit festzustellen. Die in den Vorjahren bestehenden Disparitäten bezüglich des Berufswunschs, der Qualifikation und dem jeweiligen regionalen Angebot/Nachfrage haben sich allerdings verschärft, so dass in der Folge sowohl die unbesetzten Ausbildungsplätze als auch die unversorgten Bewerber zugenommen haben.

	2016/2017	2017/2018	+ / - 2017/2018
	Tsd.	Tsd.	Tsd.
Bewerber	552,7	535,6	- 17,1
versorgte Bewerber	524,1	531,4	+ 7,3
unversorgte Bewerber	23,7	4,2	- 19,5
Ausbildungsstellen Angebot	554,9	565,3	+ 10,4
Unbesetzte Ausbildungsstellen	- 30,8	- 33,9	- 3,1

Integration von jungen Geflüchteten

Von den im September 2018 gezählten 535.600 Ausbildungsplatzbewerbern hatten 38.300 (Vorjahr 26.400) einen Fluchthintergrund. Davon haben 14.000 (Vorjahr 9.500) eine Berufsausbildung angetreten. Unter weiterem Schulbesuch, Praktikum oder Studium sind 5.000 Personen einzuordnen In einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme, einer Einstiegsqualifizierung sind 1.200 Bewerber untergebracht. Eine Erwerbstätigkeit übten 4.600 Personen aus und 3.100 Personen waren arbeitslos gemeldet.

(Alle Angaben Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Dezember und Jahr 2018)

Die bisherigen Erfahrungen zeigen große Integrationshemmnisse im Hinblick auf die Sprach- und Berufskompetenz. Dies gilt für den Arbeits- wie auch für den Ausbildungsmarkt.

Sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch auf dem Ausbildungsmarkt sind Matching-Probleme feststellbar. Auf dem Arbeitsmarkt äußert sich dies vor allem in Langzeitarbeitslosigkeit und dem Ausmaß der Teilzeitarbeit. Die Unternehmen suchen weiterhin Fachkräfte, können Stellen aber trotz langjähriger Suche nicht besetzen.

Andererseits findet gerade ein durch die Informationstechnologie bedingter wesentlicher Wandel der Arbeitswelt (4.0) statt. So ist in vielen Arbeitsbereichen durch Automatisierung und Expertensysteme eine Änderung der generellen Arbeitsplatzanzahl und auch der notwendigen Qualifikationen feststellbar. Dies gilt verstärkt für den gesamten Verwaltungssektor, die Finanz- und Versicherungswirtschaft aber auch den gesamten Handelssektor. Hier werden viele Aufgaben automatisiert und die Kundenansprache und –pflege, Bestellwesen und Auftragsabwicklung in das Internet verlegt.

Eine große Aufgabe wird es zukünftig sein, das Angebot und die Nachfrage auf den Arbeitsmarkt zusammen zu bringen. Gerade bei den Büroberufen sehen wir einen Rückgang der Nachfrage bei gleichzeitiger Mitarbeitersuche in qualifizierten Kommunikations- und Ingenieursberufen sowie bei vielen handwerklichen Berufen. Im Handwerk wird auch die Unternehmernachfolge ein Schwerpunktthema sein.
In dieser Entwicklung liegt aber angesichts der demografischen Entwicklung auch eine Chance für die Zukunft. Eine Verlagerung zu Arbeitsplätzen mit einer höheren Wertschöpfung bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitsplatznachfrage.

Inwieweit zukünftig durch die in den letzten beiden Jahren erfolgte Fluchtmigration eine Entlastung beim Fach- und Arbeitskräftemangel möglich ist, muss zumindest kurzfristig sehr skeptisch beurteilt werden. Die bisher vorliegenden Erkenntnisse aus Kompetenzfeststellungsverfahren und auch aus praktischen Unternehmenserfahrungen zeigen in einer Vielzahl der Fälle, dass sehr viel Arbeit in die Angleichung der sprachlichen und schulischen Voraussetzungen investiert werden muss und hier nur mittel- bis langfristig positive Effekte erwartet werden können. Positiv zur Wirtschaftsentwicklung hat die innereuropäische Arbeitsmigration beigetragen. Hier dürften auch für die Zukunft Chancen liegen. Gerade angesichts der teilweise sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen europäischen Ländern drängt sich hier ein Ausgleich geradezu auf. Erfahrungen aus der Vergangenheit, wie z.B. die zurückliegende Initiative zur Gewinnung von Ausbildungswilligen aus Spanien, haben aber gezeigt, dass hier oftmals wieder andere Hemmnisse eine erfolgreiche Umsetzung schwer machen.

Ausgangssituation des Landkreises

Der Landkreis Limburg-Weilburg ist bei einer Gesamtzahl von ca. 8.000 Unternehmen durch einen sehr hohen Anteil von 98,0 % an kleinen und mittleren Unternehmen gekennzeichnet. Daneben gibt es aber auch einige wenige große Unternehmen, die deutschland- und teilweise auch weltweit Bedeutung haben. Aber auch in der Gruppe der mittelgroßen Unternehmen sind Spezialisten vertreten, die in ihrem Marktsegment eine vergleichbare Bedeutung haben.

Der überwiegende Teil der Betriebe (ca. 7.100) hat 1 bis 9 Beschäftigte. Die kleinen und mittleren Unternehmen (bis zu 249 Beschäftigte) stellen mit ca. 41.000 Beschäftigten auch 78,0 % der insgesamt ca. 53.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Der Frauenanteil bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten entspricht 47,9 %. 42,0 % der im Landkreis Limburg-Weilburg sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren älter als 40 Jahre und jünger als 55 Jahre. 33,8 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren älter als 55 Jahre. Insgesamt waren damit 59 % der Beschäftigten über 40 Jahre, eine Tendenz die sich in den nächsten Jahren sogar noch weiter verschärfen wird.

Arbeitsmarkt

Von den insgesamt im Landkreis erwerbstätigen 77.200 Personen sind 25.200 im öffentlichen und sonstigen Dienstleistungsbereich, Erziehung und Gesundheit, 20.200 in Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation, 12.400 im produzierenden Gewerbe, 7.600 im Baugewerbe und 11.100 bei Finanz-, Versicherungs-, Immobilien- und Unternehmensdienstleistern sowie 800 in der Land- und Forstwirtschaft tätig.
Beim Arbeitsplatzangebot ist festzustellen, dass der Bereich Banken, Finanzdienstleistungen und Versicherungswirtschaft in 2017/2018 mit einem Minus von rund 15,0 % Arbeitsplätze abgebaut hat. Arbeitsplatzzuwächse wurden im Baugewerbe mit plus 6,5 % und bei den Heimen (Pflege)/Sozialwesen mit plus 5,0 % realisiert werden.

	2016		2017		2018		+ / - 2017/2018
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Arbeitslose	4.165	4,8	4.338	4,7	4.020	4,3	- 318
davon SGB III	1.343	32,2	1.883	43,4	1.651	41,1	- 232
davon SGB II	2.822	67,8	2.455	56,6	2.369	58,9	- 86
davon Langzeit			1.095	25,2	1.000	25,0	
davon ohne Ausbildung			1.604	37,0	1.500	37,0	

(Alle Angaben Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport, aufgrund der Zusammenlegung der Bezirke Limburg-Weilburg und Wetzlar sind regionale Zahlen nur noch teilweise verfügbar)

Ausbildungsmarkt

Eine wesentliche am lokalen Ausbildungsmarkt zu beobachtende Tatsache ist der demografisch bedingte absolute Rückgang der Bewerberzahlen. Für den Zeitraum der letzten 5 Jahre bis 2018 hat sich deren Anzahl um rund 20 % reduziert.
Auf dem Ausbildungsmarkt im Landkreis Limburg-Weilburg meldeten sich im September 2018 1.719 (Vorjahr 1.668) Bewerber. Dem standen 1.269 (Vorjahr 1.114) gemeldete Berufsausbildungsstellen gegenüber. Unversorgt nach Berücksichtigung aller Alternativen (weitere Schulbildung, Studium, Arbeitsaufnahme, Vorbereitungsmaßnahmen) blieben 60 (Vorjahr 19) Bewerber.
Nachgefragt waren insbesondere die Bereiche Verwaltung und kaufmännische Berufe, der Metall, Maschinenbau und Fahrzeugtechnik, Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung sowie Lager/Fahrzeugführung.

	2015/2016	2016/2017	2017/2018	+ / - 2017/2018
	Tsd	Tsd	Tsd	Tsd
Bewerber	1.691	1.668	1.719	+ 51
versorgte Bewerber	1.667	1.649	1.659	+ 10
unversorgte Bewerber	24	19	60	+ 10
gemeldete Ausbildungsstellen	1.185	1.114	1.269	- 71
- davon betriebliche	1.122	1.081	1.210	- 41
- davon außerbetriebliche	63	33	59	- 30
unbesetzte Ausbildungsstellen	91	93	114	+ 21

(Quelle: Agentur für Arbeit Limburg-Wetzlar, Statistik Sept. 2018, aufgrund der Zusammenlegung der Bezirke Limburg-Weilburg und Wetzlar sind regionale Zahlen nur noch teilweise verfügbar)

Die Branche der Beschäftigungs- und Bildungsträgerunternehmen war seit der in 2012 endgültig in Kraft getretenen Instrumentenreform auf den Arbeitsmarkt einem hohen Anpassungsdruck ausgesetzt. Naturgemäß bedingt die positive Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt ein in den Hintergrundtreten der Notwendigkeit von offensive Arbeits- und Ausbildungsmarktförderung. Angesichts der für die Zukunft zu erwartenden demografischen Entwicklung mit den bereits spürbaren Folgen für den Fachkräftebedarf steht die Gesellschaft jedoch vor der Herausforderung alle vorhandenen Personalressourcen zu aktivieren. Die Gefahr besteht, dass bestehende Strukturen und Kompetenzen in diesem Sektor verloren gehen und nicht für die Herausforderungen der zukünftigen Arbeitsmarktentwicklung genutzt werden. Ein Gegensteuern durch Kosteneinsparungen beim Personal ist nur bedingt möglich und verschlechtert den bereits aktuell durch die notwendige Befristung von Arbeitsverträgen geprägten Personaleinsatz.

Insgesamt zeichnet sich hier für die mittelfristige Zukunft keine Trendwende ab. Es bleibt die Aufgabe durch eine breite Aufstellung am Beschäftigungsförderungs- und Bildungsmarkt, die gute Zusammenarbeit mit den regionalen Arbeitsmarktakteuren sowie die ver-

stärkte Kostenkontrolle bei den Maßnahmen eine einseitige Abhängigkeit zu vermeiden und so die vorhandenen Kompetenzen und Strukturen für die Zukunft zu sichern.

2. Geschäftsverlauf

Das Jahr 2018 war für die GAB weiterhin geprägt durch die parallele Ausrichtung der beiden Bereiche Dienstleistungen für den Landkreis und Bildungsträger- und Projektarbeit auf die neuen Herausforderungen durch die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland. Wie bereits in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert, wurden die namensgebenden Ziele der GAB - Ausbildung und Beschäftigung – zur Grundlage dieser Betätigungen und konnten damit gemeinwohlfördernd fortgesetzt werden.

Ein ganz wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt war wie bereits im Vorjahr auch in 2018 die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung. Die teilweise Übernahme dieser Aufgaben für den Landkreis wurde bereits Ende 2014 begonnen und durch die Schaffung von Unterbringungsplätzen in eigenen und angemieteten Gebäuden sowie die Bereitstellung der sozialen Betreuung in 2015/2016 verstärkt und in 2017/2018 weiter fortgesetzt. Die GAB zusammen mit dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft war durch die absolut kurzfristige Bereitstellung von 3 Großgemeinschaftsunterkünften mit insgesamt 600 Plätzen hier schwerpunktmäßig beteiligt. In diese Betätigung wurden getreu der Zielsetzung der GAB die Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte mit ihren Mitarbeitern und Teilnehmern eingebunden und haben maßgeblich zur erfolgreichen Arbeit beigetragen. Gegen Ende des Jahres 2016 und auch in 2017 hatte sich der Flüchtlingszugang so normalisiert (10 bis 15 Personen gegenüber 150 bis 200 Zuweisungen je Woche in den vorherigen Monaten), dass in 2018 mit der Konsolidierung und Optimierung dieses Betätigungsfeldes begonnen werden konnte. Erwähnt werden soll auch das große Engagement ehrenamtlicher Helfer, die insbesondere im Bereich der Betreuung der Flüchtlinge tatkräftige Unterstützung geleistet haben.

In 2018 wurden mit der Wildkrautbeseitigung mittels Heißwasser und der Essensausgabe in den Schulkantinen weitere Dienstleistungen für den Landkreis übernommen. Beide Tätigkeiten werden in 2019 weiter ausgebaut.

3. Vermögenslage

Die Bilanz stellt sich im Vorjahresvergleich folgendermaßen dar:

	31.12.2018		31.12.2017		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	11.156,8	70,6	10.419,8	74,6	+ 737,0
Umlaufvermögen o. Liquide Mittel	1.013,4	6,4	702,6	5,0	+ 310,8
Liquide Mittel	3.629,9	23,0	2.848,0	20,4	+ 781,9
Bilanzsumme	15.800,1	100,0	13.970,4	100,0	+1.829,7
Eigenkapital und Sonderposten	3.278,8	20,8	2.936,3	21,0	+ 342,5

Darlehensverbindlichkeiten	10.889,8	68,9	8.128,0	58,2	+ 2761,8
langfristige Rückstellungen	1.006,9	6,4	963,3	6,9	+ 43,6
kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	590,4	3,7	503,0	3,6	+ 87,4
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	34,2	0,2	1.439,8	10,3	+1.405,6

Das **Anlagevermögen** hat sich bei Investitionen von T € 1.495,6 und Abschreibungen von T € x 750,1 sowie Abgängen von T € 8,5 um T € 737,0 erhöht. Von den Investitionen entfielen T € x 1.075,3 auf die Fertigstellung der Gemeinschaftsunterkunft und der Lagerflächen in Merenberg. Siemensstraße mit 60 GU-Plätzen. Kosten für den Ausbau der GU in Hadamar Niederzeuzheim fielen in Höhe von T € 98 an. Vier Objekte befinden sich noch in der Genehmigungs- und Bauphase und sind mit T € 823,7 unter den Anlagen im Bau erfasst.

Der Buchwert des gesamten Geländes und der Gebäude am Standort „Im Schlenkert“ beläuft sich zum 31.12.2018 auf T € 3.591,9 und beträgt damit 32,2 % des Anlagevermögens. Für die am Standort gewerblich genutzten Hallen (Entsorgungszentrum, Metall-, Elektrowerkstatt und MöVe) genutzten Hallen wurde die Restnutzungsdauer in 2017 auf 3 Jahre verkürzt. Hieraus resultieren Abschreibungen in Höhe von T € 330,1.
Die Asylobjekte haben zum 31.12. einschließlich der Anlagen im Bau einen Restbuchwert von T € 6.741,3 oder 60,4 % des Anlagevermögens. Das Anlagevermögen ist durch das Darlehen und Eigenkapitalmittel zu 100 % langfristig finanziert.
Von den übrigen Investitionen entfallen T € 110,0 auf Betriebs- und Geschäftsausstattung/GWG sowie T € 25,3 auf Fahrzeuge.

Vom **Umlaufvermögen** entfallen T € 698,8 auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und weitere T € 90,3 auf Forderungen an die Beteiligungsgesellschaft Profil GmbH. Zur Risikovorsorge sind von den Forderungen T € 192,2 einzelwertberichtigt. Die Zunahme der Forderungen gegenüber dem Vorjahr ist durch die Entwicklung der Geschäftstätigkeit im Bereich der Flüchtlingsunterbringung bedingt und die im Vorjahr durch den Landkreis geleisteten höheren Abschlagsleistungen. Diese Forderungen betreffen rein den Landkreis Limburg-Weilburg.

Die **Liquiden Mittel** (Kasse, Giro- und Festgeldguthaben) enthalten mit T € 3.000 die Mittel, der der GAB noch in 2018 geleisteten Ausleihung des Landkreises. Die bestimmungsmäßige Verwendung für den Ankauf der OHL-Heat-Halle ist bedingt durch die notarielle Abwicklung des Ankaufs erst im Januar 2019 mit der Kaufpreiszahlung erfolgt.

Die **Eigenkapital**ausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 2018 20,8 % (Vorjahr 21,0 %) der Bilanzsumme. Durch den Jahresüberschuss in Höhe von T € 342,8 hat sich das Eigenkapital entsprechend erhöht. Der Sonderposten für zweckgebundene Mittel wurde erfolgswirksam mit T € 0,2 aufgelöst.

Die **Darlehensverbindlichkeiten** wurden mit T € 703,8 planmäßig getilgt. Einem bestehenden Darlehen wurden, zur Finanzierung des weiteren Ausbaus in Merenberg, Mittel in Höhe von T € 465,7 zugeführt. Zur Finanzierung des Ankaufs der OHL-Heat-Halle hat der Landkreis der GAB in 2018 eine verzinsliche **Ausleihung** mit einer Laufzeit von 30 Jahren in Höhe von T € 3.000 zur Verfügung gestellt. Die Ausleihung wird unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen.
Unter den **Sonstigen Rückstellungen** wurden der Verpflichtung zur Beteiligung an in der Vergangenheit angefallenen Gebäudesanierungskosten Mittel in Höhe von T € 77,0 ausgewiesen. Zur Deckung der Wiederherrichtungs- und Rückbauverpflichtungen der Asylobjekte wurde eine Rückstellung in Höhe von T € 929,9 gebildet.
Daneben bestehen Rückstellungen für bis zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommeine Resturlaubstage (T € 95,2), Leistungsentgelte (T € 43,5) und Prüfungs-/ Abschlussarbeiten (T € 40,2).

Weiter **kurzfristige Verbindlichkeiten** resultieren mit T € 276,7 aus Lieferungen und Leistungen und mit T € 102,6 aus Sonstigen Verbindlichkeiten. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen waren zum Zeitpunkt der Bilanzprüfung beglichen.

4. Ertragslage

	2018		2017		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse - Zuschüsse und Erstattungen	2.466,6	24,8	2.668,2	26,5	- 201,6
- Flüchtlingsunterbringung und -betreuung	5.083,9	51,1	5.139,2	50,9	- 55,3
- Drittumsätze einschl. Mieten	2.358,0	23,7	2173,6	21,5	+ 184,4
	9.908,5	99,6	9981,0	98,9	- 72,5
Andere Erträge, Zinserträge	37,6	0,4	106,6	1,1	- 69,0
Summe Erträge	9.946,1	100,0	10.087,6	100,0	- 141,5
Materialaufwendungen	2.956,3	29,7	3.250,0	32,3	- 293,7
Personalaufwendungen	4.983,3	50,1	4.547,8	45,1	+ 435,2
Abschreibungen	750,1	7,6	740,3	7,3	+ 9,8
Sonstige Aufwendungen	752,2	7,6	1.194,8	11,8	- 442,6
Zinsaufwendungen	161,8	1,6	180,9	1,8	- 19,1
Summe Aufwendungen	9.603,4	96,6	9.913,8	98,3	- 310,4
Jahresergebnis	+ 342,7	+ 3,4	+ 173,8	+ 1,7	+ 168,9

Von den Erlösen entfallen noch 24,8 % (Vorjahr 26,5 %) auf die Zuschüsse und Kostenerstattungen für die durchgeführten Maßnahmen und Projekte und 23,7 % (Vorjahr 21,5 %) auf die Drittumsätze einschließlich Mieterträge. Bedingt durch die damaligen hohen Unterbringungszahlen bei den Flüchtlingen wurde in 016 ein Höhepunkt bei den Um-

satzerlösen von über Mio € 10 erreicht. Mit der Abnahme dieser unmittelbaren Zugangszahlen haben sich auch die Umsatzerlöse insgesamt unter Mio € 10 eingependelt.

Von den **Umsätzen aus den Maßnahmen und Projekten** entfallen T € 1.743,6 (Vorjahr T € 1.940,2) auf die ESF-, Bundes-, Landes- und Kreismittel zur Beschäftigungsförderung und Ausbildung. Der Rückgang der Mittel ist insbesondere durch die geringeren Mittelansätze zur Ausbildung und Qualifizierung von Flüchtlingen verursacht.
Der Landkreis hat wie im Vorjahr einen allgemeinen Zuschuss zur Ko-Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von T € 300 gewährt.
Die aus der bereits in 2014 eingeleiteten Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf den Bereich Flüchtlingsunterbringung und –betreuung erzielten Erlöse haben sich in 2018 nach einem Höhepunkt in 2016 auf niedrigerem Niveau eingestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass von den Umsätzen in Höhe von T € 5.083,9 (Vorjahr T € 5.139,2) Mittel in Höhe von T € 1.194,5 (Vorjahr T € 1.267,1) für die Weiterberechnung von Kosten für das Catering und die Bewachung der Großgemeinschaftsunterkünfte angefallen sind. Der Veränderung dieser Position ist vollständig auf die von der Belegungszahl in der Großgemeinschaftsunterkunft OHL-Heat-Halle abhängigen Cateringzahlen zurückzuführen.

Die unter den **Drittumsätzen** erfassten Erlöse der Projekte Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Elektro-, Holz- und Metallwerkstatt sowie der Gebraucht- und Neumöbelgestellung (MöVe) waren in 2018 auch durch die Übernahme neuer Dienstleistungen wie der Wildkrautbehandlung und der Essensausgabe in den Schulkantinen wieder leicht ansteigend. Bei der Gebäudereinigung wurden in der Jahresmitte 2017 weitere Schulobjekte in die Reinigung übernommen. Bei den Weiterverkäufen Elektrogroßgeräte und Einrichtungsgegenständen ist nochmals ein Anstieg um T € 17,6 zu verzeichnen. Hierunter fallen die auf Bedarfsschein erfolgenden Lieferungen von Herden, Waschmaschinen, Kühlschränken und Möbeln im Auftrag des Jobcenters und des Sozialamtes. Umsatzsteigernd wirkte die zunehmende Zahl von Flüchtlingen mit Aufenthaltsstatus, die in den Leistungsbezug nach SGB eingetreten sind. Erlöse aus der Vermietung von Flächen und Räumen am Standort Im Schlenkert sind in Höhe von T € 514,2 (Vorjahr T € 469,3) angefallen.

Die **Materialaufwendungen** haben sich um T € 293,7 vermindert. Den durch die Ausweitung der Umsatztätigkeit bedingten Steigerungen bei den Fremdreinigungsleistungen und Reinigungsmitteln (T € 85,4) stehen geringere Aufwendungen für den Asylbereich gegenüber. Hier konnten durch geringere Kosten für die Großunterkünfte insgesamt T € 275,6 eingespart werden.

Die **Personalaufwendungen** betragen in 2018 50,1 % (Vorjahr 45,1 %) der Erträge. Bei den sozialpädagogischen Kräften wurden Stellen insbesondere in der schulnahen Betreuung, Projekte PuschA und InteA neu besetzt. Außerdem wirkte die ganzjährige Beschäftigung von im Vorjahr für die Integration, hausmeisterliche und sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge aufwandsmehrend. Bei der Gebäudereinigung wurden mit der Übernahme weiterer Schulen in die Betreuung und die Essensausgabe an den Schulkantinen neue Mitarbeiter übernommen. Die Personalaufwendungen haben sich daher nochmals um T € 435,2 erhöht.

Durch die Investitionen des Berichtsjahres und die ganzjährige Berücksichtigung der im Vorjahr aktivierten Objekte haben sich die **Abschreibungen** um T € 9,8 erhöht. Durch

die in 2017 begonnene Verkürzung der Nutzungsdauern der am Standort „Im Schlenkert“ noch betriebenen gewerblich genutzten Hallen sind Abschreibungen in Höhe von T € 330 zusätzlich angefallen. Die aktivierten Gebäude zur Flüchtlingsunterbringung werden über 35 Jahre abgeschrieben.

In den **Sonstigen Aufwendungen** waren im Vorjahr mit T € 393 auch die den Rückstellungen zugeführten Mittel für den Rückbau und die Wiederherrichtung der Groß-Asylunterkünfte enthalten. Weitere Zuführungen hierfür sind in 2018 nicht mehr notwendig gewesen. Nochmals um T € 78 waren auch die Ausgaben für die Unterhaltung der Bauten und baulichen Anlagen.
Für die allgemeine Verwaltung und den Betriebsbedarf der Projekte sind T € 585,1 (Vorjahr T € 512,9) aufgewandt worden.

Die **Zinsaufwendungen** haben sich entsprechend der höheren Darlehenssummen gesteigert.

Einmalige und periodenfremde Aufwendungen sind mit T € 76,7 (Vorjahr T € 62,3) in das Jahresergebnis eingegangen. Davon entfallen per Saldo T € 45,6 auf die Ausbuchung und Wertberichtigung von Forderungen. Bei periodenfremden Erträgen in Höhe von T € 1,4 ist der **Jahresüberschuss** in Höhe von T € 342,7 per Saldo mit T € 75,3 durch einmalige und periodenfremde Positionen negativ beeinflusst.

Im Jahr 2018 fanden keine Kapitalzuführungen bzw. Kapitalentnahmen seitens des Landkreises Limburg-Weilburg statt. Es ergaben sich somit keine Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

5. Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung

Wie bereits in den Vorjahren, hat durch die in 2018 anhaltende positive wirtschaftliche Entwicklung der Druck auf die Arbeitsmarktpolitik in Hinblick auf Langzeitarbeitslose und unversorgte Ausbildungssuchende spürbar vermindert. Die tägliche Arbeit zeigt jedoch, dass auch bei der derzeit guten Beschäftigungslage für den Personenkreis mit gravierenden persönlichen Vermittlungshemmnissen unverändert erhebliche Probleme am ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt bestehen. Diese Zielgruppe der Arbeit der GAB ist also unverändert vorhanden und teilweise unversorgt. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch auch, dass die Politik dieses fortbestehende Problem erkannt hat und aktuell erste Maßnahmen zur Hilfe in der Beschäftigungsvermittlung für Langzeitarbeitslose verabschiedet hat.

Trotz der gesamtwirtschaftlich positiven Entwicklung der letzten Jahre des Arbeits- und Ausbildungsmarktes muss konstatiert werden, dass weiterhin schwache Mitglieder der Gesellschaft Unterstützung bei der Aufnahme von Ausbildung und Beschäftigung brauchen. Auch die derzeit sich abzeichnende Konjunkturabschwächung wird verstärkend wirken. Die Unternehmen stellen fest, dass schwache Auszubildende und Beschäftigte eine besondere Herausforderung darstellen und im Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung vermehrt investiert werden muss. Entsprechend ihres Auftrages und ihres Selbstverständnisses sieht die GAB hier weiterhin in Unterstützung und Abstimmung mit dem Landkreis ihre besondere Kompetenz und ihren Tätigkeitsschwerpunkt.

Insgesamt zeigt die Entwicklung am Ausbildungsmarkt, dass die Unternehmen in Folge der bereits spürbar einsetzenden demografischen Entwicklung zunehmend auf schwächere Auszubildende zurückgreifen. Trotzdem verbleibt im Landkreis ein Personenkreis an jungen Leuten, die in Folge vielfältiger persönlicher Probleme keinen Ausbildungsplatz finden können. Hier greifen die Angebote der GAB, wie die Schuldnerberatung und die sozialpädagogische Betreuung, um auch diese Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Gerade im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit derzeit nachlassenden Wachstumsraten und einer stagnierenden Beschäftigung ist zu erwarten, dass der Bedarf für einen zweiten Arbeitsmarkt unverändert besteht und wieder anwachsen kann. Die GAB hat auf diese Entwicklungen reagiert und durch die Ausrichtung auf Projektarbeit und weitere Maßnahmen im Bereich des Bildungsträgers für die Zukunft vorgesorgt. Dies mit der Zielsetzung die fachliche und personelle Kompetenz bei der GAB für die Zukunft zu sichern und die in der Vergangenheit erarbeiteten Strukturen zu erhalten und anzupassen. Möglich wurde dies auch durch die Zusammenarbeit mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren im Landkreis, insbesondere der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK und den Kammern, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie der Kreisverwaltung. Auch auf überregionaler Ebene ist die Zusammenarbeit eine Voraussetzung für die zukünftige erfolgreiche Arbeit der GAB. Hier ist die Zusammenarbeit mit dem Mittelhessischen Bildungsverband e.V., dem Verein Mitte Hessen e.V. und auch im Paritätischen Wohlfahrtverband zu nennen.

Die GAB ist erfolgreich nach AZWV und AZAV zertifiziert als Träger für Bildungsmaßnahmen. Dies bildet die Grundlage in allen Bereichen Bildungsmaßnahmen anbieten zu können. In 2015 sind z.B. die mehrjährigen Landes-, Bundes- und ESF-Projekte angelaufen. Diese durch Landesund ESF-Mittel mitfinanzierten Maßnahmen tragen zur positiven Auswirkung und zur Vernetzung im Landkreis bei.

Ein wesentliches Standbein der GAB ist in 2015 die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung für den Landkreis geworden. Begonnen wurde dies mit dem Erwerb erster Unterbringungsobjekte in 2014. Aktuell stellt die GAB weiterhin an die 564 Unterbringungsplätze und betreut 675 Flüchtlinge. Von den 564 Unterbringungsplätzen entfallen 130 auf eine auch als Empfangszentrum genutzte Großgemeinschaftsunterkunft. Diese dient auch als Notausfallunterkunft mit weiteren 130 Notplätzen. Die Geschäftsleitung der GAB wird hier in Zusammenwirken mit dem Landkreis auf eine wirtschaftlich sinnvolle und langfristig tragbare Unterkunftsanzahl achten. Die obige Entwicklung liegt innerhalb der planvollen Konsolidierung auf den langfristigen Grundstock für den Landkreis in Höhe von ca. 400 Plätzen.

Die bisherigen Erfahrungen im Bereich der Flüchtlingspolitik zeigen, dass eine langfristige Planung sehr schwierig ist und auf mögliche Veränderungen bei den Zuweisungszahlen sehr kurzfristig reagiert werden muss. Die GAB hat hier im Zusammenwirken mit dem Sozialamt und dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft aber tragfähige Strukturen entwickelt.

An die in 2015 bis 2018 erfolgreich geleistete Arbeit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge schließt sich nunmehr die große Aufgabe der Integration in Bildung und Beschäftigung an. So wurde ein durch das Hessische Ministerium für Soziales und In-

tegration gefördertes Gemeinschaftsprojekt, „Chance Arbeitsmarkt“, mit dem Lahn-Dill-Kreis aufgelegt. Hier erfolgt eine Kompetenz- und Potentialfeststellung der in den Landkreisen untergebrachten Flüchtlinge mit dem Ziel diese gezielt in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren. Auch in unseren Werkstätten haben wir Ausbildungsplätze für Flüchtlinge bereitgestellt und besetzt. Hier ist in 2017 mit der Maßnahme EQ – Einstiegqualifizierung für Personen mit Migrationshintergrund ein Instrument zur Heranführung von Flüchtlingen an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geschaffen worden.
Dabei kann auf die vorhandenen Erfahrungen und Strukturen im Bereich der Beschäftigungsförderung direkt zurückgegriffen werden.

Zur Übernahme weiterer Dienstleistungen für den Landkreis wurden in 2014 und 2015 die rechtlichen und steuerlichen Grundlagen geschaffen. Die Betrauung der GAB mit ihren satzungsmäßigen Aufgaben Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, Förderung der Weiterbildung sowie Flüchtlingsunterbringung und –betreuung durch den Landkreis wurde im Oktober 2016 durch den Kreistag verabschiedet.

Durch die oben geschilderten Maßnahmen und durch die positive Arbeit in den Projekten Gebäudereinigung, Elektrowerkstatt, Gebrauchtmöbelverkauf und Holzwerkstatt sowie die gute Arbeit der Schuldnerberatung und des Bildungsträgerbereichs ist die GAB breit aufgestellt. Außerdem können die Ausbildungswerkstätten durch erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse aufwarten. Insgesamt konnte die GAB die schwierigen Jahre 2010 bis 2017 erfolgreich meistern. Sie bleibt jedoch auf die Unterstützung des Landkreises angewiesen, um auf diesem Weg weiterzugehen und die Kompetenzen und Strukturen für die Ausbildung und Beschäftigung für die Zukunft zu sichern.

Der Erfolgsplan für das Jahr 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss von T 24 ab. Auch für die Jahre 2020 bis 2022 plant die Geschäftsleitung der GAB mit positiven Ergebnissen. Dabei sind wie bereits im vorliegenden Jahresabschluss 2018 weitere Mittel für die Wiederherrichtung und Instandhaltung der Gemeinschaftsunterkünfte durch entsprechende Rückstellungen abzudecken. Bedingt durch die Erlöse aus den Großunterkünften, die aber mit der Kürzung der Platzzahlen um 194 sowie der endgültigen Stilllegung der Großunterkunft in Villmar mit 196 Plätzen bereits in 2019 stark rückläufig sein werden, wurde hier Vorsorge für die Risiken aus dem Betrieb und insbesondere bei den Mietobjekten für die Wiederherrichtung bei Rückgabe an den Vermieter getroffen werden.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Chancen und Risiken unserer wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit in hohem Maße von den gesetzlichen Rahmenvorgaben für den Arbeits-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmarkt und mit Übernahme der Aufgabe Flüchtlingsunterbringung und –betreuung zusätzlich von der hier sehr komplizierten politischen Entwicklung abhängen.

Wir sehen daher unsere Aufgabe darin, bei sich abzeichnendem Wandel der gesetzlichen Rahmenvorgaben und der politischen Entwicklung, frühzeitig Chancen zur Verbesserung der Vermögens- und Ertragsstruktur zu erkennen und zu nutzen sowie Risiken ebenso frühzeitig wirksam zu begegnen.

Weitere Risiken der zukünftigen Entwicklung liegen nicht vor.

2.5 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG i. L. – Pullach

Unternehmensportrait

Adresse: Wolfratshauser Straße 49, 82049 Pullach

Rechtsform: Kommanditgesellschaft (KG)

Gesellschafts-verhältnisse: Komplementärin: IGUMENITSA GmbH
Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 12. November 1998 unter der Firma IGUMENITSA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in München errichtet.
Durch Gesellschafterbeschluss vom 13. Dezember 2005 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG

Gesell.-vertrag: 14. Dezember 2005

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin: IGUMENITSA Verwaltungsgesellschaft mbH
(AG München HRB 122936) vertreten durch ihre Geschäftsführer
- Marc-Oliver Buksch, München
- Klaus Steixner, Rottach-Egern
- Michael Stüber, Gauting-Stockdorf

Bezüge
Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2006 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2017 in €	2016 in €
Forderungen a. L. L.	0,00	2.495,36
Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	13.843,50
Guthaben bei Kreditinstituten	64.132,35	121.944,87
SUMME AKTIVA	**64.132,35**	**138.283,73**
Passiva	**2017 in €**	**2016 in €**
Jahresüberschuss	0,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	57.913,65	33.535,75
Verbindlichkeiten a. L. L.	4.224,50	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1.994,20	104.747,98
SUMME PASSIVA	**64.132,35**	**138.283,73**

Gewinn- und Verlustrechnung	2017 in €	2016 in €
Umsatzerlöse für Hausbewirtschaftung	15.965,13	10.079,25
+ sonstige betriebliche Erträge	33.013,28	29.651,50
- sonstige betriebliche Aufwendungen	33.708,60	35.007,48
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	695,32	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	575,29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**15.965,13**	**4.147,98**
Sonstige Steuern	15.965,13	4.147,98
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0,00**	**0,00**

Der Jahresabschluss 2018 lag bei Erstellung des Beteiligungsberichts noch nicht vor. Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Es fallen unterjährig keine Geschäftsvorgänge mehr an. Nach Abschluss bzw. Klärung der Gewerbesteuerproblematik wird die Gesellschaft aufgelöst.

2.6 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG i. L. – Pullach

Unternehmensportrait

Adresse: Wolfratshauser Straße 49, 82049 Pullach

Rechtsform: Kommanditgesellschaft (KG)

Gesellschafts-verhältnisse: Komplementärin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH
Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 5. Dezember 2003 mit Wirkung zum 17. Dezember unter der Firma ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Frankfurt am Main errichtet.
Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. Oktober 2006 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG

Gesell.-vertrag: 13. November 2006

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH
(AG München HRB 140456) vertreten durch ihre Geschäftsführer
- Michael Ruhl, München
- Klaus Steixner, Rottach-Egern

Bezüge
Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2007 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2017 in €	2016 in €	2015 in €
Ausstehende Einlagen	0,00	0,00	25.000,00
Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)	0,00	0,00	49.906.949,39
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	156,00	156,00	83.375,80
Kassenbestand	104.406,62	104.406,62	36.769,71
SUMME AKTIVA	**104.562,62**	**104.562,62**	**50.027.094,90**
Passiva	**2017 in €**	**2016 in €**	**2015 in €**
Kapitalanteile	0,00	0,00	25.000,00
Kommanditkapital	0,00	0,00	25.000,00
Kapital des atypisch stillen Gesellschafters	0,00	0,00	8.423.983,86
Rückstellungen	39.886,84	39.886,84	84.613,29
Verbindlichkeiten	64.675,78	64.675,78	41.518.497,75
SUMME PASSIVA	**104.562,62**	**104.562,62**	**50.027.094,90**

Gewinn- und Verlustrechnung	2017 in €	2016 in €	2015 in €
Umsatzerlöse	6.866.270,76	6.866.270,76	3.519.140,73
- Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	41.501,29	41.501,29	49.221,71
Abschreibungen auf Sachanlagen	609.034,00	609.034,00	1.218.067,86
- sonstige betriebliche Aufwendungen	54.947,36	54.947,36	105.996,63
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.058,16	1.058,16	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	810.374,66	810.374,66	1.675.579,54
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**5.351.471,61**	**5.351.471,61**	**480.945,07**
+ Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	295.396,18	295.396,18	283.183,47
aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	5.056.075,43	5.056.075,43	197.761,60
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Der Jahresabschluss 2018 lag bei Erstellung des Beteiligungsberichts noch nicht vor. Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Es fallen unterjährig keine Geschäftsvorgänge mehr an. Nach Abschluss bzw. Klärung der Gewerbesteuerproblematik wird die Gesellschaft aufgelöst.

2.7 Kreishallenbad Weilburg GmbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Bahnhofstraße, 35781 Weilburg	
Homepage:	www.kreishallenbad-weilburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro	
Gründungsjahr:	27. März 1981	
Beteiligungen:	Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Das Kreishallenbad Weilburg ist durch die Schließung verschiedener Bäder nunmehr das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Das Kreishallenbad hat dadurch eine zentrale Aufgabe in den Bereichen des Sports und der Freizeitgestaltung. Außerdem dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreishallenbades Weilburg.
Weiterhin ist Gegenstand des Unternehmens der Bau und die Unterhaltung von Photovoltaikanlagen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Thorsten Roth	
Gesellschafterversammlung	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Ruprecht Keller	
	Karl Heinz Stoll	

Bezüge
Die Bezüge der Geschäftsführung betrugen 4.650,00 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Sachanlagen	11.001.447,69	6.007.338,17
Finanzanlagen	6.975.412,53	6.975.412,53
Anlagevermögen	**17.982.723,22**	**12.982.750,70**
Vorräte	18.483,12	0,00
Forderungen und sonst. Vermögensgegen-stände	1.918.499,24	858.783,45
Kassenbestand	118.935,00	2,93
Umlaufvermögen	2.055.917,36	858.786,38
Rechnungsabgrenzungsposten	6.424,33	0,00
SUMME AKTIVA	**20.045.064,91**	**13.841.537,08**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	2.390.922,86	585.922,86
Gewinn-/Verlustvortrag	5.302.054,08	4.872.510,97
Jahresüberschuss	84.484,08	429.543,11
Eigenkapital	7.803.025,61	5.913.541,53
Sonderposten Investitionszuschüsse	1.367.998,00	700.000,00
Rückstellungen	122.931,79	83.893,00
Verbindlichkeiten	10.751.109,51	7.144.102,55
SUMME PASSIVA	**20.045.064,91**	**13.841.537,08**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	251.654,13	102.113,38
- Materialaufwand	220.659,81	4.111,91
- Personalaufwand	4.650,00	83.272,66
- Abschreibungen	149.390,08	51.461,00
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	434.530,08	67.411,24
+ Erträge aus Beteiligungen	908.193,00	908.193,00
+ Erträge aus Verlustübernahmen	220.875,00	0,00
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	295,00	6.234,98
- Aufwendungen aus Verlustübernahme	220.875,00	230.812,50
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	267.787,64	141.064,25
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.000,00	7.222,25
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**84.484,08**	**429.543,11**

Der Jahresabschluss 2018 liegt aufgrund einer Umsatzsteuersonderprüfung noch nicht vor. Die entsprechenden Zahlen sind alle noch vorläufig, unter dem Vorbehalt der Prüfung. Der geprüfte Jahresabschluss inklusive Lagebericht wird dann erst vorliegen.
Das Hallenbad eröffnete nach Neubau im Oktober 2018. Im Jahr 2018 hat der Landkreis Limburg-Weilburg den Verlustausgleich für das Hallenbad Diez übernommen. Dies bedeutete einen Mehraufwand für den Kreishaushalt in Höhe von 220.875,00 €.

2.8 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg	
Homepage:	www.krankenhaus-weilburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	100.000 Euro	
Gründungsjahr:	2005	
Gesellsch.-vertrag:	9. Dezember 2011	
Beteiligungen:	Seniorenzentrum Fellersborn (Bestandteil der Muttergesellschaft)	
	KSB-Klinik Betriebe GmbH Clinicpartner eG	25.000,00 Euro 100,00 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch bedarfs- und leistungsgerechte sowie wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Krankenhausleistungen.
Darüber hinaus ist Zweck der Gesellschaft der Betrieb von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe, die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege von alten Menschen einschließlich deren sozialen und kulturellen Betreuung sowie das Angebot von Wohngelegenheiten nach den Grundsätzen der Altenhilfe.

Gegenstand des Unternehmens
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Weilburg gGmbH und der Betrieb des Seniorenzentrums Fellersborn in Löhnberg.
Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg. Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist mit 181 Betten im Krankenhausplan des Landes Hessen als Haus der Grund- und Regelversorgung ausgewiesen. Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 50 Ausbildungsplätzen angegliedert. Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 48 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege, sowie seit 01.05.2017 über zusätzliche 15 vollstationäre Plätze zur besonderen Versorgung nach SgB.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Herr Peter Schermuly	
Aufsichtsrat:	Landrat a. D. Manfred Michel (bis 31.12.2018)	Vorsitzender
	Landrat Michael Köberle (ab 01.01.2019)	Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stv. Vorsitzender
	Joachim Veyhelmann, Beamter / MdL	
	Dr. Ruth Kittler, Ärztin	
	Dr. Hans Christoph Noack, Arzt	
	Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister	
	Robert Becker, Bürgermeister a.D.	
	Günter Henche (Betriebsrat), Betriebsratsvorsitzender	
	Katja Dienst (Betriebsrat), Krankenschwester	
	Peter Hoffmann (Betriebsrat) Technischer Leiter	
Gesellschafter-versammlung:	Landrat a. D. Manfred Michel (bis 31.12.2018)	Vorsitzender
	Landrat Michael Köberle (ab 01.01.2019)	Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stv. Vorsitzender
	Peter Rompf, Regierungsangestellter	
	Christian Radkovsky, Angestellter	
	Dr. Johannes Hanisch, Bürgermeister	
	Sabine Häuser-Eltgen, Juristin	
	Andreas Hofmeister, MdL	
	Richard Kreutzer, Geschäftsführer Lahn-Dill-Kliniken GmbH	

Bezüge:
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.
Für die Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 969,30 Euro erstattet.
Zu den Angaben der Vergütungen für die Geschäftsführung wird von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in €	2017 in €
Anlagevermögen	15.062.987,37	14.267.097,69
Immaterielle Vermögensgegenstände	171.345,86	133.767,00
Beteiligungen	25.000,00	25.000,00
Sonstige Finanzanlagen	10.000,00	10.000,00
Vorräte	468.499,89	522.487,35
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.909.570,07	4.939.654,38
Kassenbestand/Guthaben bei KI	2.617.558,64	1.182.088,69
Rechnungsabgrenzungsposten	17.625,59	21.231,55
SUMME AKTIVA	**24.076.241,56**	**20.932.559,66**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gezeichnetes Kapital	110.000,00	100.000,00
Kapitalrücklagen	4.263.229,45	2.786.898,45
Freie- / Gewinnrücklagen	65.666,00	65.666,00
Gewinn-/Verlustvortrag	-978.140,42	-1.010.228,31
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	76.897,74	32.087,89
Eigenkapital	**3.537.652,77**	**1.974.424,03**
Sonderposten aus Zuweisungen	11.612.104,79	10.501.636,11
Rückstellungen	3.231.171,83	3.005.221,32
Verbindlichkeiten	5.612.022,64	5.360.645,67
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	38.371,53	90.632,53
SUMME PASSIVA	**24.076.241,56**	**20.932.559,66**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
Umsatzerlöse	32.605.043,05	30.851.724,86
Verminderung d. Bestandes an unfertigen Leistungen	-44.490,09	115.308,05
Sonstige betriebliche Erträge	4.600.928,69	2.746.134,14
	37.161.481,65	**33.713.167,05**
- Personalaufwand	21.220.989,90	20.580.689,70
- Materialaufwand	8.227.602,85	7.736.306,92
Zwischenergebnis	**7.712.888,90**	**5.396.170,43**
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.583.824,97	1.465.968,85
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.937.983,44	3.777.827,32
Zwischenergebnis	**191.080,49**	**152.374,26**
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	328,04	273,48
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	84.813,25	89.095,37
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**106.595,28**	**63.552,37**
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	28.692,00	30.265,00
- Steuern	1.005,54	1.199,48
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**76.897,74**	**32.087,89**

A. Geschäftsverlauf

I. Entwicklung von Krankenhäusern im Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitswesen im Krankenhausbereich wird weiterhin durch die politischen Rahmenbedingungen zu permanenten Veränderungen motiviert. Der wirtschaftliche Druck wächst ständig. Das Vergütungssystem und die Versuche der Politik, die starren Grenzen zwischen der ambulanten und stationären Versorgung der Patienten abzubauen führen zu Herausforderungen, denen sich die Krankenhäuser in Zukunft stellen müssen.
Der Krankenhausmarkt ist ferner durch Konsolidierungen und Spezialisierungen der Fachabteilungen auf bestimmte Krankheitsbilder ausgerichtet. Prognosen zur Leistungs- und Umsatzentwicklung für Folgejahre gestalten sich schwierig, da der stationäre Leistungsbereich durch das fallpauschalenorientierte Abrechnungssystem einer jährlichen Anpassung unterliegt. Weitere Unsicherheiten ergeben sich durch anhaltende Verschiebungen vom stationären in den ambulanten Leistungsbereich.

Durch die Kostenträger werden zunehmend Nachweise zu definierten Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualitätsmerkmalen abgefordert. Hieraus erwächst die Schwierigkeit, diesen Anforderungen zu entsprechen. Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird. In Hessen hat es diesbezüglich in den zurückliegenden Jahren mehr vereinbarte Fälle zwischen Krankenhäusern und Kostenträgern gegeben, als tatsächlich erbracht wurden. Dies führte aktuell zu einer deutlich geringeren Steigerung des Landesbasisfallwertes. Personalkosten- und Sachkostensteigerungen lassen sich nicht mehr ohne Weiteres mit den möglichen Erlössteigerungen auffangen. Viele deutsche Krankenhäuser stehen somit in einer Unterfinanzierung und können die Verpflichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge nicht mehr vollumfänglich wahrnehmen.
Neben den allgemeinen Preisentwicklungen stehen die Krankenhäuser besonders auch wegen der rasanten Entwicklung bei den medizinisch-technischen Möglichkeiten und damit einhergehenden steigenden Ansprüchen an die medizinische Versorgung in der Bevölkerung stark unter Druck. Hinzu kommen der demografische Wandel und der damit verbundene Anstieg der zu behandelnden Patienten einer älter werdenden Gesellschaft.

Eckdaten der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und seit 01.12.2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg.
Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist im Krankenhausplan des Landes Hessen ausgewiesen und nimmt an der unabdingbaren Notfallversorgung teil.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg verfügt über folgende Fachabteilungen:

- Allgemein-/ Viszeralchirurgie/ Proktologie

- Orthopädie/ Unfallchirurgie
- Innere Medizin
- Gynäkologie
- Klinische Geriatrie

Es wird eine geriatrische Tagesklinik mit 10 Betten betrieben.
Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 53 Ausbildungsplätzen angegliedert.
Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über insgesamt 63 vollstationäre Plätze incl. 5 eingestreuter Plätze für Kurzzeitpflege sowie incl. einer beschützten Wohngruppe „Demenz“ mit 15 Plätzen.

Pflegesatzverfahren

Am 16.11.2018 wurde mit den Kostenträgern eine gemeinsame Protokollnotiz zur Budget- und Entgeltvereinbarung für das Jahr 2018 verhandelt. Der Genehmigungsbescheid mit Spezifikationen der vereinbarten Eckpunkte liegt zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht vor.

Das Krankenhaus und die Kostenträger vereinbarten für das Geschäftsjahr folgende Werte:

	Vereinbart 2018	Ist-Ergebnis 2018	Ist-Ergebnis 2017
Fallzahl DRG	6.960	6.824	6.760
Summe der effektiven Bewertungsrelation	7.500,000	7.452,822	7.224,362
CMI	1,078	1,092	1,069
Teilstationäre Fallzahl	156	171	161
Teilstationäre Abrechnungstage	1.771	1.842	1.633

II. Umsatzentwicklung

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Umsatzerlöse inklusive der Bestandsveränderung steigen im Bereich des Krankenhauses im Geschäftsjahr von TEUR 29.019,9 auf TEUR 30.234,6. Der Anstieg resultiert vor allem aus der Leistungssteigerung um 229 Bewertungsrelationen auf 7.453 Bewertungsrelationen im Geschäftsjahr, sowie der Erhöhung des Landesbasisfallwertes um EUR 92,03 auf EUR 3.444,53.

Die Entwicklung der Belegungszahlen und Nutzungsgrade der letzten Jahre zeigt folgendes Bild:

	2018	2017	2016
Behandelte Patienten (stationär) (ohne interne Verlegungen)	6.824	6.760	6.769
Belegungstage	46.267	45.473	46.026
Durchschnittliche Verweildauer (Tage) (ohne Verlegung innerh. des Hauses)	6,78	6,73	6,80
Nutzungsgrad (%)	70,03	68,83	69,48
Aufgestellte Betten	181	181	181
Durchschnittlich belegte Betten	126,76	124,58	125,75

Seniorenzentrum Fellersborn (01.01.- 31.12.2018)

Die Umsatzerlöse im Bereich des Seniorenzentrums steigen von TEUR 2.239,8 auf TEUR 2.653,3 bei durchschnittlich 61,27 Bewohnern und 22.365 Pflegetagen (Vorjahr 19.701). Die beschützte Wohngruppe befand sich in 2017 noch im Aufbau und war in 2018 vollständig belegt. Hieraus resultieret die Erhöhung der Pflegetage.

III. Investitionen

Es wurden Investitionen ins Sachanlagevermögen in Höhe von TEUR 2.380,1 getätigt, davon entfallen auf den Anbau Süd und die Sanierung der Intensivstation TEUR 1.781,9, die Notaufnahme TEUR 17,4, Brandschutzmaßnahmen TEUR 5,0 den Erwerb von Software-Lizenzen TEUR 101,6 und für das Seniorenzentrum Fellersborn TEUR 4,2. Des Weiteren sind Investitionen von TEUR 457,9 für medizinische Ausstattung und TEUR 12,0 für Investitionen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich angefallen.

IV. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Krankenhaus seitens des Landkreises Limburg-Weilburg durch das Kommunalinvestitionsprogramm mit 5 Mio. € für Baumaßnahmen berücksichtigt. Die Baumaßnahmen begannen am 01.03.2017 und werden voraussichtlich Ende 2019 fertiggestellt sein.

V. Personal und Sozialbereich

Die durchschnittliche personelle Besetzung stellt sich
wie folgt dar:

Vollkräfte:

	2018	2017
Teilbereich Krankenhaus	247,33	260,94
Teilbereich Seniorenzentrum	30,04	25,71
Gesamt:	277,27	273,04

B. Darstellung der Lage

I. Vermögenslage und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist zu 116,5 % (2017: 105,7 %) durch lang- und mittelfristiges Vermögen bestehend aus Eigenkapital, Sonderposten und Darlehen gedeckt.
Die Vorräte beinhalten Roh,- Hilfs- und Betriebsstoffe 165,1 TEUR (Vorjahr 174,6 TEUR) sowie DRG-Überlieger 303,4 TEUR (Vorjahr 347,9 TEUR). Die Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht beträgt TEUR 118,8 (Vorjahr TEUR 724,2) und betrifft die Restforderung des Jahres 2018 an den Ausbildungsfonds.

Der Bestand der flüssigen Mittel betrug TEUR 2.617,6.

Das Eigenkapital hat sich um TEUR 1.563,2 - insbesondere durch eine Aufstockung der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 1.500,0 erhöht. Damit beträgt die Eigenkapitalquote 14,69 %. Die Verbindlichkeiten enthalten TEUR 2.451,9 langfristige Darlehen und Verbindlichkeiten nach Krankenhausfinanzierungsrecht TEUR 1.508,2.

II. Aufwands- und Ertragslage

Das laufende Betriebsergebnis beträgt TEUR 93 (Vorjahr TEUR - 585). Das neutrale Ergebnis beträgt TEUR -18 (Vorjahr TEUR 617). Die Personalkostenquote beträgt 65,08 % (Vorjahr 66,71 %); die Materialaufwandquote 25,23 % (25,08 %) des Umsatzes.

III. Vergleich der Prognose und tatsächlichen Entwicklung

Die Prognose für das Jahr 2018 im Wirtschaftsplan (geplanter Jahresüberschuss TEUR - 0) wurde durch den gestiegenen Landesbasisfallwert positiv beeinflusst.

C. Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die durch den Bundesgesetzgeber vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasten weiterhin die entsprechende Situation der Krankenhäuser in Deutschland. Das DRG-System hat sich nun fest etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Es ist ein zunehmender Wettbewerb in den letzten Jahren ebenso zu beobachten wie eine weitere massive Verweildauerverkürzung. Gleichzeitig findet man neben einem rasanten technologischen Fortschritt eine deutliche Zunahme pflegebedürftiger und multimorbider Patienten. Der Krankenhaussektor wird daher weiterhin durch wirtschaftliche Zwänge gekennzeichnet sein, die für jedes Krankenhaus Effizienzsteigerungen und das Erschließen von Rationalisierungspotentialen erfordern. Insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Personalkosten gilt es weitere Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen. Darüber hinaus entsteht eine zunehmende Notwendigkeit für Kran-

kenhäuser, ihre Marktstellung durch verstärkte Kooperation und Verbundstrukturen zu festigen.
Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH muss durch eine stringente Kostensenkung einerseits und einer Leistungsausweitung andererseits den wirtschaftlichen Zwängen entgegenwirken. Hierbei müssen alle Möglichkeiten im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen und Kooperationen im Sinne einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ausgeschöpft werden. Die vom Gesetzgeber hierzu vorgegebenen Rahmenbedingungen belasten derzeit die Krankenhäuser schwer. Hinzu kommen gesetzliche Vorgaben im Bereich Hygiene, die mit der Einstellung von zusätzlichem Personal verbunden waren, welches ebenfalls nur zum Teil refinanziert wird. Damit bleibt es bei einer Unterfinanzierung der tariflich verursachten Personalkostensteigerungen. Eine verbesserte Erlössituation im Rahmen von Fallzahlsteigerungen können aus Sicht des Krankenhauses im orthopädischen, geriatrischen und chirurgischen Bereich erzielt werden. Hierbei wird zur Erschließung der notwendigen Belegungskapazitäten unter anderem auch die weitere Kürzung von Verweildauern im Rahmen des medizinisch Vertretbaren eine Rolle spielen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH als Mitglied des Klinikverbundes Hessen e.V., einem Zusammenschluss von 59 kommunalen hessischen Kliniken, plant eine engere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Auf Beschluss der Aufsichtsgremien und des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg beteiligen sich die Lahn-Dill-Kliniken mit 9,0909 % am Kreiskrankenhaus Weilburg. Zielsetzung hierbei ist, eine Stärkung des Klinikstandortes in Weilburg sowie das Erschließen von Synergieeffekten. Das ursprünglich schon 2017 geplante MVZ mit Ankauf eines orthopädischen und neurochirurgischen Kassenarztsitzes hatte sich zunächst zerschlagen. Die vorbereitenden Planungen sind wieder aufgenommen und zur Umsetzung für 2019 vorgesehen.

Seit dem 01.12.2009 betreibt die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH ein Alten- und Pflegeheim in Löhnberg mit 48 Plätzen incl. fünf eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze sowie einer beschützten Wohngruppe mit 15 Plätzen. Das Haus wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen und ist weiterhin voll ausgelastet. Synergieeffekte wirken sich positiv auf die Krankenhausbilanz aus.
Weitere Zielsetzung ist eine Leistungsausweitung in den Bereichen Orthopädie und Chirurgie, was auf Basis der Leistungsdaten 2018 realistisch erscheint. Die Zertifizierung zum Endoprothetikzentrum unterstützt dieses Ziel. Die Abteilung Orthopädie erhielt im Dezember 2012 die Zulassung zum stationären Verletztenartenverfahren der Berufsgenossenschaften.

Die Budgetsicherheit ist nach heutiger Gesetzeslage den Krankenhäusern auch für die nächsten Jahre gegeben. Daher wird es im Sinne einer Standortsicherung im Wesentlichen darauf ankommen, ob es gelingt, die derzeitigen Kosten unter Berücksichtigung der Leistungszahlen und der Versorgungsqualität zu senken und die Erlöse zu steigern. Gleichzeitig hat der weitere Ausbau von Kooperationen mit den Nachbarkliniken unter anderem zur Erzielung von Synergieeffekten oberste Priorität.

Die o.a. Risiken sind durch entsprechende Maßnahmen ausreichend abgefangen und befinden sich daher unter Kontrolle der Geschäftsführung. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehört u.a. auch ein mittlerweile etabliertes Risikomanagementsystem.

Halbjährlich wird ein Risikobericht erstellt, in dem die Ergebnisse der Risikoanalyse und -bewertung zusammengefasst sind.

Die Liquidität ist durch die Bürgschaft des Gesellschafters in Höhe von 4 Millionen Euro gesichert.

Im Jahr 2018 fanden keine Kapitalzuführungen bzw. Kapitalentnahmen seitens des Landkreises Limburg-Weilburg statt. Es ergaben sich somit keine Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

Weitere Risiken der künftigen Entwicklung – insbesondere bestandsgefährdende Risiken – bestehen u.E. nicht.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

I. Voraussichtliche Entwicklung

Für das Jahr 2019 wird eine moderate Leistungssteigerung insbesondere im Bereich der Inneren Medizin und der Geriatrie angestrebt. Gleichzeitig sollen die erfolgreich eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung weiterverfolgt und -entwickelt werden. Darüber hinaus werden das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) sowie die neu eingeführten Pflegepersonaluntergrenzen (PpUGV) die Krankenhäuser vor neue Herausforderungen stellen. Hier wird es insbesondere auf die Akquise des Nachwuchses auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ankommen. Diesbezüglich sind bereits die Ausweitung des Ausbildungsangebotes sowie des Fort- und Weiterbildungsangebotes geplant. Die Personaluntergrenzen sind für das Kreiskrankenhaus nur im Bereich der Geriatrie relevant und werden derzeit schon eingehalten.

2.9 FrankfurtRheinMain GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt am Main

Homepage: www.frm-united.com

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:		
	Stadt Frankfurt am Main	(37,5%)
	IHK Forum Rhein-Main	(7,5%)
	Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	(5,0%)
	Landeshauptstadt Wiesbaden	(4,0%)
	Main-Taunus-Kreis	(3,5%)
	Main-Kinzig-Kreis	(3,5%)
	Kreis Offenbach	(3,5%)
	Hochtaunuskreis	(3,5%)
	Land Hessen	(3,25%)
	Regionalverband FrankfurtRheinMain	(3,0%)
	Kreis Groß-Gerau	(2,5%)
	Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	(2,5%)
	ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	(2,0%)
	Stadt Offenbach am Main	(2,0%)
	Wissenschaftsstadt Darmstadt	(2,0%)
	Stadt Eschborn	(2,0%)
	Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	(1,0%)
	Stadt Rüsselsheim am Main	(1,0%)
	Stadt Hanau	(1,0%)
	Landkreis Limburg-Weilburg	(1,0%)
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	(1,0%)
	Kreis Bergstraße	(1,0%)
	Rheingau-Taunus-Kreis	(1,0%)
	Odenwaldkreis	(0,5%)
	Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	(0,5%)
	Stadt Neu-Isenburg	(0,5%)
	Stadt Dreieich	(0,5%)
	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing oft he Region	(3,75%)

Stammkapital: 250.000 Euro

Gründungsjahr: 24. März 2005

Gesell.-vertrag: 24. März 2005, Änderung vom 15. Februar 2012

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:
Satzungsmäßiger Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing oft he Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraumes zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraumes und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraumes ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild und die Marke des Wirtschaftsraumes zu entwickeln und zu pflegen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Menges Eric	Geschäftsführung
	Schwebel Oliver (bis 31.05.2018)	Geschäftsführung

Aufsichtsrat:

Bendel Detlev
Prof. Dr. Bender Wilhelm
Bausch Udo
Cyriax Michael
Ehinger Bernd
Engelhardt Christian
Feldmann Peter
Frank Markus
Dr. Franz Oliver
Geiger Matthias
Grabe-Bolz Dietlind
Hetjes Alexander
Horn Thomas
Hunkel Herbert
Kilian Frank
Kraft Uwe
Matiaske Frank
Michel Manfred
Morlock Thomas
Prof. Dr. Müller Mathias
Partsch Jochen
Paulsen Uwe
Quilling Dirk-Oliver
Prof. Dr. Reuter Ulrich
Samson Mathias
Schellhaas Klaus Peter
Scherf Jens Marco
Schneider Anita

Schneider Horst
Prof. Dr. Sinemus Kristina
Stolz Thorsten
Stüve Ludger
Dr. Schwenke Felix
Will Thomas
Zimmer Dieter

Bezüge:
Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in €	2017 in €
Immaterielle Vermögengegenstände	122.974,98	110.184,49
Grundstücke, Bauten	28.413,00	28.709,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.993,00	65.762,00
- aus Lieferungen und Leistungen	55.089,99	31.909,91
sonstige Vermögensgegenstände	87.031,50	63.161,76
Kassenbestand	1.242.386,44	1.596.832,37
Rechnungsabgrenzungsposten	35.265,63	60.516,50
SUMME AKTIVA	**1.612.155,54**	**1.957.077,03**
Passiva		
gez. Kapital	245.625,00	240.625,00
Kapitalrücklage	25.050.227,46	25.181.534,18
Bilanzverlust	-24.274.639,86	-23.876.461,01
Sonstige Rückstellungen	348.774,00	148.846,00
Verbindlichkeiten	242.168,94	262.532,86
SUMME PASSIVA	**1.612.155,54**	**1.957.077,03**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
Umsatzerlöse	872.419,20	844.457,25
+ sonstige betriebliche Erträge	54.353,58	70.575,96
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.696.145,51	2.338.800,69
Rohergebnis		
- Personalaufwand Löhne und Gehälter	1.430.153,34	1.413.765,54
- Soziale Abgaben u. Aufw., Altersvorsorge	347.396,32	340.167,32
Abschreibungen auf Sachanlagen		
- sonstige betriebliche Aufwendungen	845.839,72	819.903,27
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	60,76
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
Sonstige Steuern	44,22	1.449,25
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**-4.459.485,57**	**-4.061.306,72**

Lagebericht

Nachdem im Jahr 2013 die Gesellschaft im Rahmen eines Strategieprozesses Ausrichtung, Kernbranchen und Kernländer neu für sich definiert hatte, wurde in den Folgejahren die konsequente Implementierung und Umsetzung der neu definierten Schwerpunkte fortgesetzt. Die Strategie wurde zuletzt durch die Einführung von Global Cities im Jahr 2017 erweitert. Auf dieser Basis, entfaltet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region nun auch proaktiv Marketingaktivitäten für den Standort FrankfurtRheinMain in wichtigen Ballungsräumen weltweit (u.a. Istanbul, Tel Aviv, Singapur).

Auf Basis der neuen Fokussierung konnten neue Gesellschafter gewonnen und ausgetretene Gesellschafter von der Rückkehr überzeugt werden. Bereits in 2015 gab es Eintritte und Anteilserhöhungen. Die Stadt Neu-Isenburg übernahm 0,5 % der Anteile, die Hessische Landesregierung kehrte (über das Wirtschaftsministerium) mit 3,25 %, ebenso wie der Rheingau-Taunus-Kreis mit 1 %, in den Kreis der Gesellschafter zurück. Der Regionalverband Frankfurt-RheinMain sowie der Bayrische Untermain verdoppelten ihre Anteile um 1,5 % respektive 1 %. Die Stadt Offenbach hat, wie in 2014 bereits angekündigt, in 2015 Ihren Anteil von 4 % auf 2 % reduziert. Weiterhin ist der Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V. (Wifö e.V.) zum 31. Dezember 2016 als Gesellschafter ausgetreten. Dies wurde durch zwei Neueintritte im Jahr 2016 kompensiert: der Odenwaldkreis und die Stadt Dreieich sind beide mit jeweils 0,5 % neue Gesellschafter der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, rückwirkend zum 01. Januar 2016. Weiterhin ist der Landkreis Limburg-Weilburg zum 01. Januar 2017 als Gesellschafter zurückgekehrt (Anteil von 1,0%). Zum 01. Januar 2018 kamen darüber hinaus die Universitätsstadt Gießen und der Landkreis Gießen (beide jeweils mit 1,0 %) als neue Gesellschafter hinzu.

Als positive Entwicklung sieht die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Gesellschaft, dass der Gesellschaft weiterhin mehrere Anfragen nach zusätzlichen Anteilsübernahmen von potentiellen neuen Gesellschaftern vorliegen. Die Region Rheinhessen (Zusammenschluss der Landeshauptstadt Mainz, dem Landkreis Mainz-Bingen, der Stadt Worms und dem Landkreis Alzey-Worms) hat erklärt, Gesellschafter der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region zum 01. Januar 2019 mit 1 % werden zu wollen. Weiterhin hat die Stadt Raunheim im Wege eines eigenen Gremienbeschlusses erklärt, Gesellschafter der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region zum 01. Januar 2019 mit 2 % werden zu wollen. Aufgrund fehlender freier Anteile wird zunächst ein Beitritt mit einem Geschäftsanteil von zunächst 0,75 % angestrebt mit der Aussicht, auf 2,0 % zu erhöhen, sobald freie Anteile vorliegen. Die formalrechtliche Umsetzung beider Neueintritte erfolgt dann im Jahr 2019, was auch die finanzielle Position der Gesellschaft weiter verbessert. Mit dem Beitritt der Region Rheinhessen ist die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region nunmehr über zwei Landesgrenzen hinweg tätig und bündelt somit die Stärken der Metropolregion FrankfurtRheinMain als Wirtschaftsraum. Die Geschäftsführung wertet dies als Zeichen, dass die positive Entwicklung und die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft wahrgenommen wird und sich die in 2013 beschlossene Strategie nachhaltig bewährt.

Im Jahr 2018 schaffte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region rd. 127 Mio. zielgruppenrelevante Medienkontakte. 8.585 Unternehmensvertreter wurden im In- und Ausland mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht.

Daraus ergaben sich 217 weiterführende Gespräche zu Ansiedlungsanfragen in der Region und 57 konkrete Ansiedlungsprojekte. Im Jahr 2018 konnten dann 53 Unternehmen bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet werden. Insgesamt wurden 88 neue ausländische Ansiedlungen bei der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region registriert (53 begleitet durch die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region und 35 weitere registrierte Ansiedlungen).

Ca. 18 % der registrierten Ansiedlungen kamen aus dem Länderbereich China/Taiwan, 13 % aus den USA, 7 % aus Indien und ca. 6 % der Ansiedlungen aus Großbritannien. Durch Delegationsreisen, Standortseminare, Roadshows, Messen und Konferenzen im Ausland kontaktierte die Gesellschaft 7.627 interessierte Unternehmensvertreter, während mehr als 1.000 ausländische Besucher an von der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region organisierten Veranstaltungen teilnahmen. Als die vier Top-Branchen lassen sich „Finanzwirtschaft“ mit 22 von 88 Ansiedlungen, „IKT (Informations- und Kommunikationstechnik)“ mit 18 von 88 Ansiedlungen, „Consulting“ mit 11 von 88 Ansiedlungen und „Chemie/Pharma/Liefe Science“ mit 7 von 88 Ansiedlungen identifizieren.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beteiligte sich als Premium-Plus-Partner am gemeinsamen Auftritt der Region FrankfurtRheinMain auf der Immobilienmesse MIPIM in Cannes (Frankreich), der von der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH organisiert wird.

Im Bereich Online Marketing hat die Gesellschaft neben der bestehenden Firmenwebsite frmunited.com und frm-united.de im vergangenen Jahr einen Blog eröffnet. Unter welcometofrm.com gibt es regelmäßige Infos zum Leben in FrankfurtRheinMain. Die Aktivitäten auf Instagram, Facebook, Twitter, Weibo (China) und WeChat (China) wurden deutlich ausgebaut. Seit Ende des Jahres sind wir auch auf social-media-Plattform Line (Taiwan) unterwegs.

Auch im Jahr 2018 wurden durch das Kompetenzzentrum der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region die „Arbeitstreffen Kompetenzzentrum“ durchgeführt, die sich mit Vorträgen zu aktuellen Themen an die Ebene der Wirtschaftsförderer in der Region FrankfurtRheinMain richten. Die Arbeitstreffen fanden an folgenden Terminen statt: 23. März 2018, 08. Juni 2018, 21. September 2018 und 30. November 2018. Den Teilnehmern, bestehend aus Gesellschaftern der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region und Wirtschaftsförderern aus der Region, bot sich neben den Vorträgen auch die Möglichkeit der Diskussion und des gemeinsamen Austauschs.

Seminarreihe in Kooperation mit der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI)

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region setzte 2018 die Seminarreihe in Kooperation mit der Hessen Trade & Invest GmbH fort: am 21. August 2018 organisierte sie zusammen mit der HTAI einen Seminartag für die Wirtschaftsförderer in der Region zum Thema „Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Klimaschutz und E-Mobilität alsThemen der Wirtschaftsförderung“.

EXPO REAL:

Die Immobilienmesse EXPO REAL (Europas größte Fachmesse für Immobilien und Investitionen) in München fand vom 08. bis 10. Oktober 2018 in München statt. Dabei übernahm die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region erneut die Organisation und Durchführung des Gemeinschaftsauftritts der Region FrankfurtRheinMain (Stand 332, Halle C.1) auf eigene Rechnung und auf eigenen Namen. Für den Gemeinschaftsstand konnten 14 Standpartner und vier Logo-Partner (Sponsoren) gewonnen werden, darunter Gebietskörperschaften und Unternehmen. Der Stand war somit komplett ausgebucht. Am 05. November 2018 hatten die Stand- und Logopartner die Möglichkeit, an einer Nachbesprechung teilzunehmen und sich auszutauschen. Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region erhielt wie im Vorjahr für die Organisation und Durchführung durchweg positives Feedback. Neben dem regionalen Gemeinschaftsstand übernahm die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region in Abstimmung mit den Metropolpartnern Bad Homburg, Darmstadt, Frankfurt am Main, Mainz und Wiesbaden zudem erneut die Organisation und Durchführung der angrenzenden Metropolarena (Stand 334, Halle C.1), dem gemeinsamen Eventbereich der Metropolregion. Hier wurde den Messebesuchern mit Vorträgen und Podiumsdiskussionen sowie dem „Abend der Metropolregion“, ebenfalls organisiert durch die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, wieder ein umfangreiches und ansprechendes Programm geboten.

Planung MIPIM 2017:

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region unterstützte auch die Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH im Rahmen einer Dienstleistungsvereinbarung beim EU-weiten Ausschreibungsprozess für den Messebau, der Zuschlag erfolgte am 04.12.2016.

Messe polis Convention

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region organisierte 2018 zum zweiten Mal einen Messestand (48qm) für den gemeinsamen Auftritt der Metropolregion FrankfurtRheinMain auf der polis Convention in Düsseldorf. Bei der Fachmesse für Stadt- und Projektentwicklung handelt es sich um eine noch junge Messe, die 2015 erstmals die Tore öffnete und sich vor allem an Städte und Kommunen, Wirtschaftsförderer, die Immobilienwirtschaft/Investoren sowie an Projekt- und Stadtentwickler richtet. Ziel der Messe ist es, den Dialog zu Strategien, Standorten und Projekten zu fördern, um Herausforderungen von morgen zu begegnen (bezahlbarer Wohnraum, lebenswerte Quartiere, Integration, Klimawandel, Digitalisierung und neue Mobilität). Die Messe fand vom 25.-26. April 2018 statt. Mit der Wirtschaftsförderung Frankfurt bzw. der Stadt Frankfurt, dem Landkreis Gießen und der Hessen Trade & Invest GmbH konnten drei Standpartner gewonnen werden. Am ersten Messetag richtete die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region auf dem Gemeinschaftsstand einen Empfang aus, zu dessen Anlass Frau Landrätin Schneider (Landkreis Gießen) ein Grußwort sprach. Die offizielle Veranstaltungsfläche der polis Convention bot ein umfangreiches Programm zum Themenschwerpunkt „Public for all“. Oliver Schwebel, Geschäftsführer der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, vertrat als Redner die Metropolregion FrankfurtRheinMain bei einer Paneldiskussion.

Weitere Messen und Messebeteiligungen

Neben der EXPO REAL und der polis Convention war die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region mit einem eigenen Messestand oder im Rahmen einer Messebeteiligung auf den folgenden Messen in Frankfurt vertreten:

- Intergeo (16.-18. Oktober 2018): führende Kongressmesse für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement, Standbeteiligung bei der Hessen Trade & Invest GmbH
- Formnext (13.-16. November 2018): führende Fachmesse für Additive Fertigung inkl. vor- und nachgelagerter Prozesse, Standbeteiligung bei der Hessen Trade & Invest GmbH
- Hypermotion (20.-22. November 2018): Messe für intelligente Transportsysteme ausVerkehr und Logistik, Auftritt mit eigenem Messestand (34 qm).

Projekt FrankfurtRheinMain 2030 (FRM 2030)

Das Projekt FRM 2030 wurde vom Regionalverband FrankfurtRheinMain und dem Frankfurt-RheinMain – Verein zur Förderung der Standortentwicklung e.V. initiiert. Im Auftrag des Vereins koordinierte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region im Rahmen einer Dienstleistungsvereinbarung das Projekt und konnte 2018 die Strategiephase des Projekts erfolgreich abschließen. Die Dienstleistungsvereinbarung endete zum 31. Mai 2018, die Projektergebnisse wurden daraufhin an die Auftraggeber übergeben. Als Projektergebnis steht den an der Weiterentwicklung der Metropolregion FrankfurtRheinMain interessierten Akteuren seit September 2018 ein umfassendes Projektdokument online sowie im Druckformat zur Verfügung. Basierend auf den in der Strategiephase durchgeführten Workshops und Regionalforen beinhaltet dieses ein Zukunftsbild für die Region Frankfurt-Rhein-Main mit Blick auf das Jahr 2030 sowie einen umfassenden Maßnahmenkatalog, der neben bereits geplanten und laufenden Maßnahmen vor allem zahlreiche Neuanregungen enthält, die zur erfolgreichen Weiterentwicklung der Region beitragen können. Das Projekt FRM 2030 soll somit als Ideen- und Impulsgeber dienen. Ferner soll der Dialog mit regionalen Akteuren zur Operationalisierung von Zukunftsbild und Maßnahmenkatalog über den Regionalverband fortgesetzt werden. Am 15. August 2018 organisierte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region auf Wunsch der Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH ein Regionalforum vor Ort im Odenwaldkreis und stellte den interessierten Akteuren die Projektergebnisse sowie die Tätigkeiten der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region vor.

Ertragslage:

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend erwirtschaftet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region Erlöse im Wesentlichen durch Dienstleistungen, wie der Durchführung diverser Veranstaltungen, Werbeanzeigen in Publikationen der Gesellschaft und der Vermietung der Marketing-Lounge. Im Jahr 2016 wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 849 (Vorjahr TEUR 704) erzielt. Die Gesellschaft geht auch weiterhin davon aus, langfristig im Durchschnitt einen höheren Anteil der Kosten durch Erlöse über die zusätzliche Einrichtung eines Kompetenzzentrums decken zu können. Der Jahresfehlbetrag der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt TEUR -3.760 nach TEUR -3.556 im Vorjahr. Diese Erhöhung des Jahresfehlbe-

trags um TEUR 204 geht im Wesentlichen auf insgesamt verstärkte Aktivitäten und die damit verbundenen Ausgaben, basierend auf den zusätzlichen Gesellschafterzuzahlungen, zurück. Insgesamt betrachtet bewegte die Gesellschaft sich aber innerhalb des durch die Gesellschafterversammlung beschlossenen Budgetrahmens. Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region geht davon aus, dass der Anteil der Erlöse aus Beteiligungen Dritter und durch Projekte des Kompetenzzentrums in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Die Gesellschaft geht daher davon aus, dass langfristig im Durchschnitt ein höherer Anteil der Kosten durch Erlöse, auch durch die zusätzliche Einrichtung des Kompetenzzentrums, gedeckt werden kann.

Prognosebericht:

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist eine Gesellschaft, die übergeordnete Aufgaben wahrnimmt und somit nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen in der Region steht. Des Weiteren gibt es keine andere Gesellschaft in der Region, die eine übergeordnete Rolle wie die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernimmt.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, dem Aufsichtsrat bis zum 31. Mai eines jeden Jahres den Wirtschaftsplan für das kommende Jahr vorzulegen. Die Gesellschafterversammlung genehmigt den Wirtschaftsplan auf Empfehlung des Aufsichtsrates. Dieser Wirtschaftsplan umfasst neben dem Erfolgs- und Finanzplan auch eine fünfjährige Finanz- und Personalplanung. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 wurde dem Aufsichtsrat fristgerecht vorgelegt und in der Gesellschafterversammlung am 21. Juni 2018 beschlossen. Sollte sich der Trend weiterer Eintritte fortsetzen, ist für die Zukunft eine Kapitalerhöhung im Bereich des Möglichen zu sehen.

Der Gesellschaft steht nach aktueller Planung im Jahr 2019 ein entsprechendes Budget durch Zuzahlungen in Höhe von TEUR 4.000 und durch Entnahmen aus den Rücklagen zur Verfügung. Allerdings ist wie bereits beschrieben auch mit einer zusätzlichen Erhöhung der Umsatzerlöse zu rechnen. Die Wirtschafts- und Projektplanung wird entsprechend angepasst sollten sich durch neue Gesellschafter neue Umstände ergeben. Anzumerken ist, dass die Gesellschaft auch künftig – nach derzeitiger Planung – nur

Einen Teil der Kosten durch Erlöse wird decken können. Neben den vertraglich zugesicherten Zuzahlungen der Gesellschafter ist der Finanzmittelbestand auch noch vorhanden.

Die Chancen für die Entwicklung von Ansiedlungsprojekten bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen sind als sehr positiv zu bewerten. Die Region FrankfurtRheinMain, d. h. „das Produkt“ der Gesellschaft ist sehr vielseitig und wettbewerbsfähig und bietet somit den sehr heterogenen Zielgruppen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ein breites Spektrum an Möglichkeiten. Durch die Gründung des Kompetenzzentrums wird die Gesellschaft intensiver und besser mit der Region und den mit Wirtschaftsförderung betrauten Stellen in der Region vernetzt.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist durch alle einfließenden Faktoren gewährleistet.

3 Sparkassen

3.1 Kreissparkasse Limburg

Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 41, 65549 Limburg

Homepage: www.ksk-limburg.de

Handelsregister Amtsgericht Limburg HRA 994

Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Gründungsjahr:	1908	
Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	1,17 %
	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	1,67 %
	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	2,56 %
	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	0,77 %
	Dritte Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	1,21 %
	Hessisch-Thüringische Spk.-Beteiligungsgesellschaft mbH	1,16 %
	Deutsche Leasing AG & Co. KG	0,15 %
	Castra Grundstücksverwaltungsges. mbH & Co. KG	0,25 %
	Erwerbs-KG Beteiligung LBB	0,13 %
	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Diez-Weilburg	5,00 %
	Limburg Wohnungsbau-Genossenschaft eGmbH	1 Anteil
	Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen e.G. Limburg	1 Anteil

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks hat die Sparkasse das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Kreissparkasse Limburg ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Kreissparkasse Limburg wurde im Jahr 1908 als Universalbank gegründet und besitzt eine Vollbanklizenz.
Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat (15 Mitglieder, davon 5 Vertreter der Arbeitnehmer)	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Dr. Norbert Zabel, Bürgermeister a.D.	stv. Vorsitzender
	Andreas Alfa	
	Ludger Burdich	
	Natalie Distler	
	Paul-Josef Hagen	
	Alexander Hilb	
	Christel Höhler-Heun	
	Silvia Lissner	
	Jörg Mackauer	
	Karl Nießler	
	Alexander Poppe	
	Nathalie Tritschler	
	Dr. Frank Schmidt	
	Wolfram Uhe	
Vorstand	Patrick Ehlen	Vorstandsvorsitzender
	Mario Rohrer	Vorstandsmitglied

Bezüge
Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2018 auf 479 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 62 TEUR.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in TEUR	2017 in TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	21.026	43.527
Forderungen an Kunden	942.165	955.468
Wertpapiere	378.011	378.192
Übrige Aktiva	157.590	62.045
Bilanzsumme	**1.498.792**	**1.439.232**
Passiva	**2018 in TEUR**	**2017 in TEUR**
Verbindlichkeiten ggü Kreditinstituten	110.081	110.085
Verbindlichkeiten ggü Kunden	1.182.730	1.127.214
Verbriefte Verbindlichkeiten	10.504	12.505
Eigene Mittel	167.190	163.082
Übrige Passiva	28.287	26.346
Bilanzsumme	**1.498.792**	**1.439.232**

Gewinn- und Verlustrechnung Entwicklung der Ertragslage	2018 in TEUR	2017 in TEUR
Zinsüberschuss	28.496	32.043
+ Provisionsüberschuss	9.905	9.557
+ Nettoergebnis Finanzgeschäfte	0	0
- Personalaufwand	18.514	18.877
- Sachaufwand	9.079	9.129
+-Saldo aus sonstigen betr. Erträge/Aufw.	-367	-64
= Betriebsergebnis vor Bewertung	**10.441**	**13.530**
- Bewertung/Risikovorlage	5.560	8.525
= Betriebsergebnis nach Bewertung	**4.882**	**7.125**
- außerordentliches Ergebnis	0	0
- Steueraufwand	2.474	4.636
= Jahresüberschuss nach Steuern	**2.408**	**2.489**

Kennzahlen

TEUR bzw. %	2018	2017
Eigenmittel gem. SolvV bzw. CRR	172.300	154.500
Kernkapitalquote %	21,80	19,90
Gesamtkennziffer %	23,10	21,50
Eigenkapitalrentabilität %	4,00	8,50
Cost-Income-Ratio %	71,50	67,90

TEUR bzw. %	2018	2017
Anzahl Girokonten	49.971	49.068
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	31.212	41.483
Anzahl Kundendepots (Depot B)	9.065	8.764
Stiftungskapital (TEUR)		
Sparkassen-Stiftung Limburg-Weilburg	500	500
Stiftung der KSK Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker	255	255

Situationsbericht

Unseren Kunden stehen 31 Geschäftsstellen, eine Mobile Geschäftsstelle in Form des Sparkassenbusses (6 Haltepunkte}, die Online-Filiale mit Beratungszeiten von 10 bis 22 Uhr sowie samstags von 10 bis 16 Uhr, zwei SB-Geschäftsstellen und zusätzlich 46 Geldautomaten zur Verfügung Hinzu kommen das Firmenkunden- und das Immobiliencenter sowie das Vermögensmanagement mit dem Vorsorge-Center. Unsere Öffnungszeiten richten wir weiterhin an Kundenfrequenz und Kundenbedürfnis aus, so dass wir unsere Geschäftsstellen in Elz, Limburg (Neumarkt) und Bad Camberg samstags von 9 bis 13 Uhr geöffnet haben.
Für das soziale und kulturelle Engagement der Kreissparkasse zugunsten von Vereinen, Einrichtungen und Projekten wurden im Jahr 2018 über 152 TEUR gespendet. Daneben hat die Kreissparkasse Limburg zwei Stiftungen, die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg (gemeinsam mit der Kreissparkasse Weilburg} und die Stiftung der Kreissparkasse Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker. Die Sparkassen-

stiftung Limburg-Weilburg fördert gemeinnützige Institutionen und Vereine im Bereich Kultur, soziale Anliegen, Umwelt und Sport, Forschung und Wirtschaftsförderung im Kreis Limburg-Weilburg.

	2016	2017	2018
Privatkunden	62,2%	62,5%	62,6%
Unternehmen und selbstständige	34,6%	34,9%	35,3%
Öffentliche Haushalte	1,8%	1,6%	1,2%
Sonstige Kreditnehmer	1,7%	1,0%	0,9%

Der **Provisionsüberschuss** lag wiederum über dem Wert des Vorjahres und stieg auf 25,97 %der gesamten ordentlichen Erträge (Vorjahr: 24,1 %). Ausschlaggebend für den Anstieg des Provisionsüberschusses waren unter anderem spürbar höhere Erträge im Giroverkehr und aus der Vermittlung von Immobilien.

Die **Personalaufwendungen** einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung lagen, aufgrund von Effekten der natürlichen Fluktuation, unter dem Vorjahresniveau.

Der **Sachaufwand** (einschließlich Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung) lag unter dem Planwert und dem Vorjahreswert. Die Einsparungen gegenüber dem Vorjahr beruhen insbesondere aus Reduzierung der Abschreibungen von Betriebs- und Geschäftsausstattung und EDV-Anlagen.

Der **Steueraufwand** liegt aufgrund des niedrigeren zu versteuernden Einkommens in der vorläufigen Steuerbilanz unter dem Vorjahr (im Wesentlichen durch geringeren Zinsertrag).

Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) ist von 68,1% auf 71,5 % gestiegen. Entsprechend unseren Erwartungen verschlechterte sich das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen. Dies resultiert aus der Prozentual höheren Verringerung der Erträge im Vergleich zu den Aufwendungen.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich geringfügig um 2,1 Mio. EUR. Dabei wurden fällige Papiere adäquat ersetzt. Die bilanzielle Eigenmittelausstattung hat sich auch in 2018 weiter erhöht. Hauptgrund hierfür war die weitere Dotierung der Rücklagen gern. § 340g HGB. Der Bilanzgewinn in Höhe von 2.408 TEUR wurde in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zugeführt.

Die aktuellen bankaufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen nach CRR werden wie erwartet deutlich überschritten und bieten den notwendigen Spielraum für Geschäftswachstum.

Das Risikomanagement baut die Kreissparkasse Limburg auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf.
Diese Instrumente werden- nicht zuletzt auch im Rahmen bankaufsichtsrechtlicher

Vorgaben - kontinuierlich weiter entwickelt. Der Verwaltungsrat wird mindestens vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Ferner werden mit dem Verwaltungsrat die diversen Strategien erörtert. Einzelheiten zum Risikomanagement sind im Offenlegungsbericht aufgeführt.
Die Abschirmquote (Verhältnis der Risikovorsorge zu den notleidenden Krediten) hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Diese positive Entwicklung resultiert aus der Reduzierung der besicherten notleidenden Krediten (non performing).

Die Kreissparkasse Limburg hat im aufsichtsrechtlichen Rating die Note 1 erhalten und hiermit als einzige Sparkasse in Hessen/Thüringen keinen SREP-Aufschlag (aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess) sowie keine zusätzliche EK- Zielkennziffer erhalten.

	2016	2017	2018
Bruttokreditvolumen (Mio. EUR)	1.704	1.738	1.789
Notleidende Kredite (non performing, Mio. EUR)	22	14	12
Bestand EWB und Rückstellung (Mio. EUR)	12	8	7
Bestand PWB (Mio. EUR)	2	2	1
Abschirmquote (%)	65,1	66,8	68,1

Die Kreissparkasse Limburg bleibt weiterhin das größte eigenständige Kreditinstitut mit Sitz im Kreis Limburg-Weilburg.

Prognose:

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen[1]:

Das Wachstum im Euroraum scheint sich zunehmend zu reduzieren. Die weiterhin sehr unsichere Lage des Handelskonfliktes zwischen den USA und China, der ungelöste Brexit und die anhaltend hohe Verschuldung in Südeuropa erzeugen ein Umfeld von großer Unsicherheit und lassen eine geldpolitische Normalisierung nicht mehr erwarten. Die Gefahr eine Rezession wächst.

Branchenaussichten:

Die langanhaltende Niedrig- und Negativzinsphase belastet weiter massiv die Ertragskraft der Kreditinstitute. Die EZB hat den Beginn der geldpolitischen Normalisierung revidiert. Noch bis zum Herbst 2018 konnten wir von einer gleichbleibenden Zinslandschaft und ggf. leichten Zinssteigerungen ausgehen. Mit den Äußerungen der EZB seit November 2018 hat sich diese Aussicht gravierend geändert. Wir müssen uns nun auf ein dauerhaft niedriges Zinsniveau und ggf. Sogar weitere Zinssenkungen einstellen.

Die Kreissparkasse Limburg hat bereits umfangreiche Maßnahmen umgesetzt, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Darüber hinaus werden wir weiterhin in den identifizierten Handlungsfeldern Digitalisierung, Regu-

latorik, Infrastruktur, demografische Entwicklung investieren und uns bemühen die Negativ -/Niedrigzinsphase bestmöglich im Interesse der Sparkasse und der Kunden zu managen. Des Weiterem wollen wir durch eine aktive Kundenansprache die Bedürfnisse unserer Kunden frühzeitig erkennen und Lösungen anbieten. Dazu wurden eine Reihe von fachlichen Qualifikations- und Personalentwicklungsmaßnahmen im Verbund- und Kernbankgeschäft durchgeführt.

Für die Kreissparkasse Limburg bedeutet dieses Umfeld eine große Herausforderung. Inzwischen ist die Situation an den Kapitalmärkten so dramatisch, dass es praktisch keine Anleihen im Investmentgrade mehr mit positiver Rendite gibt. Dies stellt uns zunehmend vor die Aufgabe keine geeigneten Anlagen mehr für die weiterhin wachsenden Einlagen zu finden. Darüber hinaus haben wir weiterhin steigende Anforderungen der Regulator und die Digitalisierung umzusetzen. Wir werden im Januar 2020 mit dem Verwaltungsrat eine Strategie beschließen, wie wir uns künftig darauf einstellen wollen.

Ertragslage

Die tatsächlichen Ergebnisse könnten aufgrund der vielen Unsicherheiten wesentlich von den nachfolgend dargelegten Erwartungen abweichen. Bei den Risiken sind die Abweichungen vom Erwartungswert gemäß unserer Bandbreitenplanung durch Schwankungen beim Zinsüberschuss etwas niedriger als die Abweichungen bei den Chancen. Die Kreissparkasse Limburg verfügt aber über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Planungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd einzugreifen.

Auf Basis unserer Planungen wird sich der Zinsüberschuss in den nächsten Jahren weiter reduzieren. Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird deshalb auch niedriger ausfallen. Der Ergebnisbeitrag aus dem Provisionsüberschuss und dem sonstigen ordentlichen Ertrag gewinnt weiter an Bedeutung. Hier arbeiten wir daran über Mengenzuwächse zusätzliche Ertragspotenziale zu erschließen. Wir gehen von leicht steigenden Erträgen aus dem Wertpapier- und Verbundgeschäft sowie der Vermittlung von Immobilien aus. Für die Folgejahre gehen wir von einem insgesamt eher gleichbleibenden Verwaltungsaufwand aus. Wir rechnen damit, dass wir Tarifabschlüsse im Personalaufwand durch Effekte der natürlichen Fluktuation kompensieren können.

Aufgrund der aufgeführten Annahmen erwarten wir gegenüber dem Jahr 2018 ein geringeres Betriebsergebnis vor und nach Bewertung. Trotzdem reichen die geplanten Ergebnisse aus, die Risiken abzudecken und eine noch angemessene Rücklagenbildung zu ermöglichen. Die Regulierungen und die sich weiter verschärfende Situation an den Zinsmärkten werden die Ertragslage der Kreissparkasse Limburg sowie der gesamten Finanzwirtschaft weiter spürbar belasten und zu sinkenden Ergebnissen führen. Wir erwarten, dass sich unsere Aufwand-Ertrags-Relation für 2019 aufgrund der sinkenden Erträge merklich verschlechtert.

Kundengeschäft

Auch 2019 werden wir weitere Maßnahmen umsetzen, um den Vertrieb zu stärken. Das strategische Ziel "mehr Zeit im Vertrieb“ soll durch verschiedene Instrumente erreicht

werden. Zu den Maßnahmen gehören Kampagnen, die weitere Qualifizierung von Mitarbeitern und Befreiung der Berater von Servicetätigkeiten. Unser Kunde entscheidet, wie er mit uns in Kontakt treten möchte. Durch Ausbau der Digitalisierung sind wir auf allen Vertriebswegen, ob stationär oder online, erreichbar. Dazu gehört unter anderem der weitere Ausbau der sozialen Medien. Weiterhin wird die aktive Kundenansprache in den Fokus gestellt. Die Kreissparkasse hat sich bereits frühzeitig mit der Digitalisierung beschäftigt und treibt sie weiter voran. Neben der Präsenz bei den sozialen Medien wie Facebook, Instagram oder Twitter hat die Sparkasse das e-Postfach und den e-Safe für digitale Kundendokumente eingeführt. Die papiergebundene Ablage wurde weitgehend durch ein optisches Archiv ersetzt, in dem wir z.B. gescannte Kundenverträge archivieren. Im Digitalisierungskompass des SGVHT bzw. DSGV ist die Sparkasse führend.

Seit jeher wird unser Geschäftsmodell von einer besonderen Verantwortung für die Region und die Menschen geprägt. Dazu zählt auch die Auseinandersetzung mit dem Verbrauch von Ressourcen. Wir setzen uns aktiv damit auseinander und machen auch regelmäßig Fortschritte. Zunehmend spielt der Aspekt nachhaltiger Finanzanlagen auch im Kundengeschäft eine Rolle. Hierzu haben wir seit 01.08.2019 erstmals auch konkrete Produkte im Angebot.

Im Bereich der Unternehmenskredite bleiben wir ein verlässlicher Partner in der Region. Die Kreissparkasse Limburg wird auch weiterhin jeden wirtschaftlich vertretbaren Kreditwunsch ihrer Kunden erfüllen. An der Fortentwicklung des Verbundkonzeptes des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen werden wir uns weiter beteiligen.

Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2019, dass sich unser Kundengeschäft ausweiten wird. Beim Kundenkreditgeschäft rechnen wir durch zügige Kreditbearbeitungsprozesse und schnelle Entscheidungen und nicht zuletzt aufgrund der niedrigen Zinsen mit einem moderaten Anstieg. Um das weiter steigende Einlagenwachstum zu begrenzen haben wir seit dem 01.08.2019 ein Verwahrentgelt für täglich fällige Gelder bei einem Volumen größer 500 TEUR eingeführt.

Bewertungsergebnis

Die aktuellen konjunkturellen Vorhersagen werden sich unserer Meinung nach nicht überproportional negativ auf die Ertragslage und Bonität der heimischen Kunden auswirken. Wir rechnen trotzdem - aufgrund des Wegfalls der Kompensation mit EWB-Auflösungen gemäß der Kalkulation mit unserem Kreditrisikomodell CPV - in der Prognose für 2019 eine höhere Belastung der Ertragslage durch neue EWB.

Ein ggf. moderat sinkendes Zinsniveau dürfte zu positiven Kursveränderungen insbesondere bei unseren Wertpapieren führen. Wir rechnen im Wesentlichen bei den Positionen mit Abschreibungen, bei denen wir Papiere über pari erworben haben und diese sich dem Endfälligkeitsdatum nähern. Wir erwarten insgesamt ein schlechteres Bewertungsergebnis Wertpapier. Aufgrund der vielen Unsicherheiten, insbesondere an den Finanzmärkten, können die tatsächlichen Ergebnisse von den dargelegten Erwartungen abweichen.

Risikolage

Die weiter anhaltende Niedrig- und Negativzinsphase führt zu weiteren Ertragsrisiken aufgrund sinkender Kundengeschäftsmargen, der sinkenden Renditen unserer Eigenanlagen sowie der Kosten des Verwahrentgeltes.

Für die Finanzlage der Sparkasse erwarten wir 2019 nach wie vor eine Liquiditätskennzahl LCR deutlich über der Mindestanforderung von 100 %.

Durch das erwartete Umfeld und die Bedingungen im Kreditgewerbe sehen wir der Zukunft bei der Ertragslage mit Sorge entgegen. Das von uns erwartete niedrigere Ergebnis führt aber zu keiner Einschränkung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Sofern sich für die Sparkasse die regulatorischen Mindestanforderungen durch individuelle Zuschläge erhöhen sollten (z.B. SREP) wären die Zuschläge tragbar, ohne das Geschäftsmodell einschränken zu müssen.

Die Kreissparkasse Limburg verfolgt eine vom Vorstand und dem Verwaltungsrat entschiedene langfristige Strategie, die aufgrund der sich grundlegend veränderten Umstände neu angepasst werden muss. Auf dieser Basis werden für die wesentlichen Handlungsfelder Maßnahmen entwickelt, um den nachhaltigen Weg der vergangenen Jahre mit ruhiger Hand fortzuführen.

Im Jahr 2018 fanden keine Abführungen an den Träger statt. Somit ergaben sich keine Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

3.2 Kreissparkasse Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse:	Odersbacher Weg 1, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.ksk-weilburg.de		
Handelsregister:	Amtsgericht Limburg HRA 2227		
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg		100%
Gründungsjahr:	1904		
Kommanditanteile:	SP Solarpark Driedorf GmbH & Co. KG	885 TEUR	100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers fördert die Kreissparkasse Weilburg das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben ist die Sparkasse auf nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und dauerhafte Marktpräsenz ausgerichtet. Das Geschäftsmodell der Sparkasse beruht auf der Verbundenheit der Region.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat	Manfred Michel, Landrat a. D. (bis 31.12.2018)	Vorsitzender
	Michael Köberle, Landrat (ab 01.01.2019)	Vorsitzender
	Dr. Frank Schmidt,	stellv. Vorsitzender
	Friedhelm Bender	
	Dr. Ralf Bletz	

	Dr. Bettina Dannewitz	
	Willy Eltgen	
	Jan Erbe	
	Alexandra Güth	
	Dr. Johannes Hanisch	
	Oliver Bernd Herbert	
	Ruprecht Keller	
	Uwe Ketter	
	Stephan May	
	Christine Ost	
	Dr. Frank Schmidt	
	Sybille Theis-Schermuly	
Vorstand	Stefan Hastrich	Vorsitzender
	Stephan Gürtler	Mitglied

Bezüge
Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2018 auf 496 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 55 TEUR.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in TEUR	2017 in TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	92.776	57.769
Forderungen an Kunden	657.304	696.411
Wertpapiere	187.361	149.467
Übrige Aktiva	115.125	108.040
Bilanzsumme	**1.052.566**	**1.011.687**
Passiva	**2018 in TEUR**	**2017 in TEUR**
Verbindlichkeiten ggü Kreditinstituten	70.200	78.404
Verbindlichkeiten ggü Kunden	853.866	809.223
Verbriefte Verbindlichkeiten	0.00	0.00
Übrige Passiva	128.500	124.060
Bilanzsumme	**1.052.566**	**1.011.687**

Gewinn- und Verlustrechnung Entwicklung der Ertragslage	2018 in TEUR	2017 in TEUR
Zinsüberschuss	17.663	19.159
+ Provisionsüberschuss	6.390	6.071
- Personalaufwand	16.876	17.079
- sonstiger Aufwand	5.691	6.466
= Jahresüberschuss nach Steuern	**1.486**	**1.685**

Kennzahlen

%	2018	2017
Cost-Income-Ratio %	71,00	69,60

TEUR bzw. %	2018	2017
Anzahl Girokonten	36.314	36.510
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	21.376	22.642
Anzahl Kundendepots (Depot B)	5.660	5.527

Situationsbericht

Unseren Kunden stehen neun Geschäftsstellen und zwei Mobile Geschäftsstelle zur Verfügung.
Für das soziale und kulturelle Engagement der Kreissparkasse zugunsten von Vereinen, Einrichtungen und Projekten wurden im Jahr 2018 über 160 TEUR gespendet.

Der **Provisionsüberschuss**, welcher sich im Wesentlichen aus Verbundgeschäftsprovisionen, weiteren Wertpapierprovisionen sowie Gebühren und Provisionen im Zahlungsverkehr zusammensetzt, betrug rd. 6,5 Mio EUR und lag auf dem Niveau der erwarteten positiven Entwicklung. Höhere Provisionserträge erzielte die Sparkasse u. a. im Wertpapierdienstleistungsgeschäft sowie durch Kreditvermittlungen. Niedrigere Provisionserträge wurden u. a. im Versicherungsgeschäft und Bauspargeschäft vereinnahmt.

Der **Personalaufwand** beträgt wie im Vorjahr 11,4 Mio EUR. Damit lag er unter dem erwarteten Planwert. Durch Umsetzung geplanter Personalmaßnahmen (Projekt Kurs 2020) konnte trotz Tarifsteigerung eine Personalkostensteigerung vermieden werden.

Der **Sachaufwand** (inkl. Abschreibungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen) beläuft sich wie im Vorjahr auf 6,7 Mio EUR und lag unter dem geplanten Wert.

Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen **(Cost-Income-Ratio)** ist von 69,6 % auf 71,0 % gestiegen und erreichte somit die strategische Zielgröße des Sparkassen und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) von maximal 70 %.

Der Risikomanagementprozess beinhaltet für die Sparkasse alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken. Ein angemessenes und wirksames **Risikomanagement** umfasst - unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit - insbesondere die Festlegung von Strategien sowie die Einrichtung interner Kontrollverfahren. Dazu zählen die Prozesse zur Risiko(früh)erkennung, Risikobewertung, Risikomessung, Kommunikation der Risiken (Risikoreporting), Steuerung der Risiken sowie Risikokontrolle.
Risikomanagementziele sind u. a. das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen des Risikotragfähigkeits- und Steuerungskonzeptes sowie der gesetzlichen Vorschriften und der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Die Gewährträgerhaftung des Landkreises läuft seit dem 19. Juli 2005 nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Für Ver-

bindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, besteht die Gewährträgerhaftung unbegrenzt fort. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht weiterhin Gewährträgerhaftung, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für ab dem 19. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

Bilanzsumme/Geschäftsvolumen

Das Geschäftsvolumen zum 31.12.2017, das sich aus der Bilanzsumme und den Eventualverbindlichkeiten zusammensetzt, stieg im Vergleich zum Bilanzstichtag 2017 um 54,7 Mio. EUR auf 1.092,4 Mio. EUR. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 40,9 Mio. EUR bzw. 4,0 % auf 1.052,6 Mio. EUR und liegt damit leicht über dem Planwert, die Eventualverbindlichkeiten blieben nahezu unverändert bei 26,0 Mio. EUR. Die Ursachen für die Ausweitung der Bilanzsumme liegen im gestiegenen Kundengeschäft im Einlagenbereich, der Ausweitung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie bei den Forderungen an Kunden und der Steigerung des Geschäftes in Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren.

Prognosebericht

Bei den nachfolgenden Ausführungen handelt es sich um die aus Sicht der Sparkasse erwarteten Entwicklungen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Branchensituation. Die im Jahresverlauf 2019 und darüber hinaus tatsächlich eintretenden Entwicklungen und Ergebnisse können wesentlich von den getroffenen Erwartungen abweichen. Wie bereits in Kapitel 5 „Risikosteuerung und -berichterstattung“ erläutert, verfügt die Sparkasse über entsprechende Instrumente und Prozesse, um sich abzeichnende Abweichungen von den getroffenen Annahmen zeitnah erkennen und Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Welt- und Binnenwirtschaft

Schon die letzten Jahre waren die Ausblicke immer mit umfangreichen Risikohinweisen versehen. Dies gilt auch weiter und für 2019 sogar in stärkerem Maße. Die Themen sind teils die gleichen geblieben, teils haben sie sich - wie der konkretisierte Handelskonflikt - verschärft, teils bleiben sie wie der ungelöste Brexit präsent, rücken zeitlich aber näher.

Der Internationale Währungsfonds veranschlagt in seinem Ausblick-Update vom 21. Januar 2019 das Wachstum der Weltwirtschaft 2019 mit 3,5 %. Das wäre zumindest ein gewisser Dynamikverlust gegenüber den Vorjahren, verbunden mit der Gefahr, dass es bei eskalierenden Risiken auch schlechter kommen kann. Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe erwarten in ihrer aktuellen Gemeinschaftsprognose für Deutschland im Haupt-Prognoseszenario eine Fortsetzung des Aufschwungs, wenngleich mit etwas verlangsamten Wachstumsraten. Zugleich beziffern die Chefvolkswirte das Rezessionsrisiko für den Prognosehorizont 2019 und 2020 mit immerhin 25 %. Das ist ein beachtlicher Wert, weit mehr als ein Randrisiko.

Im optimistischeren Hauptszenario prognostizieren die Chefvolkswirte allerdings einen fortgesetzten, wenngleich etwas verlangsamten Aufschwung in Deutschland und im Euroraum. Für den Euroraum veranschlagen sie für 2019 1,5 % Wachstum, was etwa dem

Potenzialpfad entspräche. Für Deutschland wird die für 2019 in Aussicht gestellte Wachstumsziffer mit 1,3 % etwas schwächer angegeben.

Die Perspektiven für die Preisentwicklung sind dagegen noch verhaltener. Für 2019 erwartet die Gemeinschaftsprognose bei den Verbraucherpreisen eine Rate von 1,7 % bzw. eine etwas schwächere Entwicklung mit 1,4 % bei der Kernrate unter Ausblendung der volatileren Energie- und Lebensmittelpreise. Mit Blick auf die Nachfragekomponenten, die das Wachstum 2019 tragen dürften, fällt das Bild ähnlich aus wie im Vorjahr. Vom Außenhandel ist kein Wachstumsbeitrag zu erwarten. Die Exporte sollten angesichts der Hemmnisse in der Weltwirtschaft nicht so stark wachsen wie die von der stärkeren Binnennachfrage getriebenen Importe.

Die Sparkasse ist nach wie vor der Überzeugung, dass das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) die Leitzinssätze 2019 weitestgehend auf historisch niedrigen Niveaus belassen und weiterhin eine reichliche Versorgung der Märkte mit Liquidität gewährleisten wird. Für das Jahr 2019 deckt sich die Meinung der Sparkasse hinsichtlich der Entwicklung der Preissteigerung mit den Erwartungen der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe von 1,7 %.

Angesichts der positiven Konsumstimmung und der historisch niedrigen Zinsen ist eine weiterhin niedrige Sparneigung ein realistisches Szenario, vor allem in festverzinslichen Anlageformen. Der Trend, fällige Einlagen nicht erneut in mittlere und lange Zins- bzw. Kapitalbindungsfristen zu investieren, dürfte sich erst bei ansteigenden Zinsen umkehren und das weitere Abschmelzen bilanzwirksamer Kundeneinlagen in den mittleren und langen Laufzeiten beenden. Angesichts der in der Bankenregulierung formulierten Liquiditätsregeln und der europäischen Zentralbankpolitik wird sich der Preiswettbewerb um Kundeneinlagen aus Sicht der Sparkasse fortsetzen.

Geschäftsstrategie

Vor dem Hintergrund der bestehenden Herausforderungen im Finanzdienstleistungssektor konzentriert sich die Sparkasse auf die räumliche Nähe zu ihren Kunden als wichtigem Wettbewerbsfaktor und Alleinstellungsmerkmal. Entscheidende Erfolgsfaktoren sind die Serviceorientierung und Beratungsqualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um diese auf einem hohen Niveau zu halten und darüber hinaus zu verbessern, wird auch zukünftig in deren fachliche Aus- und Fortbildung investiert.
Wesentliche geschäftspolitische Ziele sind neben der Erzielung auskömmlicher Erträge die Sicherung der Marktposition, die Verbesserung des Risiko-/Ertragsverhältnisses und die Optimierung von Prozessabläufen. Der weiteren Stärkung des Eigenkapitals kommt im Rahmen der Bankenregulierung eine wichtige Rolle zu.
Den kundenorientierten Marktauftritt wird die Sparkasse durch eine bedürfnisgerechte Gestaltung und sinnvolle Verzahnung der Vertriebswege fortlaufend weiterentwickeln. Die elektronischen Vertriebswege, wie beispielsweise das Internetangebot, werden kontinuierlich auf den aktuellen Stand (sicherheits-)technischer Möglichkeiten ausgebaut. Zur Sicherung ihrer Marktposition ist die Sparkasse dabei, unter dem Namen „Kurs auf 2020“ folgende Ziele anzusteuern:

- (Neu-)Ausrichtung des Kundengeschäfts der KSK Weilburg
- Verschlankung, Optimierung und Standardisierung der Prozesse
- Kostenoptimierung / potenzialorientierte Allokation.

Als Institut der Sparkassen-Finanzgruppe setzt die Sparkasse im Rahmen der ganzheitlichen und bedarfsorientierten Kundenberatung auch weiterhin schwerpunktmäßig auf Sicherheits- und zukunftsorientierte Geschäftsfelder, wie z. B. die Altersvorsorge, Versicherungen und das Bausparen. Darüber hinaus werden auch passende Wertpapiere und Fondsprodukte angeboten.

Planung

Im Einlagengeschäft mit Kunden erwartet die Sparkasse eine unterschiedliche Entwicklung bei den einzelnen Produkten. Sie rechnet insgesamt mit einem moderat steigenden Bestand an Kundeneinlagen. Hinsichtlich der Einlagenstruktur geht die Sparkasse von einem überwiegend gleichbleibenden Bestand der Sichteinlagen und einem leichten Anstieg der Sondersparformen aus.

Die Sparkasse erwartet bei den Aktiva eine stark rückläufige Bestandsentwicklung im Kommunalkreditgeschäft (Hessenkasse), bei den privaten Wohnungsbaudarlehen und im gewerblichen Darlehensbereich werden - wie in den Vorjahren - leichte Volumensteigerungen erwartet. Im Eigengeschäft erfolgt eine moderate Neuallokation der Bestände in (Immobilien) Spezialfonds und im Portfolio mit hochliquiden Wertpapieren. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erwartet die Sparkasse einen deutlichen Rückgang, bei den Forderungen einen unveränderten Bestand.

Unter Berücksichtigung der geplanten Volumensentwicklungen erwartet die Sparkasse einen moderaten Anstieg der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) auf rd. 1,1 Mio EUR.

Insgesamt wird für das Geschäftsjahr 2019 erwartet, dass sich das Zinsumfeld aufgrund des von der Sparkasse erwarteten leichten Zinsanstieges nur leicht verbessert. Vor dem Hintergrund des geschilderten Wettbewerbsumfeldes und des sukzessiven Auslaufens hochverzinster Aktivpositionen und deren Substitution durch neue, niedrig verzinste Anlagen wird ein weiterer Rückgang des Zinsüberschusses um 0,4 Mio EUR erwartet. Die geldpolitisch induzierte Niedrigzinsphase wird die Entwicklung der Sparkasse in den nächsten Jahren prägen. Neben den beschriebenen Risiken bestehen Chancen für eine positive Entwicklung des Zinsüberschusses in einer optimierten Zinsbuch- und Vertriebssteuerung.

Die Sparkasse rechnet für 2019 aufgrund verschiedener Maßnahmen wie z. B. der Ausweitung des Wertpapierdienstleistungsgeschäftes und der Anpassung der Girokontomodellen sowie Fortsetzung der ganzheitlichen Beratung mit einem insgesamt weiterhin leicht steigenden Provisionsüberschuss.

Für eine positive Entwicklung sprechen darüber hinaus ein verstärktes Verbundgeschäft mit sicherheitsorientierten Produkten, z. B. dem Immobilien- und Bauspargeschäft. Das vorhandene Kundenbedürfnis nach Produkten zur langfristigen Sicherung von niedrigen Finanzierungszinssätzen bietet ebenfalls Potenzial. Risiken für den Provisionsüberschuss liegen bei volatilen Kapital- und Aktienmärkten im verwalteten Wertpapier- und Fondsgeschäft.

Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase plant die Sparkasse, die Basis zur Generierung zinsunabhängiger Erträge durch indirekte bzw. direkte Investition in Immobilien schrittweise auszubauen.

Der Personalaufwand wird sich gemäß den Erwartungen in 2019 gegenüber 2018 auf 12,0 Mio EUR erhöhen, dabei wurden prognostizierte Tariferhöhungen, Ein- und Austritte sowie dauerhafte Arbeitszeitveränderungen berücksichtigt. Der Personalbestand in Mitarbeiterkapazitäten an aktiven, bankspezifischen Beschäftigten liegt per 31. Dezember 2018 bei 150. Im Zuge der Digitalisierung bzw. Prozessoptimierung ist per saldo keine Erhöhung der Mitarbeiterkapazitäten geplant.

Der Sachaufwand (einschl. Immobilien) wird in 2019 erwartungsgemäß 0,3 Mio EUR höher ausfallen. Risiken bezüglich des Sachaufwands liegen in Preisniveausteigerungen. Chancen zur Reduzierung liegen in einem proaktiven Kostenmanagement.

Gemäß der Planungsrechnung wird in 2019 ein um 0,9 Mio EUR niedrigeres Betriebsergebnis vor Bewertung als realistisch erachtet.

Der Planwert für den Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft wird mit kaufmännischer Vorsicht deutlich über den tatsächlichen Ergebnissen der Vorjahre angesetzt.

Im Falle nur leicht steigender mittel- bis langfristiger Kapitalmarktzinsen und einer weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung sollte sich der Bewertungsaufwand für den Bestand der eigenen Wertpapiere im Jahr 2019 in Grenzen halten. Bestehende Unsicherheitsfaktoren sind vor allem der künftige geldpolitische Kurs und die Inflationserwartungen der Marktteilnehmer. Das anhaltende Niedrigzinsniveau und die aufsichtsrechtlichen Neuregelungen mit den entsprechenden Folgewirkungen werden die Ertragslage aufgrund einer zunehmend geringer werdenden Zinsspanne in den folgenden Jahren belasten. Bei der Annahme eines höheren Verwaltungsaufwands (Aufwandsquote geplant 75,4 %) und konservativen Annahmen beim Bewertungsergebnis rechnet die Sparkasse für 2019 im Betriebsergebnis vor Bewertung, im Betriebsergebnis nach Bewertung und im Jahresüberschuss mit deutlichen Rückgängen, aber auf einem für die Sparkasse weiterhin auskömmlichen Niveau. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Annahmen erwartet die Sparkasse eine Eigenkapitalrentabilität von rd. 2,7 % (Tendenz: Seitwärtsbewegung).

Die Vermögenslage wird durch die vorgesehene Dotierung der Sicherheitsrücklage aus dem Jahresergebnis sowie die Aufstockung des Fonds nach § 340g HGB weiter gestärkt.

Die Liquiditätsreserve plant die Sparkasse in 2019 weiter zu stärken. Nicht zuletzt die zu erfüllende aufsichtsrechtliche Kennziffer Liquidity Coverage Ratio (LCR) fordert einen angemessenen Bestand an hochliquiden Aktivbeständen der Eigenanlagen, sodass die komfortable Liquiditätsposition der Sparkasse hinsichtlich der möglichen Liquidierbarkeit in Stresssituationen weiter gegeben sein wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Planung der Sparkasse vor dem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld von mittelfristig stabilen Ergebnissen ausgeht.

Der Lagebericht wurde gemäß den Vorgaben des Hessischen Sparkassengesetzes (HSpG) um einen statistischen Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrages ergänzt, der als Anlage beigefügt ist.

Im Jahr 2018 fanden keine Abführungen an den Träger statt. Somit ergaben sich keine Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

3.3 Nassauische Sparkasse

Naspa
Nassauische Sparkasse

Unternehmensportrait

Adresse: Rheinstraße 42-46, 65185 Wiesbaden

Homepage: www.naspa.de

Träger: Sparkassenzweckverband Nassau:
Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Wiesbaden
Stadt Frankfurt/Main
Hochtaunuskreis
Main-Taunus-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis
Rhein-Lahn-Kreis
Westerwaldkreis

Gründungsjahr: 1840

Anteilsbesitz:	Naspa Direkt GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100 %
	Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden	75 %
	Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden	100 %
	Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	100 %
	Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel	100 %
	Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel	100 %
Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	10,4 %
mittelbar:	Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)	7,0 %
	DekaBank	1,2 %
	Landesbank Berlin	1,2 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung, sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Kundenkreditvolumen und –einlagen konnten ab 2013 spürbar gesteigert werden. Bei letzteren zeigt sich der infolge des Niedrigzinsumfeldes anhaltende Trend zu kurzfristigen Einlagen auch in der veränderten Struktur des Kontenbestandes. Kreditseitig profitierte die Naspa von der lebhaften Nachfrage nach langfristigen Immobilienfinanzierungen.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging. Träger ist

der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main, sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen, sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist aus ihrer Geschichte heraus eine Regionalbank. Die Gewährträgerhaftung ist – wie bei den Kreissparkassen des Landkreises – am 18. Juli 2005 entfallen. Die Absicherung der Kunden liegt in der Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Naspa gehört.

Organe des Trägers

Vorstand: Günter Högner (Vorsitzender)
Michael Baumann
Bertram Theilacker

Verwaltungsrat: Landrat Manfred Michel

Verbandsvorstand: Dr. Norbert Zabel
Andreas Bendel

Verbandsversammlung: Regina Heep
Ruprecht Keller
Markus Sabel

Bezüge
Die Mitglieder des Vorstands erhielten Bezüge in Höhe von 1.621 TEUR.

Situationsbericht

Das Geschäftsvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 % auf 17.5 Mrd. EURO. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Zinsüberschuss um 5.9 Mio. EURO, und liegt damit nahezu auf dem erwarteten Niveau. Der Provisionsüberschuss liegt jedoch über den Erwartungen und mit 82.0 Mio. EURO leicht unter dem Vorjahresergebnis. Der Personal- und Sachaufwand einschließlich der Abschreibungen entwickelte sich positiver als erwartet und liegt mit 200.4 Mio. leicht über dem Vorjahresniveau. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 50,6 Mio. EURO steht zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in Mio. EUR	2017 in Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	685	466
Forderungen an Kunden	8.899	9.197
Wertpapiere	883	981
Finanzanlagen	97	97
Übrige Aktiva	1.208	669
Bilanzsumme	**11.771**	**11.410**
Passiva	**2018 in TEUR**	**2017 in TEUR**
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.247	1.277
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	9.081	8.760
Verbriefte Verbindlichkeiten	193	189
Eigene Mittel	1.165	996
Übrige Passiva	85	188
Gesamt	**11.771**	**11.218**
Eventualverbindlichkeiten	207	207

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in Mio. EUR	2017 in Mio. EUR
Zinsüberschuss	**220,0**	**236,0**
Provisionsüberschuss	**82,0**	**85,3**
Personal-/Sachaufwand	**200,4**	**207,4**
Sonstiger ordentlicher Aufwand	**1,8**	**2,0**
Handelsbestand	**1,1**	**1,2**
Betriebsergebnis vor Bewertung	**100,9**	**113,1**
Bewertungsergebnis	-31,9	-44,0
Betriebsergebnis nach Bewertung	**69,0**	**69,1**
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	**6,7**	**14,8**
Steuern	-25,1	-33,0
Bilanzgewinn	**50,6**	**50,9**

Prognosebericht

Im fünften Jahr in Folge hat der deutsche Gesamtstaat, bestehend aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, einen Finanzierungsüberschuss erzielt. Der Positivsaldo betrug 1,7 % des BIP. Durch diese Überschüsse, durch den Abbau von Sonder-Verbindlichkeiten, aber auch durch das Wachstum des BIP selbst reduzierte sich die Bruttoschuldenquote des Staates erheblich.

Insgesamt rechnet die Naspa für das kommende Geschäftsjahr mit rückläufigen Erträgen. Die anhaltenden Belastungen aus dem Zinsniveau wirken sich nach wie vor negativ auf den Zinsüberschuss als wichtigste Ertragskomponente aus. Weiterhin sind für das Jahr 2019 keine ergebnisstabilisierenden Maßnahmen im Zinsüberschuss

eingeplant, die sich positiv auf das Ergebnis der Naspa auswirken könnten. Beim Provisionsergebnis erwartet die Sparkasse hingegen einen deutlichen Anstieg in den Erträgen. Dieser resultiert hauptsächlich aus den im Herbst 2018 angepassten Giropreismodellen im Privatkundensektor.

Das Bewertungsergebnis wird in 2019 ausgehend von einer stabilen Konjunktur und einem sehr niedrigen Zinsniveau mit 16,4 Mio. EUR geplant. Ohne Berücksichtigung der Zuführung von Vorsorgereserven in Höhe von 22,0 Mio. EUR belief sich das Bewertungsergebnis 2018 auf −9,9 Mio. EUR. Der Bewertungsaufwand im Kundenkreditgeschäft wird nach unserer Erwartung deutlich höher als im abgelaufenen Geschäftsjahr ausfallen. Gründe hierfür liegen in dem niedrigen Bewertungsergebnis im Jahr 2018. Aufgrund auslaufender über-pari-Papiere wird der Bewertungsaufwand im Wertpapiergeschäft hingegen deutlich sinken. Das neutrale Ergebnis ist im abgelaufenen Geschäftsjahr durch positive Sonderfaktoren begründet, die für die Planungsrechnungen 2019 unberücksichtigt bleiben. Für das kommende Geschäftsjahr wird weiterhin mit einer positiven, aber deutlich rückläufigen Eigenkapitalrentabilität gerechnet. Das gute Ergebnis des Vorjahres wird aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen planmäßig in dieser Höhe so nicht mehr erzielt werden können, dennoch wird es zufriedenstellend bleiben. Weichen die der Planung zugrundeliegenden wirtschaftlichen Parameter oder auch andere exogene Faktoren wesentlich von der tatsächlichen Entwicklung ab, kann sich dies in erheblichem Umfang auf das Geschäftsergebnis des laufenden Jahres auswirken.

Im Jahr 2018 fanden keine Abführungen an den Träger statt. Somit ergaben sich keine Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)

4.1 Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR

Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.taunus.info

Mitglieder: Bad Homburg v.d.Höhe, Hochtaunuskreis,
Landkreis Limburg-Weilburg, Stadt Bad Camberg,
Stadt Oberursel, Gemeinde Weilrod,
Gemeinde Schmitten, HoGa Taunus

Gründungsjahr: 1970

Verbandsumlage: 1.124,80 Euro

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Folgende Aufgaben nimmt die Gesellschaft Hochtaunusstraße GbR wahr:

- die Hochtaunusstrasse zu beschildern; auch durch Hinweise auf besondere landschaftliche Gegebenheiten und Sehenswürdigkeiten;
- für die Hochtaunusstrasse und die daran liegenden oder erreichbaren Erholungsgebiete zu werben;
- die in den Orten an dieser Straße stattfindenden heimatlichen Veranstaltungen zu fördern und damit den Besuch attraktiv zu machen;
- die Landschaftspflege im Bereich der Hochtaunusstrasse zu fördern;
- auf einen guten Zustand der Hochtaunusstrasse hinzuwirken.

Organe der Gesellschaft

Verbandsvorstand: Landrat Ulrich Krebs — Vorsitzender
Jens Peter Vogel — stellv. Vorsitzender

Geschäftsführerin: Daniela Krebs

Vertreter des Landkreises Limburg-Weilburg: Lars Wittmaack (WfG)

4.2 Nassauische Heimstätte
Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Organ der staatlichen Wohnungspolitik - Ffm

UNTERNEHMENSGRUPPE
NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE
WOHNSTADT

Unternehmensportrait

Adresse: Schaumainkai 47, 60596 Frankfurt

Homepage: www.naheimst.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Land Hessen	61.545.124,07 Euro	56,021 %
(Auszug)	Stadt Frankfurt	34.180.833,71 Euro	31,113 %
	LK Limburg-Weilburg	**10.140,00 Euro**	**0,008 %**

Stammkapital: 119.965.553,00 Euro

Gründungsjahr: 26.06.1928

Gesell.-vertrag: vom 30. Juni 2017

Beteiligungen*:* (Auszug, hier nur Beteiligungen über 20 %)

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH, Kassel	88,95 %
Garagen- Bau- und Betriebs GmbH, Frankfurt/ Main	60,00 %
NH Projektstadt GmbH, Frankfurt am Main	100,00 %
MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH	100,00 %
Bauland-Offensive Hessen GmbH Frankfurt/ Main	
Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH, Dietzenbach	33,33 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Ziel des Unternehmens ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere Berücksichtigung von Wohnungssuchenden, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Nassauische Heimstätte ist im Unternehmensverbund mit der WOHNSTADT Städteentwicklung- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH Kassel in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit rund 62.000 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienwirtschaft mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilien angeboten. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesell-

schaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen.
Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsolidiert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilserwerb erfolgt, sodass die bestehende Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Außerdem werden die operativen Teilleistungen bei der WOHNSTADT im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend von der Nassauischen Heimstätte erbracht.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat	Priska Hinz	Vorsitzende
	Tarek Al-Wazir	Vorsitzender
	Peter Feldmann	stv. Vorsitzender
	Jens Bersch	stv. Vorsitzender
	Ulrich Baier	
	Oliver Baltes	
	Dagmar Brinkmann	
	Gerd Brückmann	
	Ulrich Caspar	
	Elmar Damm	
	Martina Feldmeyer	
	Dr. Christian Hermann	
	Dr. Christian Hey	
	Wolfgang Koberg	
	Werner Koch	
	Bernhard Köppler	
	Dr. Walter Lübcke	
	Dr. Frank Roland	
	Jan Schneider	
	Ulrich Türk	
	Thomas Völker	
	Astrid Wallmann	
Geschäftsführung	Dr. Thomas Hain	Ltd. Geschäftsführer
	Monika Fontaine-Kretschmer	Geschäftsführerin
	Dr. Constantin Westphal	Geschäftsführer

Landrat Manfred Michel als Mitglied im Beirat „Bauen und Stadtentwicklung“.
(Bis 31.12.2018)

Bezüge
Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen 19.846,77 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.094.576,25	1.094.576,25
Sachanlagen	1.874.556.497,64	1.836.520.604,01
Finanzanlagen	42.197.298,39	47.220.596,01
Umlaufvermögen	172.599.079,84	190.218.678,54
Forderungen	14.190.443,38	15.120.359,68
Wertpapiere, Kassenbestand	146.138.577,32	141.948.120,16
Rechnungsabgrenzungsposten	1.310.312,26	1.600.379,15
Summe Aktiva	**2.252.090.296,93**	**2.233.723.313,80**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gezeichnetes Kapital	119.965.553,00	109.860.775,22
Kapitalrücklage	150.226.450,48	8.282.928,48
Sonstige Rücklagen	691.739.983,99	473.403.130,71
Bilanzgewinn	62.865.140,81	35.500.800,63
Rückstellungen	54.284.851,73	37.984.523,71
Verbindlichkeiten	1.427.515.648,58	1.559.320.221,11
Rechnungsabgrenzungsposten	5.348.456,78	3.891.733,52
Summe Passiva	**2.252.090.296,93**	**2.168.808.561,91**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	453.668.619,82	394.395.753,01
- Verminderung des Bestandes	23.653.514,92	58.269.757,48
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	10.507.813,66	7.439.804,76
+ sonstige betriebliche Erträge	1.515.647,38	2.010.632,34
- Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen	206.816.889,78	258.643.784,38
- Personalaufwand	55.585.296,43	51.343.052,24
- Abschreibungen	65.239.480,82	61.320.535,31
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.350.954,91	21.612.514,85
+ Erträge aus Beteiligungen	1.137.929,31	917.102,41
+ Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	0,00	0,00
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	39.663.38	1.053.864,80
+ Sonstige Zinsen und Erträge	287.567,6	690.067,23
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29.218.296,71	34.969.847,58
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	4.252.938,55	1.821.747,01
- Sonstige Steuern	84.816,72	66.558,69
Jahresüberschuss	**56.955.052,17**	**34.998.941,97**
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5.910.088,64	501.858,66
Bilanzgewinn	**62.865.140,81**	**35.500.800,63**

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Gesellschaftskapitalanteil des Landkreises Limburg-Weilburg beträgt 10.140,00 Euro. Dies entspricht 0,008 %.

Im Haushaltsjahr 2018 wurde eine Dividende in Höhe von 4% auf die Stammkapitalbeteiligung (405,60 Euro abzügl. Steuern) gezahlt.

4.3 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Georg-Schlosser-Straße 1, 35390 Gießen

Homepage: www.mittelhessen.org

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:			
	Landkreis Limburg-Weilburg	**1.351 Euro**	**5,40 %**
	Lahn-Dill-Kreis	1.351 Euro	5,40 %
	Landkreis Gießen	1.351 Euro	5,40 %
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351 Euro	5,40 %
	Vogelsbergkreis	1.351 Euro	5,40 %
	Stadt Limburg a.d. Lahn	676 Euro	2,70 %
	Stadt Wetzlar	1.351 Euro	5,40 %
	Universitätsstadt Gießen	1.351 Euro	5,40 %
	Universitätsstadt Marburg	1.351 Euro	5,40 %
	HWK Wiesbaden	2.838 Euro	11,35 %
	HWK Kassel	878 Euro	3,51 %
	IHK Gießen-Friedberg	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Kassel-Marburg	2.027 Euro	8,11 %
	IHK Lahn-Dill	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Limburg	946 Euro	3,78 %
	Justus-Liebig-Universität Gießen	338 Euro	1,35 %
	Phillips-Universität Marburg	338 Euro	1,35 %
	THM Techn.Hochschule Mittelhes.	338 Euro	1,35 %
	Mittelhessen e.V.	1.015 Euro	4,06 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 27. Dezember 2012

Gesell.-vertrag: 27. Dezember 2012

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region

(Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Jens Ihle, Gießen

Aufsichtsrat:	Kirsten Fründt	Vorsitzender
(Auszug)	Rainer Schwarz	stellv. Vorsitzender
	Manfred Michel, Landrat	

Bezüge
Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.
Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführer unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Anlagevermögen/gewerbliche Schutzrechte	1,00	1,00
Sachanlagen, BGA	5.696	13.900,00
Umlaufvermögen/FO/Sonstige Vermögensgegenstände	28.116,12	20.880,08
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	233.615,43	254.131,44
Rechnungsabgrenzungsposten	364,79	722,23
Summe Aktiva	**284.111,95**	**289.634,75**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
Gewinnvortrag	179.845,03	177.502,65
Jahresüberschuss	13.102,41	2.342,38
Rückstellungen	23.648,18	46.380,00
Verbindlichkeiten	42.335,36	34.168,51
Rechnungsabgrenzungsposten	180,97	4.241,21
Summe Passiva	**284.111,95**	**289.634,75**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	431.523,07	391.018,97
+ sonstige betriebliche Erträge	603.041,03	580.082,74
- Personalaufwand	368.969,37	372.496,93
- Abschreibungen	9.528,83	8.936,87
- sonstige betriebliche Aufwendungen	642.540,27	586.934,61
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	52,00	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**13.577,63**	**2.733,30**
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,77
- sonstige Steuern	475,22	391,69
Jahresüberschuss	**13.102,41**	**2.342,38**

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Mit dieser Beteiligung verbunden ist eine jährliche Zahlung von 20.000 Euro zur laufenden Finanzierung der GmbH.

Situationsbericht

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter der Nummer HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach § 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des dritten Buches des HGB aufzustellen.

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessen. Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte, sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt- und Lobbyarbeit, welche die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bewerkstelligen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind in einem Leitbild formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem stra-

tegischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.

1. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes konnte die deutsche Wirtschaft im Laufe des Jahres 2018 den Wachstumskurs weiter fortsetzen, verlor dabei aber zunehmend an Schwung. Zu einem gewissen Teil ist dies auf irreguläre Einflüsse zurückzuführen, wie die Produktionsrückgänge in der Automobilindustrie aufgrund eines neuen Prüfverfahrens und den mit langanhaltendem Flussniedrigwasser verbundenen Produktions- und Transportproblemen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahresdurchschnitt 2018 um +1,5% höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt mit jeweils +2,2% noch kräftiger gewachsen. Gleichwohl lag das Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 noch über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,2 %.

Im Jahresdurchschnitt 2018 wurde die Wertschöpfung im Inland durch 44,8 Millionen Erwerbstätige erarbeitet. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland lag um 562 000 Personen oder 1,3 % über dem Jahresdurchschnitt 2017. Der nun seit 13 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich damit auch im Jahr 2018 fort. Insgesamt wurde für die Zahl der Erwerbstätigen nunmehr der höchste Stand seit der deutschen Vereinigung erreicht. Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie der positive Zuwanderungssaldo ausländischer Arbeitskräfte glichen negative demografische Alterseffekte mehr als aus.
Der Staat erzielte im Jahr 2018 einen Rekordüberschuss in Höhe von 59,2 Milliarden Euro (2017: 34,0 Milliarden Euro). Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendeten das Jahr nach vorläufigen Berechnungen zum fünften Mal in Folge mit einem Überschuss. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2018 eine Überschussquote von 1,7 %. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote sinkt seit 2013 kontinuierlich und wird gemäß der aktuellen Projektion der Bundesregierung in diesem Jahr unterhalb des Maastricht-Grenzwerts in Höhe von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Unterstützt hat diese Entwicklung neben einer guten konjunkturellen Lage auch das sehr günstige Zinsniveau. Die Bundesregierung trägt mit einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zu den soliden Staatsfinanzen bei. Gleichzeitig sieht der Bundeshaushalt in den kommenden Jahren deutlich höhere Investitionsausgaben gegenüber der vergangenen Legislaturperiode vor.
Die Bundesregierung will den digitalen Wandel gestalten und Deutschland fit für das digitale Zeitalter machen. Hierzu hat sie am 15. November 2018 die Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ verabschiedet. Sie dient – als Fortentwicklung der Digitalen Agenda 2014-2017 – als klares politisches Leitbild zur Gestaltung des digitalen Wandels für Wirtschaft, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern, die wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale der Digitalisierung zu entfalten und den sozialen Zusammenhalt auch im digitalen Zeitalter zu sichern.

Bei der Erarbeitung der Umsetzungsstrategie hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) besonderen Wert daraufgelegt, dass digitale Innovationen und die künftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands einen Schwerpunkt bilden. Neue digitale Innovationen – insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz – sollen ermöglicht werden mit der Maßgabe, Wohlstand zu sichern und Grundwerte in Deutschland und in Europa zu erhalten.

b) Geschäftsverlauf
Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2018 auf T€ 284,1 und verringerte sich somit gegenüber dem Vorjahr um T€ 5,5. Diese Bilanzverkürzung resultiert größtenteils aus dem Verbrauch der Rückstellungen aus dem Geschäftsjahr 2017. Im Jahr 2017 begonnene Projekte konnten betriebsbedingt nicht zu Ende geführt werden, und wurden ins Jahr 2018 übertragen. Das betraf hauptsächlich das Projekt „Fachkräftemarketing – Karriere-Portal Mittelhessen“. Durch geänderte Rahmenbedingungen musste das Projekt neu konzipiert werden, und konnte durch die Auflösung der Rückstellung im Geschäftsjahr 2018 umgesetzt werden. Das Regionalmanagement Mittelhessen wurde seitens der Hessischen Landesregierung erneut mit Fördermitteln unterstützt. Diese Mittel wurden zweckgebunden zur Finanzierung der regionalen mittelhessischen Geschäftsstelle sowie zur mittelhessischen Breitbandberatung verwendet.

2. Chancen- / Risikobericht

a) Risikobericht

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundesund Landesebene ab. Die ausgeschriebenen Förderprojekte und Fördermöglichkeiten müssen inhaltlich passen, und der Fördergeber ist zu überzeugen, dass die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH eine geeignete Institution für die Projekte ist. Somit steht die GmbH im Wettbewerb um Fördergelder - teils auch mit den eigenen Gesellschaftern und deren Tochterunternehmen. Die Drittmittelakquise ist aber auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig.
Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH hat mit Zuwendungsbescheid vom 7. Dezember 2017 vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung eine erneute Förderung in Höhe von 100.000 EUR aus Landesmitteln für die Erhaltung und Weiterentwicklung des Regionalmanagements (Fördertatbestand Regionalbudget) für 2018 bewilligt bekommen.

b) Chancenbericht

Ab 2019 ist eine EFRE-Förderung ausschließlich als Projektförderung möglich. Dies betrifft den Fördertatbestand der sog. „ergänzenden Projekte“ mit innovativem Charakter (Bedingung der Förderfähigkeit: Einklang mit Schlüssel- und Handlungsbereichen der hessischen Innovationsstrategie und den EFRE-Zielen). Die Richtlinie dazu ist am 26. Dezember 2016 im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht worden.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art.

3. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet vierteljährlich zu den Stichtagen am 20.01., 20.04., 20.07. und 20.10. einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben. Seit Beginn des Geschäftsjahres werden die Gesellschafter ebenso über den Zielerreichungsgrad der nicht monetären Zielwerte informiert. Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch das beauftragte Buchführungs- und Steuerbüro.
Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsätzegesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

4. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft tätigt keine spezifische Forschung und Entwicklung.
Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

4.4 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim a. T.

Homepage: www.rmv@rmv.de

		Euro	%
Gesellschafter:	Name	Anteil in %	Anteil in EUR
	Land Hessen	3,704	25.564,59
	Stadt Darmstadt	3,704	25.564,59
	Stadt Frankfurt a.M.	3,704	25.564,59
	Stadt Offenbach a.M.	3,704	25.564,59
	Stadt Wiesbaden	3,704	25.564,59
	Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,704	25.564,59
	Stadt Fulda	3,704	25.564,59
	Stadt Gießen	3,704	25.564,59
	Stadt Hanau	3,704	25.564,59
	Stadt Marburg	3,704	25.564,59
	Stadt Rüsselsheim	3,704	25.564,59
	Stadt Wetzlar	3,704	25.564,59
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,704	25.564,59
	Landkreis Fulda	3,704	25.564,59
	Landkreis Gießen	3,704	25.564,59
	Landkreis Groß-Gerau	3,704	25.564,59
	Landkreis Hochtaunuskreis	3,704	25.564,59
	Landkreis Lahn-Dill	3,704	25.564,59
	Landkreis Limburg-Weilburg	3,704	25.564,59
	Landkreis Main-Kinzig	3,704	25.564,59
	Landkreis Main-Taunus	3,704	25.564,59
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	3,704	25.564,59
	Odenwaldkreis	3,704	25.564,59
	Landkreis Offenbach	3,704	25.564,59
	Rheingau-Taunus-Kreis	3,704	25.564,59
	Vogelsbergkreis	3,704	25.564,59
	Wetteraukreis	3,704	25.564,59

Stammkapital: 690.244,04 Euro

Gründungsjahr: 1994

		Euro	%
Beteiligungen:	RMV Service GmbH (rms)	125.000,00	100
	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)	100.000,00	100
	Mobilligence GmbH	25.000,00	100
	ivm GmbH Integriertes Verkehrs-	30.000,00	12,45

und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain (ivm)		
RTW Planungsgesellschaft mbH	5.000,00	16,67
VDV eTicket Service	100.000,00	10,13

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:
Regionalisierter Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:
Oberbürgermeister Peter Feldmann, Stadt Frankfurt — Vorsitzender
Landrat Ulrich Krebs, Hochtaununskreis — stellv. Vorsitzender
Staatsekretär Mathias Samson (HMWEVL)
Staatssekretär Dr. Martin J. Worms (HMdF)
Stadträtin Dr. Barnara Boczek, Stadt Darmstadt
Oberbürgermeister Horst Schneider, Stadt Offenbach am Main
Stadträtin Sabine Groß (ab 07.09.2018)
Stadtrat Andreas Kowol, Stadt Wiesbaden
Oberbürgermeister Alexander Hetjes, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld, Stadt Fulda
Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich, Stadt Gießen
Stadtrat Thomas Morlock, Stadt Hanau (ab 04.07.2017)
Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies, Stadt Marburg
Stadtrat Nils Kraft, Stadt Rüsselsheim
Stadtrat Norbert Kortlüke, Stadt Wetzlar
Kreisbeigeordnete Christel Fleischmann, Landkreis Darmstadt-Dieburg
Landrat Bernd Woide, Landkreis Fulda
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen
Erster Kreisbeigeordneter Walter Astheimer, Kreis Groß-Gerau
Landrat Wolfgang Schuster, Lahn-Dill-Kreis
Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg

(bis 31.12.2018)
Kreisbeigeordneter Matthias Zach, Main-Kinzig-Kreis (bis 31.01.2018)
Landrat Thorsten Stolz (01.02.2018 bis 31.07.2018)
Kreisbeigeordneter Winfried Ottmann (ab 01.08.2018)
Kreisbeigeordneter Johannes Baron, Main-Taunus-Kreis
Erster Kreisbeigeordneter Marian Zachow, Landkreis Marburg-Biedenkopf
Landrat Frank Matiaske, Odenwaldkreis
Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, Kreis Offenbach
Landrat Frank Kilian, Rheingau-Taunus-Kreis (ab 05.07.2017)
Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis
Landrat Jan Weckler, Wetteraukreis

Gesellschafterversammlung: u.a. Landrat Manfred Michel, Limburg-Weilburg

Geschäftsführung: Prof. Knut Ringat, Sprecher der GF
Dr. André Kavai

Stellvertreter oder Prokuristen: Susanne Bieling
Kai Daubertshäuser
Thomas Busch
Thomas Kern
Jörg Puzicha

Unternehmensdaten

Bilanz	2018	2017
AKTIVA	**TEUR**	**TEUR**
Sachanlagen	8.014	8.079
Finanzanlagen	5.112	3.104
Anlagevermögen	13.126	11.183
Vorräte	34	50
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	23.583	22.032
Kassenbestand, Wertpapiere	709	709
Liquide Mittel	271	251
Umlaufvermögen	24.597	23.042
Rechnungsabgrenzungsposten	679	547
SUMME AKTIVA	**38.402**	**34.772**
	2018	**2017**
PASSIVA	**TEUR**	**TEUR**
Gezeichnetes Kapital	690	690
Rücklagen	1.481	1.481
Eigenkapital	2.171	2.171
Sonderposten für Zuschüsse	13.126	11.183
Rückstellungen	13.351	11.946
Verbindlichkeiten	4.630	7.419
Rechnungsabgrenzungsposten	0	45
SUMME PASSIVA	**38.402**	**37.024**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 TEUR	2017 TEUR
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	49.156	46.796
+ Umsatzerlöse	3.217	3.690
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.393	1.695
- Zuführung zu Sonderp. für Zuschüsse zum AV	5.015	3.297
- Materialaufwand	32.833	33.809
- Personalaufwand	13.108	12.527
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.511	4.016
+ Erträge aus Gewinnabführung	2.031	1.821
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	117	100
- Abschreibungen auf Finanzanlagen etc.	0	0
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	445	451
Betriebsergebnis	***2***	***2***
- Außerordentliche Aufwendungen	2	2
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0**	**0**

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Im Berichtsjahr wurden Umlagenanteile in Höhe von gesamt 128.555,68 Euro zur Komplementärfinanzierung der RMV GmbH gezahlt.

Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2018	2017	Veränderung absolut	Veränderung in %
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Gesamtkapital)	5,7 %	6,2 %	-0,6 %	-9,45
Eigenkapitalrendite (Jahresergebnis / (Gez.Kapital+Rücklagen))	0,0 %	0,0 %	0,00	0,00
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEUR)	6.419	4.348	2.071	47,63
Sachanlagenintensität (Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen)	20,9 %	23,2 %	-2,4 %	-10,18
Sonstige Kennzahlen				
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	143	146	-3	-2,05
Anzahl der Linien des lokalen u. regionalen Verkehrs im RMV	1.000	1.000	0	0,00
Angebotskilometer (lokaler Verkehr, in TNUTZKm)	143.236	140.013	3.163	2,26
Angebotskilometer (regionaler Verkehr, in TNUTZKm)	65.992	66.677	-685	-1,03
Haltestellen (beide Richtungen) ca.	12.000	12.000	0	0,00

Situationsbericht

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2018

Allgemeines

Die Geschäftsgrundlage und Zuständigkeit des Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) wird im Wesentlichen durch das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (HÖPNVG) geregelt. Demnach sind für die Bestellung von Verkehrsdienstleistungen und für weitere Aufgaben des Personennahverkehrs mit Bussen und Bahnen das Land Hessen, die kreisfreien Städte sowie die Sonderstatusstädte zuständig. Diese bedienen sich der von ihnen gegründeten Verkehrsverbundgesellschaften (im regionalen Schienen- und Busverkehr ist dies die RMV GmbH). Damit der ÖPNV diesem Wachstum und den

Herausforderungen auch zukünftig gerecht werden kann, ist es ökologisch, verkehrs- und gesellschaftspolitisch zwingend erforderlich, den Verbund als Mobilitäts-dienstleister weiter zu stärken.

Der RMV hat hierzu mit seinem strategischen Konzept RMV-Mobilität 2030 die Voraussetzungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain beschrieben. Die derzeitige Finanzierungsvereinbarung zwischen dem RMV und dem Land Hessen hat eine Laufzeit von 2017 bis 2021. Die wesentlichen Rahmenbestandteile orientieren sich an den vorhergehenden Finanzierungsvereinbarungen. Im Ergebnis sind die notwendigen Leistungsbestellungen und auch die Finanzierung der Verbund-gesellschaft selbst während der Laufzeit der Vereinbarung sichergestellt.
Mehrere Innovations- und Förderprojekte wurden 2018 abgeschlossen. Dazu gehört das Projekt ReKoMo (Regionale Kooperations- und Mobilitätsplattform), das sehr relevante Ergebnisse bei der Entwicklung einer multimodalen Plattform erzielte. Besonders bei der Definition von Anforderungen an eine Mobilitätsplattform und der Entwicklung der dafür erforderlichen Schnittstellen wurden weitreichende Erkenntnisse erzielt, ebenso beim Aufsetzen eines rechtskonformen Betreiber- und Organisationsmodells. Das im März 2017 vom RMV-Aufsichtsrat beschlossene und zum Schuljahr 2017/18 eingeführte Schülerticket mit hessenweiter Gültigkeit ist von Beginn an sehr erfolgreich. Der RMV ist u.a. bei der technischen Umsetzung federführend für alle hessischen Verkehrsverbünde tätig. Die hohen Verkaufszahlen zeigen deutlich, dass der beabsichtigte Anreiz für junge Menschen zu verstärkter und nachhaltiger Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem attraktiven Preis nutzerseitig angenommen wurde. Im Schuljahr 2016/17 stiegen die Nutzerzahlen monatlich spürbar an und haben nun mit mehr als 400.000 aktiven Schülertickets ein sehr hohes und relativ konstantes Niveau erreicht.
Zum Jahresbeginn 2018 wurde das hessenweit gültige Ticket für Landesbedienstete „LandesTicket Hessen“ eingeführt. Mittlerweile haben mehr als 156.000 Bedienstete des Landes Hessen hiermit die Möglichkeit, ihren Arbeitsweg und auch Freizeitfahrten in den Verkehrsmitteln der drei hessischen Verbünde kostenlos durchzuführen. Grundlage dieses Angebotes sind vertragliche Vereinbarungen mit dem Land Hessen sowie mit NVV und VRN, die auch die finanziellen Rahmenbedingungen und das Prozedere des Clearings regeln. Im derzeit gültigen verbundweiten Nahverkehrsplan wurde im Rahmen der Analyse ein Bedarf an schnellen Verbindungen auf bestimmten Relationen festgestellt. Wegen des im Wesentlichen radial auf das Zentrum des Ballungsraumes ausgerichteten Schienennetzes fehlen Tangentialverbindungen mit entsprechend kurzen Reisezeiten.
Die Konzeption eines tangentialen Expressbusrings (X-Bus) wurde im inneren Ballungsraum binnen weniger Jahre zum Fahrplanjahr 2018 umgesetzt. Ein Teil der Linien wurde neu konzipiert, Bestandslinien mit direkter Linienführung bzw. einem Schnellbuscharakter wurden teilweise durch entsprechende Fahrplananpassungen integriert. Neben dem Expressbusring um Frankfurt verkehren weitere X-Bus-Linien zwischen Wiesbaden und Limburg, im Bereich Darmstadt sowie zwischen Marburg und Gladenbach. An wichtigen Umsteigepunkten sind die X-Bus-Linien mit dem Schienennetz verknüpft. Der weitere Ausbau des X-Busnetzes erfolgt stufenweise ausgerichtet an den Vertrags- und Konzessionslaufzeiten auf den betreffenden Strecken und in Abstimmung mit den LNO.
Grundsätzlich verfolgt der RMV bei der Weiterentwicklung des straßengebundenen ÖVs ein duales Konzept: Während zentrale Verkehrsachsen gestärkt und tendenziell beschleunigt werden, soll bei der Flächenerschließung und Zuführung auf diese Achsen verstärkt auf alternative und flexible Bedienungs-formen zurückgegriffen werden. Die zunehmende Digitalisierung bietet dabei die Möglichkeit, beide Bedienformen optimal mit-

einander zu vernetzen. Wesentliche Aspekte in der Vertriebsentwicklung waren die Weiterentwicklung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM). Dabei lagen die Schwerpunkte auf der Angebotsausweitung beim RMV-Ticketshop und der RMV-eigene Vertrieb von Fahrkarten für Gelegenheitskunden mit der RMV-App über mobile Endgeräte. Das RMV-Handy-Ticket hat sich als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zu 2017 um TEUR 1.818 auf TEUR 55.469 gestiegen (i. Vj. TEUR 53.651). Im Wesentlichen betraf dies die erhöhte Investitionstätigkeit um TEUR 1.718 gegenüber dem Vorjahr sowie die Erhöhung des Personalaufwandes um TEUR 581 auf TEUR 13.108 (i. Vj. TEUR 12.527). Im Gegenzug sanken die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 976 gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 32.833 (i. Vj. TEUR 33.809).
Die niedrigeren Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren im Wesentlichen aus den Projekt-aufwendungen in Höhe von TEUR 32.833 und sind um TEUR 976 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies ist vor allem durch Umwidmung konsumtiver Mittel in investive Mittel begründet. Die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger betrugen TEUR 49.156 (i. Vj. TEUR 46.796). Hinzu kamen sonstige betriebliche Erträge und Erträge aus Projektzuwendungen von insgesamt TEUR 4.609 (i. Vj. TEUR 5.385). Die Erträge aus Gewinnabführungserträgen von insgesamt TEUR 2.031 (i. Vj. TEUR 1.821) betreffen die übernommenen Ergebnisse der fahma GmbH sowie der rms GmbH. Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von TEUR - 444 (i. Vj. TEUR - 447) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

Vermögenslage

Die Zugänge zum Anlagevermögen betrugen im Geschäftsjahr TEUR 5.015 (i. Vj. TEUR 3.297). Sie entfallen im Wesentlichen auf erworbene Softwareprogramme. Außerdem wurden TEUR 2.000 in die Kapitalrücklage der fahma GmbH eingezahlt.
Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag um TEUR 3.630 auf TEUR 38.402. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Erhöhung des Bestandes des Anlagevermögens und der sonstigen Forderungen und auf der Passivseite auf die Erhöhung des Sonderpostens des Anlagevermögens und der Rückstellungen für Pensionen zurückzuführen. Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 34,2 % (i. Vj. 32,2 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 65,8 % (i. Vj. 67,8 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen ist vollständig durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Ergebnisse der Beteiligungen

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Mit der rms GmbH besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaft-steuerliche Organschaft. Der rms GmbH ist es gelungen, in den letzten Jahren durch die Besetzung neuer Themen ihre Marktposition kontinuierlich auszubauen. Trotz der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Situation ihrer Kunden, konnte dadurch ein stetiges, zuletzt sogar schwungvolles Wachstum erreicht werden. Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch die Bereiche der Kundenkommunikation, Qualitätsmanagement und Mobilitätsforschung, Datenmanagement, sowie eTicket und Vertrieb generiert. Das Rohergebnis ist von TEUR 12.955 um TEUR 1.626 auf TEUR 14.581 gestiegen. Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 % gestiegen, was dem stetigen Aufbau an Personalressourcen Rechnung trägt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben um 16,6% zugenommen, was u.a. auf die gestiegenen Mietkosten der Standorte Frankfurt und Berlin sowie auf gestiegene Messekosten zurückzuführen ist. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt aus eigenen Mitteln. Das Anlagevermögen ist zu 33,8% mit Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt 9,4%. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 durchgängig gewährleistet. Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug TEUR 914. In nahezu allen Bereichen erfolgte 2018 eine zum Teil kräftige Aufstockung durch hochqualifiziertes Fachpersonal bzw. durch technische Assistenten. Darüber hinaus wurden weitere Studierende als Aushilfen in den Bereichen eingestellt.

Die Personalerweiterung wird auch 2019 fortgesetzt.

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma). Gegenstand der fahma ist die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs und die Bereitstellung dieser Fahrzeuge an Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), insbesondere im Wege der langfristigen Fahrzeugbereitstellung.

Die Gesellschaft übernimmt die Eigentümerfunktion der Fahrzeuge und stellt den Qualitäts- und Werterhalt der Fahrzeuge geeignet sicher. Alle Bestandsfahrzeuge sind langfristig der VIAS Rail GmbH und der Hessische Landesbahn GmbH zur Nutzung überlassen, die sich vertraglich verpflichtet haben, die regelmäßige Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge zu übernehmen.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates der RMV GmbH, der Gesellschafterversammlung der fahma sowie der notariellen Beurkundung und Eintragung ins Handelsregister wurde der Gegenstand der Gesellschaft im Jahr 2017 auf die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des straßengebundenen ÖPNV erweitert. Die Umsatzerlöse betreffen Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn sowie

für die 4 weiteren Fahrzeuge der Odenwaldbahn (TEUR 5.167) sowie Entgelte für die Taunusbahn (TEUR 1.695) für das Geschäftsjahr 2018. Ein Ertrag von TEUR 151,2 ergab sich aus der Leistungserbringung für die RMV GmbH gem. Kooperationsvertrag. Die Aufwendungen sind - wie im Vorjahr - geprägt durch Abschreibungen i.H.v. TEUR 3.220 (Vorjahr: TEUR 3.220) sowie die Zinsaufwendungen i.H.v. TEUR 1.467 (Vorjahr: TEUR 1.655).

Das Ergebnis vor Zinsen beträgt TEUR 3.067 (Vorjahr TEUR 3.116). Dieses wird aufgrund des planmäßig negativen Finanzergebnisses von TEUR 1.467 (Vorjahr TEUR 1.653) teilweise kompensiert. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von TEUR 1.600 (Vorjahr TEUR 1.463), das gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abzuführen ist.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 16,67 % der Anteile an der RTW. Weitere Gesellschafter sind die Stadt Frankfurt am Main, der Main-Taunus-Kreis, der Hochtaunuskreis, der Kreis Offenbach, die Stadt Bad Homburg vor der Höhe, das Land Hessen, die Städte Eschborn, Schwalbach und Neu-Isenburg. Als neue Gesellschafter sollen im Jahr 2019 die Stadt Bad Soden und die Gemeinde Sulzbach hinzukommen. Die Zustimmung der bisherigen Gesellschafter und die Änderung des Gesellschaftervertrages erfolgten zunächst unter Gremienvorbehalt, ist mittlerweile aber rechtswirksam erfolgt.

Gegenstand der Gesellschaft ab dem 12.11.2015 (Anpassung des Gesellschaftsvertrags) ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen. Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main. Das Gesamtbudget der RTW GmbH hat sich seit Gründung auf 32,72 Mio. EUR erhöht. Das Budget setzt sich bislang aus 6,14 Mio. EUR EU-Fördermitteln sowie 26,58 Mio. EUR Gesellschaftermitteln zusammen. In 2018 wurden durch die Gesellschafter weitere Mittel in Höhe von 30,0 Mio. EUR bewilligt, sodass sich das Gesamtbudget der RTW GmbH auf 62,72 Mio. EUR erhöht hat.

Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) (ivm)

Die ivm GmbH ist als regionale Gesellschaft dem öffentlichen Sektor angegliedert. Der Aufgabenschwer-punkt ist das Verkehrs- und Mobilitätsmanagement. Die konkreten Aufgaben und Tätigkeiten der ivm GmbH ergeben sich unmittelbar aus aktuellen politischen Handlungserfordernissen und sind eng mit den Strategien und Aufgaben der Gesellschafter in der Verkehrs-, Stadt- und Umweltplanung verknüpft.

Im Jahr 2018 hat die ivm GmbH verschiedene Projekte und Aufgaben bearbeitet, die der Förderung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements für die Region Frankfurt RheinMain dienen. Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR

90,5 auf TEUR 1.028 gesunken. Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen) beträgt 49 % (i. Vj.54%) der Bilanzsumme.
Langfristige Anlagen sind im Wesentlichen durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten. Die Aufwendungen der Gesellschaft werden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen sowie vom RMV und durch Kofinanzierung Dritter ausgeglichen.

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden hierfür Finanzierungsbeiträge der kommunalen Aufgabenträger von TEUR 846 und des Landes Hessen von TEUR 421 vereinnahmt. Der RMV beteiligte sich mit einer projektbezogenen Umlage in Höhe von TEUR 30. Darüber hinaus wurden Erträge aus Kofinanzierung von Dritten vereinnahmt. Hierbei handelt es sich um Mittel im Rahmen von projektbezogener Kooperation mit Dritten, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 10,13 % der Gesamtsumme der Kapitaleinlagen. Das Geschäftsjahr 2018 verlief deutlich schwächer als prognostiziert. Die relevante Ursache hierfür ist die sichtlich schlechtere Erlösentwicklung bezüglich des Absatzes der Nutzermedienzertifikate. Entgegen der Annahme aus dem Ende 2017 neu aufgesetzten Prognosemodell fielen die Absatzmengen für das Jahr 2018 deutlich geringer aus. Nach ersten Analysen wird von einem weiteren Rückgang des Nutzermedienabsatzes jedoch nicht ausgegangen, sondern spätestens ab 2020 eine deutliche Erholung erwartet. Mittelfristig wird von einer stabilen Ertragslage ausgegangen. Nach-schärfungen bzw. Neuerungen beim Prognosemodell sollen zukünftig eine höhere Genauigkeit gewährleisten. Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 756 auf TEUR 3.883 ab. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 51 aus. Gegenüber dem Vorjahr ist der Jahresüberschuss um TEUR 1.101 gegenüber dem Vorjahr vermindert.

Mobilligence GmbH

Die Mobilligence GmbH ist eine 100%ige Tochter der rms GmbH und wurde im Mai 2017 mit Sitz in Berlin gegründet. Die Mobilligence soll wie die Muttergesellschaft als Beratungs- und Serviceunternehmen am Markt auftreten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Themen Digitalisierung und Vernetzung der Mobilitätsbranche. Auch im Berichtsjahr 2018 wurde daran gearbeitet, die Wahrnehmung auf Kundenseite weiter zu verstärken. Dazu trugen mehrere erfolgreiche, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen bei. Darunter die Beteiligung an einem Gemeinschaftsstand auf den Messen InnoTrans und Hypermotion 2018 und der mit der Muttergesellschaft und dem RMV gemeinsam veranstaltete Empfang in den Büroräumen in Berlin mit anschließender, hochkarätig besetzter Podiumsdiskussion. Im Geschäftsjahr 2018 wurden Angebote mit einem Gesamtwert von ca. 1,2 Mio. EUR beauftragt. Beteiligungsbericht RMV 2018 10
Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte im Berichtsjahr aus den Anzahlungen der ersten Kundenaufträge sowie einem zweiten Gesellschafterdarlehen durch die rms GmbH i. H. v. TEUR 50. Dadurch hat die Gesellschaft langfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Muttergesellschaft von insgesamt TEUR 100. Die Vermögens-, Finanz- und Ertrags-

lage hat sich durch die Aufnahme der Geschäftstätigkeit gegenüber dem Rumpfgeschäftsjahr 2017 erheblich gebessert.

CityBahn GmbH

Im Geschäftsjahr hat die RMV GmbH einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 7.704 EUR erworben. Dies entspricht 10 % vom Stammkapital in Höhe von 77.041 EUR.
Das Projekt „CityBahn“ verbindet in der Metropolregion „Westliches Rhein-Main-Gebiet“ die Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden sowie den Rheingau-Taunus-Kreis miteinander und soll hier eine Rückgratfunktion im ÖPNV übernehmen. Damit wird eine Region mit 700.000 Einwohnern verknüpft und die kommunalen Entwicklungen hinsichtlich Wohnbebauung, Gewerbe und Umweltschutz gefördert. Das Projekt CityBahn muss ganzheitlich betrachtet werden. Zusätzlich kommt dem Projekt in Wiesbaden durch den Green City-Masterplan “WI-Connect“ eine besondere Bedeutung zu: Mit dem Green City Plan - Masterplan „WI-Connect“ der Landeshauptstadt Wiesbaden werden Beiträge zur Entwicklung einer nachhaltigen urbanen Mobilität in Wiesbaden geleistet, um die Belastungen in der Innenstadt mit NO2, aber auch anderen Luftschadstoffen und Lärm zu reduzieren. Eine Säule des Masterplans „WI-Connect“ ist die Entwicklung und Umsetzung einer CityBahn. Mithilfe der CityBahn sollen zwei Kernprobleme des regionalen Verkehrsgeschehens gelöst werden: die stetig wachsende Fahrgastnachfrage im öffentlichen Nahverkehr sowie die von Dieselmotoren verursachte Luft- und Lärmbelastung.
Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft entspricht den Verhältnissen einer neugegründeten Gesellschaft, die ihre operative Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat.

Sonstige Angaben

Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2018:

- Herr Professor Knut Ringat, Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung der RMV GmbH, zuständig für die Geschäftsbereiche Verkehrs- und Mobilitätsplanung, Verkehrs- und Finanzwirtschaft sowie Marketing und Innovation, und Geschäftsführer der fahma
- Herr Dr. André Kavai, Geschäftsführer der RMV GmbH, zuständig für Bestellung und Infrastrukturmanagement, Koordination, Zentrale Aufgaben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von EUR 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2018 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 4 an (i. Vj. TEUR 6) an.

Durchschnittliche Mitarbeiterzahl

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 143 (i. Vj. 146) Arbeitnehmer, davon 33 Teilzeitkräfte (i. Vj. 28) und stichtagsbezogen 12 Aushilfen (i. Vj. 12).

4.5 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG

Adresse: Baumeisterweg 17, 35576 Wetzlar

Homepage:

Geschäftsanteil: 5.500 Euro 0,293 %

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 220 Euro ausgezahlt.

4.6 Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG

Adresse: Werner-Senger-Straße 8, 65549 Limburg

Homepage: www.vvblm.de

Geschäftsanteil: 50 Euro (Mitgliedsnummer 800273765)

Für diesen Geschäftsanteil wurde eine Dividende in Höhe von 2,53 Euro ausgezahlt.

Geschäftsanteile: 200 Euro (4 Anteile; Mitgliedsnummer 800072085)

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 10,11 Euro ausgezahlt.

4.7 Frankfurter Volksbank eG

Adresse: Börsenstraße 1, 60313 Frankfurt

Homepage: www.frankfurter-volksbank.de

Geschäftsanteil: 100 Euro

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 5,06 Euro ausgezahlt.

Landrat Manfred Michel als Mitglied in Vertreterversammlung

4.8 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 20,65549 Limburg

Homepage: www.wfg-limburg-weilburg-diez.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:		
Landkreis Limburg-Weilburg	**15.450 €**	**15,00 %**
die Städte Bad Camberg, Hadamar, Runkel, Limburg, Weilburg, Diez und Verbandsgemeinde Diez	je 1.800 €	1,75%
Gemeinde Beselich, Dornburg, Hünfelden, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Selters, Villmar, Waldbrunn, Elz, Brechen, Weilmünster, Weinbach		
Kreissparkasse Limburg	5.150 €	5,00%
Kreissparkasse Weilburg	5.150 €	5,00%
Nassauische Sparkasse	5.150 €	5,00%
Volksbank Rhein Lahn Limburg e.G.	3.550 €	3,40%
Volksbank Mittelhessen e.G.	2.600 €	2,50%
Frankfurter Volksbank (vorm. Weilmünster)	1.450 €	1,35%
Volksbank Schupbach	450 €	0,40%
Volksbank Langendernbach	400 €	0,35%
Volksbank Rhein-Lahn Limburg e.G.	2050 €	2,00%
Förderverein RegionAktiv e.V. (7 VR 828)	1.800 €	1,75%
Industrie und Handelskammer Limburg	12.800 €	12,50%
Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg	12.800 €	12,50%

Stammkapital: 103.000 Euro

Gründungsjahr: 12. April 1994

Gesell.-vertrag: 12. April 1994, letzte Fassung vom 7. April 2009

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist es, von öffentlicher Seite beste Bedingungen zu schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, zum Wohl des jeweiligen Gebietes zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Im Vordergrund steht dabei die Bestandssicherung und -erweiterung der ansässigen Firmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Über diese klassische Aufgabe hinaus, ist die Wirtschaftsförderung mehr und mehr mit Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet betraut. Beispielhaft seien hier die Schlagwör-

ter Demographie und Fachkräftebedarf, die erneuerbaren Energien, die Tourismusförderung und der Ausbau der Breitbandversorgung genannt. Die Wirtschaftsförderung ist dabei ständig neu vor die Aufgabe gestellt, in Anbetracht vergleichsweise geringer personeller und finanzieller Ressourcen ein stetig wachsendes Spektrum von Verantwortlichkeiten zu vereinen.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der Region Limburg-Weilburg und Diez. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Gesellschaft in der Initiierung, Gestaltung, Koordination und Durchführung von Maßnahmen zur indirekten Wirtschaftsförderung in der Region tätig.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr. Dipl.-Geogr. Walter Gerharz

Gesellschafterversammlung: Mitglieder des Kreisausschusses:
Peter Trottmann
Silvia Scheu-Menzer
Christian Radkovsky

Aufsichtsrat:
Herr Landrat Manfred Michel Vorsitzender
Herr Erster Kreisbeigeordneter Helmut Jung stellv. Vorsitzender
Herr Bürgermeister Peter Blum, Gemeinde Waldbrunn
Herr Bürgermeister Michael Franz, Gemeinde Beselich
Herr Bürgermeister Jörg Lösing, Gemeinde Weinbach
Herr Bürgermeister Dr. Marius Hahn, Stadt Limburg a. d. Lahn
Herr Stefan Laßmann, Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg
Herr Stadtbürgermeister Frank Dobra, Stadt und Verbandsgemeinde Diez
Herr Alfred Ullner, Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG
Herr Dipl.Päd. Norbert Oestreicher, Hauptgeschäftsführer IHK Limburg (bis 25.10.2018)
Frau Dipl.Rpfl. Monika Sommer, Hauptgeschäftsführerin IHK Limburg (ab 25.10.2018)
Herr Patrick Ehlen, Vorstand KSK Limburg
Frau Marlene Schmitz, Vorsitzende Region Aktiv e.V. Limburg (bis 25.10.2018)
Herr Gerd Ohl, Vorsitzender Region Aktiv e. V. Limburg (ab 25.10.2018)

Bezüge
Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Berichtsjahr seitens der Gesellschaft keine Aufwandsentschädigungen geleistet.
Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	2,00	2,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,00	12,00
Beteiligungen	2.500,00	0,00
Umlaufvermögen	206.478,61	198.455,62
Kassenbestand, Guthaben bei KI	576.146,12	562.284,79
Rechnungsabgrenzungsposten	1.065,11	2.134,33
SUMME AKTIVA	**786.203,84**	**762.888,74**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gezeichnetes Kapital	103.000,00	103.000,00
Gewinnvortrag	297.309,23	273.354,03
Jahresüberschuss	32.883,30	35.654,21
Eigenkapital	**400.309,23**	**376.354,03**
Rückstellungen	28.450,00	23.955,20
Verbindlichkeiten		
- aus Lieferungen und Leistungen	2.516,18	6.749,73
Sonstige Verbindlichkeiten	322.045,13	330.429,78
SUMME PASSIVA	**786.203,84**	**762.888,74**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	421.478,64	384.550,18
+ sonstige betriebliche Erträge	2.260,77	2.706,71
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.180,66	10.225,82
- Personalaufwand	256,629,94	229.433,77
- sonstige betriebliche Aufwendungen	146.054,60	112.679,33
+ Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	499,44	1,21
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	**13.018,20**	**34.919,18**
- sonstige Steuern	19.865,10	10.963,98
Jahresüberschuss	**32.883,30**	**23.955,20**

Geschäftsverlauf

Wirtschaftsbericht

Im Geschäftsjahr 2018 fanden 2 Aufsichtsratssitzungen und 1 Gesellschafterversammlung statt.

In der 57. Aufsichtsratssitzung vom 16.04.2018, die im Sitzungssaal Westerwald im Kreishaus in Limburg stattfand, standen der Jahresabschluss 2017, die Entlastung der Geschäftsführung und ein ausführlicher Tätigkeitsbericht auf der Tagesordnung. Weiterhin wurde über den Sachstand Regionalmanagement berichtet.

Die 58. Aufsichtsratssitzung fand am 25.09.2018 im Konferenzraum der WFG, Schiede 20, in Limburg statt. Themen waren der Bericht der Geschäftsführung über laufende Projekte und der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019. Weiterhin standen Veränderungen im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung auf der Tagesordnung.

Am 25.10.2018 fand in den Räumen der „Lunch Location“, Industriestrasse 11-13, in Limburg die 32. Gesellschafterversammlung der WFG statt. Themen der Versammlung waren der Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung, die Feststellung des Jahresabschlusses 2017, der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 und die Wahl des Prüfers für das Geschäftsjahr 2018. Weiterhin erfolgte die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017.

Von den Gesellschaftern als neue Mitglieder im Aufsichtsrat bestätigt wurden weiterhin Frau Monika Sommer, IHK-Limburg, und Herr Gerd Ohl, Förderverein Region Aktiv e.V.
Wie in den Jahren zuvor bestand 2018 das Aufgabengebiet der WFG im Wesentlichen im Angebot und der Erbringung von Dienstleistungen in Form von Beratung. Mittelpunkt bildeten hierbei betriebswirtschaftliche Fragestellungen, Standortthemen, Informationen über Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft sowie Fragen zur Infrastrukturplanung.

Ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr war erneut die Betreuung und Beratung von Unternehmen und Existenzgründern. Neben individuellen Beratungen konnte die WFG zur Unterstützung von Unternehmensgründern wieder ein umfassendes Jahresprogramm für die Region Limburg-Weilburg-Diez erstellen. Die regelmäßig monatlich durchgeführten Seminare zur Erstinformation von Gründern und Jungunternehmen aus allen Branchen und Gewerken sowie die mit Partnern durchgeführten Unternehmersprechtage waren stets gut besucht.

Die erfolgreiche Beratungsleistung der WFG zeigt sich darin, dass die Region in aktuellen Berichten der KFW, der Kammern und des namhaften „Instituts für Mittelstandsforschung“ (IfM) in Bonn erneut zu den gründungsstarken Regionen außerhalb der Ballungsräume gezählt werden kann.

Im Aufgabenbereich des Standortmarketings ist in 2018 vor allem der gemeinsame Auftritt der Landkreise, Oberzentren und namhafter Firmen aus Mittelhessen auf der Exporeal in München hervorzuheben.
Im Bereich der Ansiedlung und Bestandsentwicklung konnte die WFG im Geschäftsjahr erfolgreich Vorhaben in der Region initiieren und begleiten.

Zusammen mit der IHK-Limburg, der Arbeitsagentur Limburg-Wetzlar, dem Jobcenter und der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg organisierte die WFG im Juni auch wieder ihren Gründertag. Es gelang den Veranstaltern, alle relevanten Institutionen und Ansprechpartner für Existenzgründer und Jungunternehmer für die Teilnahme zu gewinnen.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld war im Geschäftsjahr der weitere Ausbau der Breitbandinfrastruktur in der Region. Die WFG konnte hier fundierte Beratungsleistungen erbringen und in Kooperation mit dem Landkreis und den Kommunen kostengünstige Projekte auf den Weg bringen.

Auf Grund des von der WFG in 2014 erstellten Entwicklungskonzeptes für die Regionen wurde der Landkreis im Frühjahr 2015 vom Land Hessen offiziell als LEADER-Region anerkannt. Mit dieser Anerkennung stehen dem Landkreis bis zum Ende der EU-Förderperiode im Jahre 2020 ca. 2.100.000,00 € als anteiliger Zuschuss für Projekte zur Verfügung.

Der Trägerverein des LEADER-Prozess, Regionalentwicklung Limburg-Weilburg e.V., beauftragte die WFG für den Zeitraum 01.08.2015 – 31.12.2020 mit dem erforderlichen Regionalmanagement. Im Rahmen des Regionalmanagements der WFG konnten in 2018 mehrere Projekte erfolgreich aus dem LEADER-Budget gefördert werden. Insgesamt konnten bislang gut 800.000 € an Zuschüssen in die Region gelenkt werden.

Im Bereich der Tourismusförderung, die seit 2011 ebenfalls bei der WFG angesiedelt ist, ergab sich erneut ein breites Aufgabenfeld in den Bereichen der Beratung, der Gästebetreuung und der Erstellung von aktuellen Informationsmaterialien.

Bereits seit 1998 ist die WFG Träger eines Förderprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze innerhalb des Landkreises. Auch in 2018 konnte die WFG Zuschüsse für überwiegend erstmals geschaffene Ausbildungsplätze durch junge Unternehmen im Landkreis Limburg-Weilburg vergeben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die WFG im Geschäftsjahr 2018 in allen Aufgabengebieten ihre Beratungsleistungen erneut sehr erfolgreich anbieten konnte.
Die Veränderungen der Vermögens- und Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr zeigt die folgende Übersicht:

	31.12.2017			**31.12.2018**	
	T€	%		T€	%
Finanzanlagen	**0**	**0**		**3**	**0,4**
Umlaufvermögen/RAP	**763**	**100,0**		**783**	**99,6**
	763	100,0		786	100,0
Eigenkapital	400	52,4		433	55,1
Langfristige Verbindlich-keiten	314	41,1		314	40,0
Kurzfristige Verbindlich-keiten	49	6,5		39	4,9
	763	**100,0**		**786**	**100,0**

Ertragslage
Die folgende Aufstellung zeigt die Ertragslage im Vorjahresvergleich:

	2017	2018	Ergebnisveränderungen	
	T€	T€	T€	%
Erträge aus Zu-schüssen	385	421	36	9,4
Aufwendung	-350	-408	-58	16,6
Sonstige Steuern	-11	+20	+31	
Jahresüberschuss	24	33	9	37,5

Der Jahresüberschuss ist um T€ 9 gegenüber dem Vorjahr gestiegen.
Das positive Ergebnis für das Geschäftsjahr 2018 konnte im Wirtschaftsplan vorab nicht berücksichtigt werden. Zum einen basiert der Überschuss auf einer neuen Festlegung der steuerbaren und nicht steuerbaren Umsätze der WFG, die zu einer Erstattung führten. Zum anderen konnten zwei Rechnungen für über die „normale“ Beratungsleistung der WFG hinausgehende Leistungen an die Gemeinde Brechen und an die Ekom gestellt werden.

Prognosebericht

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1994 als zuverlässige und qualitativ anspruchsvolle Beratungseinrichtungen in der Region etabliert. Die aktive Kontaktpflege zu den ansässigen Unternehmen, die Unternehmensnähe und die große Resonanz auf das Beratungs- und Dienstleistungsangebot sprechen für dieses Konzept.
Ab der Änderung der Vermögenseinlagen (Überragung der stillen Beteiligung an der Naspa an die Zweckgesellschaft ZVN und Tilgung des Kredits bei der HSH Nordbank) erhält der Landkreis Limburg-Weilburg über diese jährliche eine Aval-Provision aus seiner Beteiligung. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg hat am 11.12.2015 beschlossen, dass die Aval-Provision aus dieser Beteiligung weiterhin als Zuweisung an die WFG fließen wird.
Für das Geschäftsjahr 2019 rechnet die Gesellschaft mit einem leicht negativen Ergebnis. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass dies auch in 2020 der Fall sein wird.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag sind nicht vorhanden.

Chancen- und Risikobericht

Freiwillige Leistungen insbesondere der öffentlichen Haushalte unterliegen immer den Risiken konjunktureller Schwankungen bzw. deren Auswirkungen auf die Einnahme- und Ausgabenseiten der jeweiligen Einrichtungen. In Relation zum Kapitalvolumen der Gesellschafter ist das finanzielle Risiko für diese bzw. für die Gesellschaft aber als sehr gering einzustufen.
Chancen ergeben sich durch erhöhte Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zuge einer positiven Konjunkturentwicklung.

Forschungs- und Entwicklungsbericht

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH betreibt keine Forschung und keine Entwicklung und hat somit auch keine Aufwendung in diesem Bereich vorzuweisen.

Zweigniederlassungsbericht

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH verfügt über keine Zweigniederlassungen.

4.9 ZVN Finanz GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Carl-Bosch-Straße 10, 65203 Wiesbaden

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:			
	Landkreis Limburg-Weilburg	2.850 Euro	11,4 %
	Westerwaldkreis	5.350 Euro	21,4 %
	Rheingau-Taunus-Kreis	5.000 Euro	20,0 %
	Rhein-Lahn-Kreis	4.100 Euro	16,4 %
	Main-Taunus-Kreis	3.700 Euro	14,8 %
	Hochtaunuskreis	2.850 Euro	11,4 %
	Landeshauptstadt Wiesbaden	1.150 Euro	4,6 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 2006

Gesell.-vertrag: 29. September 2006; letzte Änderung im Mai 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Durch die Bereitstellung von haftendem Eigenkapital für die Nassauische Sparkasse trägt die ZVN mit dazu bei, ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere in wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereichen zu fördern.

Gegenstand des Unternehmens:
Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse (Naspa), welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Andreas Diehl

Gesellschafterversammlung

Der Geschäftsführer erhielt im Jahr 2018 eine Vergütung in Höhe von 1.000 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in €	2017 in €
Anlageverm., Bet. als stiller Gesellschafter	62.000.000,00	62.000.000,00
Umlaufverm. / Forderungen und sonst Verm	2.215.366,78	1.773.166,83
Guthaben bei Kreditinstituten	73.416,29	463.104,45
Summe	**64.288.783,07**	**64.236.271,28**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Einlagen	12.500,00	12.500,00
Einlage des stillen Gesellschafters	-	-
Gewinnrücklagen	777.096,78	703.882,47
Jahresüberschuss	53.435,48	73.214,31
Eigenkapital	**843.032,26**	**789.596,78**
Genussscheinkapital	-	-
Rückstellungen	16.813,31	17.737,00
Verbindlichkeiten	63.428.937,50	63.428.937,50
Summe	**64.288.783,07**	**64.236.271,28**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
Sonstige betriebliche Erträge	2.132,73	325,75
Personalaufwand, Löhne und Gehälter	1.000,00	1.000,00
Sonst. betriebliche Aufwendungen	6.397,37	8.953,50
Erträge aus d. Bet. als stiller Gesellschafter	1.682.680,00	1.747.780,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.596.286,91	1.661.132,04
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	81.128,45	77.020,21
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27.692,97	3.805,90
Jahresüberschuss	**53.435,48**	**73.214,31**

Geschäftsverlauf

Die Naspa und die ZVN haben am 7. November 2006 einen Vertrag über eine stille Gesellschaft geschlossen. Danach hat die ZVN am 1. Dezember 2006 eine stille Einlage von nom. 39,0 Mio EUR an die Naspa geleistet. Die stille Gesellschaft war ursprünglich bis zum 31. Dezember 2015 befristet; sie wurde mit Vertrag vom 7./20. Dezember 2010 bis zum 31. Dezember 2032 prolongiert. Mit Wirkung zum 29. April 2016 wurden die vom Rheingau-Taunus-Kreis und vom Landkreis Limburg-Weilburg bisher mittelbar über eigene Kapitalgesellschaften an die Naspa geleisteten stillen Einlagen von 16,0 Mio. EUR bzw. 7,0 Mio. EUR jeweils zum Nennwert auf die ZVN übertragen. Hierdurch haben sich die stillen Einlagen der ZVN an die Naspa ab 29. April 2016 um 23,0 Mio. EUR auf insgesamt 62,0 Mio. EUR erhöht.

Zur Refinanzierung der an die Naspa geleisteten stillen Einlagen von insgesamt 62,0 Mio. EUR hat die ZVN bei der Helaba ein Schuldscheindarlehen von 62,0 Mio. EUR mit einer festen Laufzeit vom 29. April 2016 bis zum 30. Dezember 2025 und einem festen Zinssatz von 1,125 % p. a. aufgenommen. Zur Sicherstellung des Schuldscheindarlehens haben sechs Landkreise ab 29. April 2016 jeweils gegenüber und zugunsten der Helaba Garantien von insgesamt 62,0 Mio. EUR übernommen.

Mit der Naspa besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Die Aufbau- und die Ablauforganisation sind - Art und Umfang der Geschäfte der ZVN entsprechend - im Gesellschaftsvertrag und im Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Naspa ausreichend geregelt. Aufgrund von Art und Umfang der Geschäfte hat die ZVN keine eigene Interne Revision. Umfang und Organisation des Rechnungswesens erfüllen unter Berücksichtigung des Geschäftsumfangs der ZVN die an sie zu stellenden Anforderungen. Die ZVN ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. v. § 267 Abs. 1 und § 267a Abs. 1 Satz 1 HGB.

Die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVN. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde unter Anwendung des „Going-Concern-Grundsatzes“ (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) aufgestellt.
Die Bewertung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Rückstellungen sind richtig ermittelt und ausreichend dotiert. Der Anhang enthält die erforderlichen Angaben vollständig und richtig. Die ZVN hat von den in § 266 Abs. 1 Satz 3 und § 288 Abs. 1 HGB für kleine Kapitalgesellschaften vorgesehenen Erleichterungen Gebrauch gemacht.
Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 entspricht den gesetzlichen Vorschriften.
Die Vermögenslage der ZVN ist geordnet und die Zahlungsfähigkeit gewährleistet.

Die Ertragslage der ZVN war im Jahr 2018 einerseits durch die Zinserträge für die an die Naspa geleisteten stillen Einlagen sowie andererseits durch die Avalprovisionen für die gegenüber der Helaba übernommenen Garantien und die Zinsaufwendungen für das bei der Helaba aufgenommene Schuldscheindarlehen geprägt; die aus dem Zinsswap mit der Naspa erzielten Erträge wurden aufgrund der gebildeten Bewertungseinheit mit den Zinsaufwendungen für das Schuldscheindarlehen verrechnet.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 am 22. Januar 2019 den am Ende dieses Berichts wiedergegebenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Ausblick

Die Verzinsung der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlagen und des aufgenommenen Darlehens ist bis 30. Dezember 2025 fest vereinbart und der als Sicherungsinstrument für das Darlehen abgeschlossene Zinsswap hat eine Laufzeit bis 30. Dezember 2025. Daher bestehen für die ZVN Finanz GmbH bis zum 30. Dezember 2025 keine Zinsänderungsrisiken, sodass das Geschäftsmodell weiterhin tragfähig ist.

Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtungen für die bei ihr platzierten stillen Einlagen aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung sowie ein Anspruch auf Ersatz der für eine Zwischenfinanzierung erforderlichen Aufwendungen.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen.

4.10 ekom21

Unternehmensportrait

Adresse: Carlo-Mierendorff-Straße 11, 35398 Gießen

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: 380 Städte und Gemeinden, 19 Landkreise, das Land Hessen und 94 sonstige Mitglieder

Stammkapital: 500.000,00 Euro

Gründungsjahr: 01.01.2008

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Verbandszweck. Durch den ganzheitlichen Einsatz von Informationstechnologien für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandter Einrichtungen erfüllt die ekom21 einen öffentlichen Zweck. Die ekom21 versteht sich als Full-Service-Anbieter, deren Ziel es ist, die gesamte Palette der kommunalen Aufgaben mit entsprechender Software zu unterstützen.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Körperschaft ekom21 – KGRZ Hessen hat die Aufgabe Datenverarbeitungsverfahren, Datenverarbeitungsleistungen und Datenübertragungsnetze sowie IT-Dienstleistungen aller Art zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten, insbesondere entsprechend dem Bedarf der Mitglieder, die betriebliche Abwicklung der landeseinheitlichen und rechenzentrumsspezifischen Verfahren sicherzustellen, bei der Inbetriebnahme und der laufenden Anwendung von Verfahren und Programmen zu beraten und zu unterstützen, Programme und Verfahren zu entwickeln und zu pflegen, speziell landeseinheitliche und rechenzentrumsspezifische, soweit sie nicht von Dritten übernommen werden. Ferner gilt es, die Mitglieder bei Bedarf auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik zu beraten und zu unterstützen sowie Schulungsmaßnahmen durchzuführen.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Oswin Veith (Vorsitzender)
Horst Burghardt
Matthias Drexelius
Christian Geselle (bis 31.08.2017)
Stephan Gieseler
Manfred Görig
Ulrich Künz
Hartmut Linnekugel (stv. Vorsitzender)
Karl-Christian Schelzke
Gerhard Schultheiß
Andreas Siebert
Gertrud Gerlach
Jens Kiefer

Gesellschafterversammlung:

Gerhard Schultheiß, als Vorstandsvorsitzender der ekom21 – KGRZ Hessen

Geschäftsführer:

Direktor Bertram Huke
Direktor Ulrich Künkel

Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.
Die Aufwandsentschädigungen der Mitglieder des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2018 7.590,26 Euro

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in €	2017 in €
Anlagevermögen	2.336.227,00	2.338.916,00
Umlaufvermögen	2.141.402,00	2.029.597,00
Rechnungsabgrenzungsposten	150,00	145,00
Summe	**4.477.779,00**	**4.368.658,00**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gez. Kapital	500.000,00	500.000,00
Kapitalrücklage	2.400.000,00	2.400.000,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	479.629,00	370.643,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	102.510,00	108.986,00
Eigenkapital	**3.482.139,00**	**3.379.629,00**
Rückstellungen	707.428,00	702.565,00
Verbindlichkeiten	288.212,00	286.464,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe	**4.477.779,00**	**4.368.658,00**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
Umsatzerlöse	1.785.952,00	1.768.833,00
Sonstige betriebliche Erträge	72.235,00	75.512,00
Materialaufwand	9.363,00	7.585,00
Personalaufwand	1.324.880,00	1.330.442,00
Abschreibungen	9.515,00	4.364,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	463.912,00	457.367,00
Erträge aus Beteiligungen	74.000,00	74.000,00
Erträge aus Wertpapieren	9.444,00	9000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	144,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.307,00	17.760,00
Ergebnis Geschäftstätigkeit	116.654,00	109.971,00
Steuern vom Einkommen	14.144,00	985,00
Sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresergebnis	**102.510,00**	**108.986,00**

4.11 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Karl-Kellner-Ring 49, 35576 Wetzlar

Homepage: www.vldw.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	**Landkreis Limburg-Weilburg**	**12.500 Euro**	**9,6153 %**
	Lahn-Dill-Kreis	12.500 Euro	9,6153 %
	42 Städte und Gemeinden	mit je 2.500 Euro	je 1,92 %

Stammkapital: 130.000 Euro

Gründungsjahr: 22. Dezember 2000

Gesell.-vertrag: Letzte Fassung vom 1. Juni 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft hat die Aufgabe, den ÖPNV flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Über die Schnittstelle im Verbund mit dem RMV und anderen Nahverkehrsunternehmen wird Mobilität auch über die Kreisgrenzen hinaus geboten und verbessert.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung und Durchführung von Verkehren des öffentlichen Personennahverkehrs zur bedarfs- und standortgerechten Bedienung unter Berücksichtigung der zwischen den Gesellschaftern vorhandenen engen wirtschaftlichen Verflechtungen und kreisübergreifenden Verkehren

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Kira Lampe, Wetzlar
Dirk Plate, Weilmünster

Aufsichtsrat:

Manfred Michel, Landrat, Limburg	Vorsitzender
Heinz Schreiber, Erster KB	stellv. Vorsitzender
Michael Lotz, Bürgermeister, Dillenburg	
Armin Frink, Bürgermeister, Hohenahr	
Bernd Heine, Bürgermeister, Waldsolms	
Michael Ruoff, Bürgermeister, Hadamar	
Jens-Peter Vogel, Bürgermeister, Bad Camberg	
Michael Stanke, Erster Stadtrat, Limburg	

Wolfgang Schuster, Landrat, Lahn-Dill-Kreis
Peter Trottmann, Schornsteinfegermeister, Dornburg
Hans Benner, Bürgermeister, Herborn
Johannes Hanisch, Bürgermeister, Weilburg (ab 01.07.2017)

Gesellschafter-versammlung: gesamt 52 Stimmanteile
u.a. Christian Radkovsky, Elke-Lore Fehr, Thomas Werner, Karl-Heinz Stoll

Bezüge
Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2018 in €**	**20176 in €**
Immaterielle Vermögengegenstände	6.673,00	11.673,00
Grundstücke, Bauten	0,00	0,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	158.369,00	187.479,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:		
- aus Lieferungen und Leistungen	345.569,90	469.090,62
- gegen Gesellschafter	614.989,06	10.686.106,88
sonstige Vermögensgegenstände	554.851,32	488.102,63
Kassenbestand	16.654.880,39	9.617.462,01
Rechnungsabgrenzungsposten	411.361,64	2.043,14
SUMME AKTIVA	**18.746.694,31**	**21.461.957,28**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
gez. Kapital	130.000,00	130.000,00
Kapitalrücklage	7.493.122,15	7.493.122,15
Gewinnvortrag	4.463.620,02	4.463.620,02
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	0,00	0,00
Sonderposten für Investitionszuschüsse	13.799,00	19.092,00
Sonstige Rückstellungen	1.482.803,00	1.790.710,00
Verbindlichkeiten	146.723,13	2.521.996,62
Rechnungsabgrenzungsposten	5.016.627,01	5.043.416,49
SUMME PASSIVA	**18.746.694,31**	**21.461.957,28**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
Umsatzerlöse	16.900.917,37	15.858.073,17
+ sonstige betriebliche Erträge	5.164.823,46	5.138.249,54
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.102.352,46	19.143.016,62
Rohergebnis	**1.963.388,37**	**1.853.306,09**
- Personalaufwand Löhne und Gehälter	1.107.832,14	1.035.002,99
- Soziale Abgaben u. Aufw., Altersvorsorge	302.642,24	291.752,41
Abschreibungen auf Sachanlagen	48.610,96	39.967,60
- sonstige betriebliche Aufwendungen	503.329,03	485.844,09
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	38,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**974,00**	**777,00**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
Sonstige Steuern	974,00	777,00
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**0,00**	**0,00**

Situationsbericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Der seit 2017 laufende Pilotversuch „Schülerticket Hessen“ für Schüler und Schülerinnen sowie Auszubildende, befindet sich im 2.Jahr. Das hessenweite Schülerticket ist ein besonderes attraktives Angebot für Schüler und Auszubildende (bei Projektstart für das Schuljahr EUR 365,00/Ticket) und soll eine längerfristige Bindung junger Menschen an den ÖPNV schaffen.
Das Land Hessen stellt hierfür Mio. EUR 20 zur Verfügung, um etwaige Defizite auszugleichen.

Die europaweite Ausschreibung der Linienbündel LDK-Herborn – Süd und LDK Herborn – Nord (jeweils VLDW LDK) erfolgte 2017, der Betrieb wurde wie geplant zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 aufgenommen.
Hierbei erfolgte die Lokalisierung des letzten regionalen Busverkehres im Lahn-Dill-Kreis. Ab dem Fahrplanjahr 2018 liegen alle ÖPNV Busverkehres im Lahn-Dill-Kreis im Verantwortungsbereich der VLDW mbH.

Beauftragt wurde für beide Linienbündel das mittelständische Verkehrsunternehmen B.u.S: Linienverkehr, mit Sitz in Ehringshausen. Dieses ist ein Zusammenschluss von zwei heimischen Verkehrsunternehmen: Bender Reisen GmbH & Co. KG, Ehringshausen und Gebrüder Schermuly Busunternehmen GmbH & Co. KG, Mengerskirchen. Im November 2018 meldete das Partnerunternehmen Gebrüder Schermuly Busunternehmen GmbH & Co. KG Insolvenz an. Das Partnerunternehmen Bender Reisen GmbH & Co.KG erbringt jetzt die Leistung zu 100%.

Weitere Auswirkungen der Insolvenz betreffen den Stadtlinienverkehr Limburg und das Linienbündel LLW-B49 im Bereich des Gesellschafters Landkreis Limburg-Weilburg.

Die von der Gesellschaft betriebene Mobilitätszentrale in Weilburg, die neben den RMV Produkten auch DB Fernverkehrsprodukte vertreibt, beschäftigt im Geschäftsjahr drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Mobilitätszentrale in Wetzlar beschäftigt ebenfalls drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Durch die Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen für die Jahre 2017 – 2021wurde auch auf Verbundebene weitere Klarheit in der ÖPNV Finanzierung geschaffen. Hessen erhält dabei vom Bund zwar zunächst ca. 50 Mio. EUR jährlich mehr aus der Verteilung der Regionalisierungsmittel, es besteht aber weiterhin eine Deckungslücke von ca. 66 Mio. EUR jährlich zwischen dem Mittelbedarf der Verbünde und den zur Verfügung stehenden Regionalisierungs- und KFA-Mitteln.
Diese Finanzierungslücke soll zu jeweils einen Drittel vom Land, den Verbünden und der kommunalen Ebene getragen werden. Daraus ergibt sich, dass die Verbünde ca. 22,9 Mio. EUR jährlich selbst tragen müssen, welche Auswirkungen dies auf die lokale Ebene haben wird, bleibt abzuwarten. Positiv zu bewerten ist, dass die regionale Leistungsbestellung im RMV bis 2021 gesichert sind.

Die Umsetzung des LHO Tarifs mit dem Tarifabschluss mit Gültigkeit ab Februar 2017 bis April 2019, führt zu hohen Auswirkungen in der Preisentwicklung der Verkehrs-Service Verträge.
Die vom „runden Tisch“ erarbeitete Lösung aus den Lageberichten 2016 und 2017, der sogen. „Hessen Index“, wurde inzwischen in die Verkehrs-Service-Verträge der VLDW mbH übernommen.
Ebenfalls nicht zu vernachlässigen ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Kraftstoffpreise, die 2018 bei einer Steigerung von über 8% lagen.
Weiterhin muss klar angemerkt werden, dass im Personalbereich sehr große Probleme und Risiken in der Entwicklung des ÖPNV für die nächsten Jahre liegen. Insbesondere die zukünftige Aus- bzw. Weiterbildung von Busfahrpersonal, vor dem Hintergrund einer leistungsgerechten Bezahlung, kann hier zu existenziellen Schwierigkeiten bei Verkehrsunternehmen führen

Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

Allgemeines

Die Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg sichern als Aufgabenträger entsprechend § 5 Absatz 1 und 2 und § 11 des Hessischen ÖPNV Gesetzes (HÖPNVG), die finanzielle Grundlage des öffentlichen Personennahverkehrs jeweils für ihren Verkehrsbereich.

Erneut wird der jeweilige Finanzierungsbedarf des Jahres ausgewiesen und abgefordert. Das Jahresergebnis weist dadurch EUR Null aus: Der Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis hat für das Jahr 2018 TEUR 1.223, der Gesellschafter Landkreis Limburg-Weilburg TEUR 1.941 zu tragen.

Darlehen

Aufgrund der Entwicklung in der Zinspolitik, wurde von den Hausbanken der VLDW mbH (Sparkasse Wetzlar und Kreissparkasse Weilburg) Anfang 2017 kurzfristig für die liquiden Mittel der VLDW mbH Strafzinsen in Höhe von 0,4% angekündigt.

Die Lösung aus 2017, bei Bedarf eine Darlehensvereinbarung (die sogen. „Liquiditätshilfe“) mit den Gesellschaftern Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg abzuschließen, konnte in 2018 nicht mehr umgesetzt werden. Sie ruht daher zurzeit

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Darstellung der Vermögenslage
In der Übersicht auf der folgenden Seite sind die Bilanzposten zum 31.12.2018 den Werten zum 31.12.2017 gegenübergestellt. Die wesentlichen Veränderungen der einzelnen Bilanzposten sind nachfolgend erläutert:

Gegenüber den Gesellschaftern bestanden zum 31.12.2018 Forderungen i.H.v. TEUR 615, gegenüber TEUR 10.686 in 2017. Die Forderungen in 2017 betrafen hauptsächlich die unter A III.2 aufgeführte Darlehensvereinbarung mit dem Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis mit TEUR 10.500.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gehen zurück von TEUR 527 in 2017 auf TEUR 29.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sinken von TEUR 1.935 in 2017 auf TEUR 97 in 2018. Hier wurden in 2017 die ausstehenden Rückzahlungen aus den unterjährig geleisteten Abschlagzahlung auf den Finanzierungsbedarf für die beiden Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis mit TEUR 875 und für den Landkreis Limburg-Weilburg mit TEUR 1.024 abgebildet. In 2018 werden diese Beiträge im Bereich „Forderungen gegen Gesellschafter“ dargestellt.

Das Eigenkapital bleibt unverändert bei TEUR 12.087.

Die Rückstellung mit TEUR 1.483 enthalten im Wesentlichen, Zusatzleistungen im Regionalbusnahverkehr (RBNV, TEUR 44) und Verkehrs-
Service-Verträgen (VSV, TEUR 285) sowie rückständige Infrastrukturkosten-
Ausgleichleistungen (TEUR 25) und Mittel für das Einnahmeaufteilungs-
verfahren (EAV) 2018 (TEUR 975).

Der passive Abrechnungsposten (PRAP) bleibt auf hohem Niveau: 2017 wurden TEUR 5.043 ausgewiesen, in 2018 TEUR 5.017. Dargestellt wird hier hauptsächlich die Verpflichtung der Abgrenzung von Erlösen aus dem Bereich „Schülerticket Hessen“ (ehem. CleverCards).

Kapitalstruktur	**31.12.2018**		**31.12.2017**	
Langfristig verfügbares Kapital	TEUR	%	TEUR	%
Eigenkapital	12.087	64,5	12.087	56,3
Sonderposten Investitionszuschüsse	13	0,1	19	0,1
	12.100	64,5	12.106	56,4

	31.12.2018		**31.12.2017**	
Mittel-/kurzfristig verfügbares Kapital	TEUR	%	TEUR	%
Rückstellungen	1.483	7,9	1.791	8,3
Verb. aus Lieferungen und Leistungen	29	0,2	572	2,7
Verb. Gegen Gesellschafter	97	0,5	1.935	9,0
Sonstige Verbindlichkeiten	21	0,1	15	0,1
Rechnungs-abgrenzungsposten	5.017	26,8	5.043	23,5
	6.647	35,5	9.356	43,6
	18.747	**100,0**	**21.462**	**100,0**

Vermögens-struktur	**31.12.2018**		**31.12.2017**	
Langfristig gebundenes Kapital	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	165	0,9	199	0,9

	31.12.2018		**31.12.2017**	
Mittel-/kurzfristig gebundenes Kapital	TEUR	**%**	TEUR	**%**
Umlaufvermögen				
Forderungen aus den Lieferungen und den Leistungen	346	1,8	469	2,2
Forderung gegen Gesellschafter	615	3,3	10.686	49,8
Sonstige Vermögensgegenstände	555	3,0	488	2,3
Liquide Mittel	16.655	88,8	9.618	44,8
Rechnungs-abgrenzungsposten	411	2,2	2	0,0
	18.582	99,1	21.263	99,1
	18.747	**100,0**	**21.462**	**100,0**

Darstellen der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

In der folgenden Übersicht sind die Erträge und Aufwendungen des Berichtsjahres Aufbereitet und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

Ertragslage	**2018**	**Vorjahr**	**Veränderung**
	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	16.901	15.858	1.043
Sonstige betriebliche Erträge	5.164	5.138	26
Materialaufwand	20.102	19.143	959
Personalaufwand	1.410	1.327	83
Abschreibungen	49	40	9
Sonstige betriebliche Anwendungen	503	486	17
Finanzergebnis	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1**	**0**	**1**
			0
Sonstige Steuern	1	0	1
Jahresergebnis	**0**	**0**	**0**

Die Umsatzerlöse steigen um TEUR 1.043. Zur Steigerung trägt insbesondere der Bereich „sonstige Erlöse ohne USt. BilRuG“ mit TEUR 570 bei. Hier werden die Erträge aus der Lokalisierungsvereinbarung zwischen RMV und VLDW mbH für die Linienbündel LDK – Herbron/Nord und Süd mit TEUR 529 abgebildet.
Hinzu kommen TEUR 324 aus „Erlöse aus Fahrgeldeinnahmen“. Aussagen zu den Auswirkungen aus dem Bereich Schülerticket Hessen lassen sich noch nicht treffen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge steigen von TEUR 5.138 um TEUR 26 auf TEUR 5.164.
Erneut wird hier der Finanzierungsbedarf der Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg abgebildet: Die Erträge aus Verbandsumlage Verkehr steigen von TEUR 3.125 um TEUR 678 auf TEUR 3.803 in 2018. Im Gegensatz dazu sinken die Erträge aus der Auflösung und Rückstellungen um TEUR 624 auf TEUR 565.

Darüber hinaus ergeben sich noch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Ausgleichzahlung nach §§ 59 ff. SchwbG, Lokalisierungsmitteln des RMV sowie periodenfremde Erträge.

Die Aufwendungen für bezogenen Leistungen (Materialaufwand) gesamt sind im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 19.143 um TEUR 959 auf TEUR 20.102 gestiegen. Hauptsächlich sind hier die Aufwendungen für Verkehrs-Service-Verträge, wie unter A.II aufgeführt: Sie sind von TEUR 13.630 um TEUR 1.493 auf TEUR 15.123 gestiegen. Stichworte hierzu sind Steigerungsarten „Hessenindex“ und „Kraftstoff“, sowie die Aufwendungen der Lokalisierungsvereinbarung zwischen RMV und VLDW mbH zu den Linienbündel LDK- Herborn Nord und Süd.
Im Gegensatz dazu erfolgt eine Anpassung der Aufwendungen im Rahmen der Abrechnung des Einnahmeaufteilungsverfahrens (EAV) des RMV mit TEUR 318 nach unten.

Die Ergebnisse der Verbunderhebung liegen vor und stellen sich besser als befürchtet dar.

Die Personalaufwendung steigen von TEUR 1.327 um TEUR 83 auf TEUR 1.410 in 2018. Im Vergleich zum Plan 2018 ergab sich eine Differenz von TEUR 9. Neben der Tariferhöhung 2018, sind hier die zwei neuen Vollzeitstellen für den Aufgabenbereich „Einnahmesicherung“ erstmals ganzjährig besetzt und die hohen Rückstellungen für den Urlaub und Überstunden (Stichwort: Hessentag Herborn 2016) konnten noch nicht abgebaut werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um TEUR 17 von TEUR 486 in 2017 auf TEUR 503 in 2018.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklungen und Chancen

Es ist für die nächsten Jahre weiterhin damit zu rechnen, dass auf Grund knapper Finanzierungsmittel für den ÖPNV die Finanzsituation schwierig bleibt. Es gilt daher den Status Quo im ÖPNV Angebot zu sichern und damit eine Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Da die Schüler/-innen die wichtige Kundengruppe im ländlichen Raum darstellen, gilt es insbesondere den Herausforderungen einer sich wandelnden Schullandschaft sowie zurückgehender Schülerzahlen Rechnung zu tragen.
In 2018 gab es keine Ausschreibung im Bereich des Gesellschafters Lahn-Dill-Kreis., Zurzeit in Vorbereitung ist die Aktualisierung des Nahverkehrsplanes des Lahn-Dill-Kreises. Inwieweit hier Auswirkung auf die Entwicklung der VLDW mbH zum Tragen kommen, kann noch nicht abschließend beurteilt werden.
Für den Bereich des Landkreises Limburg-Weilburg wurden in 2018 Ausschreibungen im regionalen Zuständigkeitsbereich des RMV getätigt. Seit Dezember 2018 fährt das Verkehrsunternehmen Medenbach Traffic GmbH die Verkehrsleistungen der Linienbündel LLW – Westerwald 1 und LLW - Westerwald 2.

Eine Chance für die Tarifentwicklung wird in der im Jahre 2016 getätigten Einführung des Modellprojekts „der neue RMVsmart Tarif“ gesehen. Der Aufsichtsrat des RMV diskutiert zurzeit weitere Schritte zur Tarifentwicklung.

Abzuwarten bleibt darüber hinaus die Entwicklung der im März 2017 beschlossenen Einführung eines Modellprojekts „hessenweiten Schülertickets“, welches über einen Zeitraum von 3 Jahren laufen soll. Dieses Ticket hat die Produkte der „CleverCards Familie“ ab dem Schuljahr 2017/2018 abgelöst (s. auch unter A.I. dieses Lageberichtes). Das Land Hessen sieht in diesem Tarif die Möglichkeit junge Menschen verstärkt an den ÖPNV heranzuführen und erhofft sich eine Zunahme von bis zu 10% mehr Fahrgästen.

Darüber hinaus werden vermehrt sogen. „Flat-Rates“ diskutiert. Vom „Seniorenticket 65+“ bis zum „Jedermann-Ticket“. Dies kann als Chance für eine Zunahme von Fahrgästen bedeuten, birgt aber auch gewisse Risiken.

Ergebnisprognose für das folgende Geschäftsjahr

Der Wirtschaftsplan 2019 wurde mit TEUR 24.166 im Ertrag und Aufwand festgesetzt, die in voller Höhe auf den Erfolgsplan entfallen. Damit wird für das Jahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 0 gerechnet.

Hierbei ist zu beachten, dass der Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis mit TEUR 2.250 und der Gesellschafter Landkreis Limburg-Weilburg mit TEUR 2.791, bereits in den Einnahmen des Erfolgsplanes berücksichtigt wurden.

Die für das Jahr 2017 vorgenommene Änderung in Darstellung, Ausweis des Finanzierungsbedarfes, wird in 2019 fortgeführt und wird dementsprechend wieder zu einer geänderten Lage führen.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Im Lagebericht 2017 wurde ausgeführt „Die unter C.1 im Block „Chance“ genannte Einführung des hessenweiten Schülertickets und die Erwartung des Landes Hessen von einem Zuwachs von bis zu 10% an Fahrgästen, kann auch gleichzeitig als „Risiko“ gesehen werden; Bei einem Eintreffen dieser Prognose, bedeutet dies im Umkehrschluss eine Erwartungserhaltung an zur Verfügung stehenden Kapazitäten. Dies birgt ein nicht unerhebliches Risiko an zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für zusätzliche Fahrzeuge und Personale“. Hierzu kann frühestens im Frühjahr 2019 mit endgültigen Angaben für das erste Projektjahr (Schuljahr 2017/2018) gerechnet werden.

Die unter C.1 aufgeführte Entwicklung im Produktbereich „Flat-Rates“ kann, nein, muss auch als Risiko gewertet werden. Wie bei der Einführung des pauschalierten hessenweiten Schülertickets bleibt die Frage, wie ein eventuell entstehendes Defizit aufgegangen werden kann. Wenn die Nutzer-
Finanzierung nicht mehr obere Priorität hat, muss die entstehende Finanzierungslücke anderweitig werden.

Die Finanzierung und Entwicklung des ÖPNV bleibt weiterhin die spannende Frage der Zukunft.

5 Zweckverbände

5.1 Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg i. L.

Unternehmensportrait

Adresse: Am Orschbach 2, 54518 Rivenich

Homepage: www.mulewf.rlp.de

Rechtsform: Zweckverband

Mitglieder:

Landkreise Ahrweiler,	Altenkirchen (Westerwald),
Alzey-Worms,	Bad Dürkheim,
Bad Kreuznach,	Bernkastel-Wittlich,
Birkenfeld,	Bitburg-Prüm,
Cochem-Zell,	Daun,
Donnersbergkreis,	Germesheim,
Kaiserslautern,	Kusel,
Limburg-Weilburg	Ludwigshafen,
Mainz-Bingen,	Mayen-Koblenz,
Merzig-Wadern,	Neunkirchen,
Neuwied,	Pirmasens,
Rhein-Hunsrück-Kreis,	Rhein-Lahn-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis,	Saarlouis
Saarpfalzkreis,	St. Wendel,
Stadtverband Saarbrücken,	Südliche Weinstraße,
Trier-Saarburg,	Westerwaldkreis,

Stammkapital: 2.200.000 Euro

Gründungsjahr: 1981 (Hessen)

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichtigen nach dem Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen obliegen.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme.
Mitglied: Landrat Manfred Michel

Neutraler Liquidator gem. § 6 Abs. 3 AGTier NebG ist an deren Stelle getrennt.

Verbandsvorsteher, Werkausschuss, Werkleitung

Unternehmensdaten

Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Bilanz		
Aktiva	**2015 in €**	**2015 in €**
A. Anlagevermögen:	8.872.179,01	8.872.179,01
B. Umlaufvermögen:	3.002.353,06	3.002.353,06
C. Rechnungsabgrenzungsposten	25.164,93	25.164,93
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	5.659.612,95	5.659.612,95
SUMME AKTIVA	**17.559.309,95**	**17.559.309,95**
Passiva	**2015 in €**	**2015 in €**
A. Eigenkapital	0,00	0,00
B. Rückstellungen	2.340.172,68	2.340.172,68
C. Verbindlichkeiten	15.219.137,27	15.219.137,27
SUMME PASSIVA	**17.559.309,95**	**17.559.309,95**

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2015 in €
1. Umsatzerlöse	12.947.526,52	12.947.526,52
2. Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	-1.925,97	-1.925,97
3. Sonstige betriebliche Erträge	470.695,26	470.695,26
4. Materialaufwand		
a)Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.040.464,95	2.040.464,95
b)Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.381.857,97	5.381.857,97
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen-stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.534.215,55	1.534.215,55
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.431.285,51	4.431.285,51
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	471,00	471,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	660.005,14	660.005,14
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-631.062,31	-631.062,31
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	22.481,89	22.481,89
12. Sonstige Steuern	94.310,90	94.310,90
Jahresverlust	**-747.855,10**	**-747.855,10**

Der Zweckverband befindet sich aktuell in Liquidation. Die Kredite dieses Altlasten-zweckverbandes sind von den ehemaligen Mitgliedern zu tragen. Somit hat der Land-kreis Limburg-Weilburg hier eine Zahlungsverpflichtung voraussichtlich bis zum 31.12.2021. Seit dem 1. Januar 2016 gehört der Landkreis Limburg-Weilburg dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd an. Nähere Erläuterungen hierzu unter 5.3.

5.2 Zweckverband Naturpark Taunus

Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.naturpark-taunus.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:		
	Hochtaunuskreis	38,22 %
	Main-Taunus-Kreis	32,81 %
	Wetteraukreis	7,61 %
	Stadt Frankfurt am Main	7,61 %
	Landkreis Limburg-Weilburg	**6,11 %**
	Lahn-Dill-Kreis	6,11 %
	Landkreis Gießen	1,53 %

Gründungsjahr: 1962

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:
Förderung des „Naturparks Taunus“ im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes mit dem Ziel, in diesem als Erholungsgebiet geeigneten Raum die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

Verbandsumlage
20.800 Euro im Jahr 2012
21.200 Euro im Jahr 2013
21.600 Euro im Jahr 2014
22.050 Euro im Jahr 2015
23.400 Euro im Jahr 2016
24.350 Euro im Jahr 2017
25.350 Euro im Jahr 2018

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Uwe Hartmann
Hermine Link

Verbandsvorstand

Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis	Vorsitzender
Landrat Michael Cyriax	stellv. Vorsitzender
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen	
Landrat Jan Weckler, Wetteraukreis	
Peter Dommermuth, Stadt Frankfurt am Main	
Karl-Heinz Stoll, Landkreis Limburg-Weilburg	
Wolfram Dette, Lahn-Dill-Kreis	

Verbandsversammlung

davon für den Landkreis Limburg-Weilburg:
Ferdinand Muth, Selters
Reinhold Ketter, Weinbach

5.3 Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Unternehmensportrait

Adresse: Am Brunnengewännchen 5, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld

Homepage: www.kreis-bergstrasse.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:		
	Landkreis Aschaffenburg	3,37%
	Landkreis Bergstraße	5,14%
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,60%
	Landkreis Groß-Gerau	5,06%
	Hochtaunuskreis	4,50%
	Landkreis Limburg-Weilburg	**3,33%**
	Main-Kinzig-Kreis	7,94%
	Main-Taunus-Kreis	4,48%
	Odenwaldkreis	1,88%
	Landkreis Offenbach	6,65%
	Rheingau-Taunus-Kreis	3,55%
	Rhein-Neckar-Kreis	10,42%
	Wetteraukreis	5,79%
	Stadt Aschaffenburg	1,33%
	Stadt Darmstadt	2,94%
	Stadt Frankfurt	13,88%
	Stadt Mannheim	6,43%
	Stadt Offenbach	2,34%
	Stadt Wiesbaden	5,36%

Gründungsjahr: 1994

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Hilbert Bocksnick, Kreis Bergstraße	
Verbandsvorstand	Diana Stolz, Kreis Bergstraße	Vorsitzender
	Oliver Grobeis, Odenwaldkreis	stellv. Vorsitzender
	Christel Fleischmann, LK Darmstadt-Dieburg	Mitglied

Verbandsversammlung	Gerhard Weber, Wetterau-Kreis	Vorsitzender
	Frank Sürmann, Bergstraße	stellv. Vorsitzender

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2018 in €**	**2017 in €**	**2016 in €**
Flüssige Mittel	13.403,02	34.998,94	57.104,10
Summe	**13.403,02**	**34.998,94**	**57.104,10**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**	**2016 in €**
Netto-Position	191.221,59	191.221,59	191.221,59
Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-157.777,87	-134.698,18	-117.757,58
Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-19,31	-19,31	-19,31
Ordentlicher Jahresüberschuss	-20.521,29	-23.079,69	-16.940,60
Außerordentlicher Jahresabschluss			
Eigenkapital	13.403,02	34.998,94	57.104,10
Summe	**13.403,02**	**34.998,94**	**57.104,10**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2018 in €**	**2017 in €**	**2016 in €**
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche u. Außerordentliche Einz.	0,00	0,00	0,00
Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0,00	5.426,68
Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-23.550,00	-22.105,16	-21.767,28
Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-23.550,00	-22.105,16	-21.767,28
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-23.550,00	-22.105,16	-16.340,60
Finanzmittelbestand am Anfang des Hj.	34.998,94	57.104,10	73.444,70
Finanzmittelbestand am Ende des Hj.	**11.448,94**	**34.998,94**	**57.104,10**

Gesamtergebnisrechnung

In den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 20,6 T € sind Aufwendungen für bezogene Leistungen von rd. 12,9 T€ enthalten. Weiterhin enthalten sind Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergleichen in Höhe von rd. 3,7 T €. Die restlichen rd. 4,0 T € betreffen Versicherungen, Prüfungen, Bekanntmachungen und die Kosten des Geldverkehrs.

Da diesen Aufwendungen keine Erträge gegenüberstehen ergibt sich ein negatives Jahresergebnis von rd. 20,6 T €.

Gesamtfinanzrechnung

Zum Ende des Jahres 2018 ergibt sich ein Finanzmittelbestand von 13.403,02 €.

6 Jobcenter

6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse: Cahenslystraße 2, 65549 Limburg

Homepage: www.jobcenter-limburg-weilburg.de

Rechtsform: Trägerversammlung

Gründung: öffentlich-rechtlicher Vertrag vom 18.11.2004

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Seit dem 1. Januar 2005 gibt es Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Zu den wesentlichen Aufgaben gehört die Gewährung des Arbeitslosengeldes II (Alg II). In dieser Leistung sind die frühere Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt. Zuständig für die Gewährung der Leistungen war bis zum 31. Dezember 2010 der Vorgänger des Jobcenters Limburg-Weilburg, die ARGE Limburg-Weilburg.

Die Wiedereingliederung für Arbeitssuchende in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist eine wichtige Aufgabe. Hierfür steht dem Hilfesuchenden ein persönlicher Ansprechpartner an den Standorten des Jobcenters zur Seite.

Neben der Wiedereingliederung ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende – auch als Alg II oder Hartz IV bekannt – das zweite große Aufgabengebiet. Wie die Bezeichnung „Grundsicherung“ schon zeigt, ist damit eine Absicherung des Mindestbedarfs gemeint, eine Sicherung des Existenzminimums, das zum Leben notwendig ist. Diese Absicherung ist für alle gedacht, die dafür zu wenige oder gar keine Mittel haben.

Organe des Unternehmens

Trägerversammlung:	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stellv. Vorsitzender
	Helmut Schäfer	
	Dr. Frank Schmidt	
	Albrecht Fritz	

Geschäftsführer: Reinhard Penner

Unternehmensdaten und Situationsbericht

Für 2018 wurden mit der Agentur für Arbeit folgende Ziele vereinbart:

- eine **Integrationsquote von 28,2%** (-1,3 % zum Vorjahr)
- eine Integrationsquote **ohne Flucht von 30,0 %** (- 0,0 % zum Vorjahr)
- die Senkung des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern 5,5 **%**

Darüber hinaus wurde die Entwicklung der Leistungen zum Lebensunterhalt ohne Berücksichtigung der Kundengruppe „Flucht/Asyl“ unterjährig über ein Monitoring nachgehalten (Prognosewert 2018: 20,879 Mio. €).

Rahmenbedingungen für den Einsatz von Eingliederungsleistungen für das Jahr 2018 ergaben sich auch aus dem Prioritätenbeschluss der Trägerversammlung

- Eingliederungsleistungen in den ersten Arbeitsmarkt,
- Fortführung der integrationsunterstützenden Angebote „STELLenWERKstatt“, „Meet!UP“, „Aktivcenter“, „Welcome-Center“ und Bereitstellung eines Angebotes für Frauen mit Fluchthintergrund,
- Weiterentwicklung der Jobakademie vor dem Hintergrund der veränderten Struktur der Zugänge in die Grundsicherung für Arbeitssuchende,
- Realisierung von berufsbezogener Sprachförderung,
- Förderung der beruflichen Weiterbildung, Umschulung und Ausbildung, insbesondere auch die berufsabschlussorientierte Förderung von geeigneten 25- bis unter 35jährigen (Aktion „Zukunftsstarter“),
- Aktivierungsmaßnahmen, vorrangig bei Arbeitgebern,
- Aktivierungsmaßnahmen für Langzeitleistungsbezieher,
- Realisierung von Arbeitsgelegenheiten und geförderten Arbeitsverhältnissen nach § 16e SGB II im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und verfügbarer Haushaltsmittel

Im Rahmen des geschäftspolitischen Handlungsfeldes „Kunden ohne Abschluss zu Fachkräften ausbilden und in den Markt integrieren“ wurde auch zentral wieder ein Handlungsschwerpunkt gesetzt.
Darüber hinaus beteiligte sich das Jobcenter 2018 an einer hessischen Aktivierungsoffensive. Insgesamt wurden 2.080 Kunden zu Informationsveranstaltungen eingeladen (Gruppeninformationen, Maßnahmen zur Teilnehmergewinnung, Stellenbörsen etc.), zu denen 51 % der Eingeladenen erschienen.

Strukturdaten

Durchschnittlich 10.490 Leistungsberechtigte waren 2018 in der Grundsicherung zu verzeichnen (Vorjahr 11.263). Vor dem Hintergrund der Zugänge aus Flucht / Asyl sind die Bestandzahlen im mehrjährigen Vergleich in 2018 wieder angestiegen. Durchschnittlich 5.118 Bedarfsgemeinschaft (BG) ergeben zum Vorjahr ein Zuwachs von minus 7,5% (2017 5.535).

Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II

In der Grundsicherung lag die Quote mit 2,5% (2.334 Arbeitslose) deutlich unter Vorjahresniveau (2,6%). Damit wird deutlich, dass die gemeinsame Einrichtung mit ihrem Aktivierungs- und Integrationskonzept auch 2018 wieder zu einem moderaten verlauf der Arbeitslosigkeit im Landkreis beigetragen hat.

Im Schnitt wurden im Jahr 2018 ca. 62% der Arbeitslosen im Landkreis vom Jobcenter betreut.

Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit

Ein Indikator für individuell verfestigte Arbeitslosigkeit ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Das Jobcenter betreut ca. 89,4% der Langzeitarbeitslosen im Landkreis. Die Anzahl konnte in der langfristigen Betrachtung deutlich reduziert werden (Jahresdurchschnitt 2007: 2.524, 2015: 1.1490, 2016: 1.185).

Mit seinem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm hat sich das Jobcenter auch 2018 bei dieser Kundengruppe gut aufgestellt. Auch wenn der Bestand jahreszeitlich bedingt im Dezember auf 947 Langzeitarbeitslose angestiegen ist, ist dieser Wert immer noch 10% oder minus 105 Personen unter dem Bestand des Vorjahresmonats.

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2005 ein besonderer geschäftspolitischer Schwerpunkt in den Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters. Die Zahl arbeitsloser junger Menschen konnte in den letzten Jahren deutlich reduziert werden (Dezember 2009: 306, Dezember 2017: 167 arbeitslose Jugendliche in der Grundsicherung). Die Zahl der Langzeitarbeitslosen jungen Menschen bis 25 Jahre lag mit 19 betroffenen jungen Menschen etwa auf Vorjahresniveau. (Dez. 17: 18).

Am Ausbildungsmarkt hat sich der demografische Wandel unverändert fortgesetzt. Auch im Berichtsjahr 2018 war ein Rückgang der Ausbildungsplatzbewerber zum Vorjahr zu verzeichnen. Das tatsächliche Ausmaß der Veränderung bei den Ausbildungsplatzbewerbern wird erst bei Betrachtung der Entwicklung der letzten fünf Jahre deutlich. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber um 20% reduziert.

Mit 187 Integrationen in voll qualifizierende Berufsausbildung hat das Jobcenter auch 2018 einen Beitrag zur fachlichen Qualifizierung junger Menschen geleistet.

Das bereits in 2015 implementierte Jugendzentrum „Meet!Up“ wurde 2018 fortgeführt. Im Jahresverlauf erfolgten 134 Eintritte mit folgenden Ergebnissen: 45 Integrationen, davon 18 in Ausbildung, 21 in sozialversicherungspflichte und 6 in nichtsozialversicherungspflichtige Beschäftigungen.

Kostenentwicklungen in den Bedarfsgemeinschaften

Der Leistungsanspruch der Berechtigten umfasst den regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts, Leistungen für Mehrbedarfe und Kosten der Unterkunft. Der Regelbedarf ist zu unterscheiden in Arbeitslosengeld II für „erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ und Sozialgeld für „nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte“.

Gestiegene Bestände an Leistungsberechtigten und Regelsatzerhöhung wirkten sich auch 2018 auf die Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt aus. Im Vorjahresvergleich sind daher auch die Ausgaben für

- Leistungen zum Lebensunterhalt (mit Flucht) um -5,4% gesunken und
- die Ausgaben der Unterkunft und Heizung (mit Flucht) um +0,7% gestiegen

Zielerreichung 2018

Der Bewertung der Zielerreichung erfolgt auf Grundlage der Controllingdaten des Berichtsmonats Dezember im ersten Ladestand (Daten ohne Wartezeit).

Die nachstehenden Darstellungen folgen der Kennzifferbewertung im Controlling der Bundesagentur für Arbeit.

Integrationsquote

Vereinbarter Zielwert war eine Integrationsquote von 28,2%. Erreicht hat das Jobcenter mit 2.321 Integrationen eine Integrationsquote von 31,4 % (VJ 28,6 %). Damit steht das Jobcenter im Vergleichstyp IIC auf Rang 1 von 23 der gemeinsamen Einrichtungen (gE).

Mehr als 600 der Beschäftigungs- bzw. Ausbildungsplatzaufnahme wurden für Menschen mit Fluchthintergrund erreicht.

Ohne die Betrachtung mit Flucht und Asyl erzielte das Jobcenter eine Integrationsquote von 29,2% (1.688 Integrationen) und lag mit diesem Ergebnis auf Rang 3 im Vergleichstyp.

7 Mittelbare Beteiligungen

7.1 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Im Schlenkert 14, 65549 Limburg

Homepage: www.gab-limburg.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg 100 %

Stammkapital: 25.564,59 Euro

Gründungsjahr: 9. Oktober 1998

Gesell.-vertrag: 9. Oktober 1998, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck des Unternehmens wird insbesondere durch die Trägerschaft von Einrichtungen zur Förderung der beruflichen Bildung von Jugendlichen, die Beratung und Förderung von Einrichtungen, Trägern und Initiativen bei der Schaffung von geeigneten Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten erfüllt. Darüber hinaus zeichnet sich die BBG für die Konzipierung, Finanzierung, Organisation und Umsetzung der genannten Initiativen verantwortlich.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Arbeit und Beschäftigung, der Erziehung und Bildung, der
Forschung und der Entwicklungshilfe

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Stephan H. Zimmermann, Limburg

Bezüge
Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Kuratorium
In dieses Gremium können die nachstehenden Institutionen und Körperschaften Vertreter entsenden:
Agentur für Arbeit, Limburg
Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg
Industrie- und Handelskammer Limburg

Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft
Adolf-Reichwein-Schule, Limburg
Friedrich-Dessauer-Schule, Limburg
Wilhelm-Knapp-Schule, Weilburg
Peter-Paul-Cahensly-Schule, Limburg
Arbeitskreis Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher
Frauenbeauftragte des Landkreises Limburg-Weilburg
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in €	2017 in €
Anlagevermögen		
Sachanlagen	0,51	0,51
Umlaufvermögen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.355,11	9.527,63
Forderungen gegenüber Unternehmen	0,00	30.500,00
Sonstige Vermögensgegenstände	339,55	1.913,60
Kassenbestand	63.525,07	36.218,68
Summe Aktiva	**71.220,24**	**78.160,43**
PASSIVA		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
Verlustvortrag	820,42	-7.279,40
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	12.582,56	8.099,82
Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	5.700,00	5.700,00
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	0,00	2.643,31
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen	3.754,28	13.980,71
Sonstige Verbindlichkeiten	2.398,39	2.943,72
Rechnungsabgrenzungsposten	20.400,00	26.507,68
Summe Passiva	**71.220,24**	**78.160,43**

Gewinn und Verlustrechnung	2018	2017
1. Umsatzerlöse	407.758,74	328.809,96
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00
3. Gesamterträge	407.758,74	328.809,96
4. Personalaufwand	385.472,83	311.211,28
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	9.703,35	9.498,86
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Jahresergebnis	**12.582,56**	**8.099,82**

7.2 clinicpartner eG

Unternehmensportrait

Adresse: Pommernstraße 19, 45889 Gelsenkirchen

Homepage: www.clinicpartner-eg.eu

Rechtsform: eingetragene Genossenschaft

Träger: 62 Trägereinrichtungen
u. a. **Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH**

Gründungsjahr: 1997

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Ursprünglich entstanden aus der 1989 gegründeten Einkaufsgemeinschaft Niederrhein im Januar 1997 die Klinikeinkauf Niederrhein-Westfalen GbR mit 16 Häusern und ca. 4.800 Betten.
Im März 2006 wurde diese in clinicpartner eG umfirmiert und ist heute eine der leistungsfähigsten, bundesweit tätigen Einkaufs- und Dienstleistungsgemeinschaften für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

clinicpartner eG ist ein verbindlich operierender Verbund von Krankenhäusern für Krankenhäuser. Unter enger Einbindung seiner Mitglieder und deren Kompetenz betreibt dieser den strategischen Einkauf und Dienstleistungen, um eine qualitativ hochwertige und ökonomische medizinische Versorgung seiner Mitglieder sicherzustellen. Dieses Selbstverständnis hat zu einer unerreicht hohen Bindung unserer Mitglieder geführt und ist Quelle stetigen Wachstums.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:	Ansgar Hermeier	Vorsitzender
	Dipl.- Kfm. Burkhard Nolte	stellv. Vorsitzender
	plus 5 weitere Personen	
Vorstand:	Dipl.-Verwaltungswirt Wolfgang Appelstiel	
	Betrw. staatl. gepr. Olaf Berse	

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2018 in €	2017 in €
Anlagevermögen		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u.ä., Lizenzen	25.129,00	25.129,00
Sachanlagen: andere Anlagen, BGA	34.324,00	34.324,00
Finanzanlagen: Anteile an verbundenen Unternehmen	63.203,00	63.203,00
Vorräte: Fertige Erzeugnisse und Waren	181.445,88	181.445,88
Forderungen	642.193,29	642.193,29
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	9.279,36	9.279,36
Rechnungsabgrenzungsposten	4.316,82	4.316,82
Summe Aktiva	**900.438,35**	**900.438,35**
Passiva	**2017 in €**	**2017 in €**
Eigenkapital	307.828,62	307.828,62
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	1.582,69	1.582,69
Rückstellungen	142.140,00	142.140,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen	371.656,45	371.656,45
Sonstige Verbindlichkeiten	78.813,28	78.813,28
Summe Passiva	**900.438,35**	**900.438,35**

Gewinn und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
Umsatzerlöse	2.182.199,51	2.182.199,51
Sonstige betriebliche Erträge	126.688,88	126.688,88
Personalaufwand	1.537.696,27	1.537.696,27
Abschreibungen	761.282,17	761.282,17
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	**1.582,69**	**1.582,69**

7.3 Hallenbad Diez-Limburg GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Am Hallenbad 1, 65582 Diez

Homepage: www.oranienbad.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Stadt Diez	7.669,38 Euro	30 %
	Stadt Limburg	5.112,93 Euro	20 %
	Kreishallenbad Weilburg GmbH	**6.391,14 Euro**	**25 %**
	Rhein-Lahn-Kreis	6.391,14 Euro	25 %

Stammkapital: 25.564,59 Euro

Gründungsjahr: 2. Juni 1966

Gesell.-vertrag: 2. Juni 1966, letzte Fassung vom 12. März 2001

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft. Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil. Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:
Bürgermeister Dr. Marius Hahn, Limburg
1. Stadtrat Michael Stanke, Limburg
Bürgermeister Frank Dobra, Diez
1. Beigeordneter Edgar Groß, Diez

Gesellschafter-versammlung:	Landrat Frank Puchtler	Vorsitzender
	Landrat Manfred Michel	stellv. Vorsitzender
	Axel Fickeis	Vertreter der Stadt Diez

Dietmar Kramm	Vertreter der Stadt Diez
Marco Rosso	Vertreter der Stadt Diez
Lothar Schmidt	Vertreter der Stadt Diez
Dr. Christopher Dietz	Vertreter der Stadt Limburg
Hüseyin Kaya	Vertreter der Stadt Limburg
Cornelius Dehm (bis 22.03.2018)	Vertreter der Stadt Limburg
Cihan Krankilic (ab 08.05.2018)	Vertreter der Stadt Limburg
Nicole Roßberger	Vertreter der Stadt Limburg
Helmut Jung	Vertreter Hallenbad Weilburg
Thorsten Roth	Vertreter Hallenbad Weilburg
Elke Fehr	Vertreter Hallenbad Weilburg
Karl-Heinz Stoll	Vertreter Hallenbad Weilburg
Matthias Lammert	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises
Ursula Ohl	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises
Peter Schleenbecker	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises
Michael Schnatz	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises

Bezüge
Die Geschäftsführung erhielt in 2018 mit Ausnahme von Sitzungsgeldern in Höhe von 1.002,77 € (Vorjahr 1.002,54 €) keine Bezüge. Insgesamt wurden in 2018 Sitzungsgelder an die Geschäftsführung und Gesellschaftervertreter in Höhe von € 1.360,59 ausgezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Anlagevermögen	**3.169.892,20**	**3.301.393,00**
Vorräte	4.909,94	4.909,94
Forderungen u.sonst. Vermögensgegenstände	61.718,60	58.821,30
Guthaben bei Kreditinstituten	936.294,10	963.795,93
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
SUMME AKTIVA	**4.176.778,23**	**4.334.122,60**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	922.256,69	922.256,69
Jahresfehlbetrag	903.055,03	854.882,20
Landeszuschüsse	0,00	0,00
Rückstellungen	31.430,27	49.050,00
Verbindlichkeiten	2.785.590,83	2.905.760,44
Anzahlung der Gesellschafter auf Jahresfehl-betrag	1.314.908,69	1.286.290,89
Rechnungsabgrenzungsposten	82,19	82,19
SUMME PASSIVA	**4.176.778,23**	**4.334.122,60**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	443.590,16	450.227,81
+ Sonstige betriebliche Erträge	2.885,43	6.992,85
- Materialaufwand	398.987,55	349.787,98
- Personalaufwand	642.686,70	647.431,87
- Abschreibungen auf Sachanlagen	161.888,62	159.226,91
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	84.350,62	91.046,74
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,41
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61.617,13	64.609,77
Jahresfehlbetrag	**903.055,03**	**854.882,20**

Situationsbericht

Überblick über den Geschäftsverlauf

Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschaft führt den Namen "Hallenbad Diez-Limburg GmbH". Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft.

- Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil.

- Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird da her auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

- Je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Gesellschafter sind Investitionen oder er wünschte Neuerungen zeitlich zu strecken, so dass manch mal Wünsche der Badegäste und Wirklichkeit des Badeangebotes auseinanderfallen.

- Alle Bäder sind in gewissem Maße abhängig von den Schwankungen in der Gesamtwirtschaft. Das Oranienbad wird nach wie vor gut besucht, da durch Betriebs- und Geschäftsführung das Angebot ständig verbessert (Schwimm- und Aquafitnesskurse, Saunaaufgüsse, Klangschalensauna und Veranstaltungen o. ä.) sowie durch organisatorische und infrastrukturelle Maßnahmen (Verkauf von Badeartikeln) die Attraktivität des Bades gesteigert wird.

- Der Fachkräftemangel ist auch im Bäderbereich erkennbar und betrifft auch das Oranienbad.

Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft

	2016		2017		2018
	Anzahl	+/-	Anzahl	+/-	Anzahl
Schwimmen					
Erwachsene					
Einzelkarte 1,5 h	22.155	368	22.523	-367	22.156
Einzelkarte 3,0 h	7.612	-819	6.793	-728	6.065
Tageskarte	454	-139	315	-23	292
11-Karte 1,5 h	19.875	1.000	20.875	-223	20.652
55-Karte 1,5 h	707	-2	705	-34	671
11-Karte 3,0 h	521	-23	498	-29	469
55-Karte 3,0 h	0	0	0	0	0
Sonstiges	3.567	-2.198	1.369	-579	790
Kinder ab 1m Größe+ bis 18 Jahre,					
Einzelkarte 1,5 h	10.630	1.328	11.958	-1092	10.866
Einzelkarte 3,0 h	9.694	-672	8.932	-1289	7.643
Tageskarte	960	-227	733	-87	646
11-Karte 1,5 h	3.061	249	3.310	-485	2.825
55-Karte 1,5 h	109	103	212	-19	193
11-Karte 3,0 h	475	-89	386	-79	307
55-Karte 3,0 h	85	22	107	-50	57
Sonstiges	597	-366	231	-83	148
Kinder, schwerbehindert bis 18 Jahre ab 70%					
Einzelkarte 1,5 h	73	8	81	-23	58
Einzelkarte 3,0 h	97	7	104	-3	101
Tageskarte	4	1	5	-5	0
11-Karte 1,5 h	15	-15	0	3	3
55-Karte 1,5 h	0	0	0	0	0
11-Karte 3,0 h	1	0	1	-1	0
55-Karte 3,0 h	0	0	0	0	0
Sonstiges	0	0	0	0	0

	2016		2017		2018
	Anzahl	+/-	Anzahl	+/-	Anzahl
Familienkarten					
2 Erwachsene + 2 Kinder 1,5 h	513	104	617	-63	554
2 Erwachsene + 2 Kinder 3,0 h	691	-80	611	-59	552
2 Erwachsene + 2 Kinder	43	-10	33	6	39
2 Erwachsene + 3 Kinder 1,5 h	123	23	146	43	189
2 Erwachsene + 3 Kinder 3,0 h	313	-44	269	-46	223
2 Erwachsene + 3 Kinder	27	-7	20	0	20
Sonstiges	5.602	-68	5.534	-349	5.185
Zwischensumme Schwimmen	87.914	-1.546	86.368	-5.664	80.704
Sauna einschl. Anteil Erwachsene					
Einzelkarte 3,0 h	7.151	982	8.133	4	8.137
Tageskarte	511	-95	416	-22	394
Einzelkarte (Abendtarif)	474	-116	358	-21	337
11-Karte 3,0 h	1.603	521	2.124	67	2.191
55-Karte 3,0 h	22	1	23	-18	5
11-Karte Tageskarte	7	10	17	-1	16
Sonstiges	301	-21	90	15	105
Ermäßigt					
Einzelkarte 3,0 h	9	136	145	184	329
Tageskarte	0	19	19	-1	18
Einzelkarte (Abendtarif)	0	4	4	5	9
11-Karte 3,0 h	563	-427	136	-73	63
55-Karte 3,0 h	0	0	0	0	0
11-Karte Tageskarte	0	0	0	0	0
Sonstiges	0	0	0	3	3
Zwischensumme Sauna	10.641	824	11.465	142	11.607
Sonstige					
Kursschwimmen	1.264	378	1.642	194	1.836
Firmenschwimmen	2.480	98	2.578	-163	2.415
Schulen und Vereine	39.189	525	39.714	3324	43.038
Eintrittsfreie Besucher	2.616	-257	2.359	618	2.977
Anzahl gesamt	144.104	22	144.126	-1.549	142.577

Lagebericht

Darstellung der Ertragslage/ Vermögenslage und Finanzlage

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 schloss die Gesellschaft insgesamt mit einem Jahresfehlbetrag von € 903.055,03 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag € 854.882,20) ab.
Bei einer um T€ 157,3 verminderten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote rechnerisch von im Vorjahr 2,14 % um 1,07 % auf 1,07 % verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 75,89 % (Vorjahr 76,29 %).
Die liquiden Mittel haben sich von T€ 963,8 um T€ 27,5 auf T€ 936,3 vermindert.
Die Verbindlichkeiten haben sich von T€ 4.192,1 um T€ 91,6 auf T€ 4.100,5 vermindert.
Bei der Bewertung der Rückstellungen T€ 31,4 (Vorjahr T€ 49,1) und deren Bemessung wurde allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen.
Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets i. d. R. unter Erwirtschaftung von Skontoerträgen durch schnelle Zahlung erfüllt. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit reichte aus, um die Investitionen des Geschäftsjahres vollständig zu finanzieren. Verträge mit Lieferanten wurden neu abgeschlossen, um den Materialaufwand zu senken.

Darstellung der voraussichtlichen Lage

Das Bad ist im Jahr 2018 das gesamte Jahr im Vollbetrieb gewesen, nachdem es im November 2015 nach einer Sanierung wieder in Betrieb gegangen ist. Es sind allerdings noch Mängel durch die Baufirmen zu beheben. Der Verwendungsnach weis wurde erstellt und an die Fördermittelgeber übersandt. Der abschließende Bescheid des Landes Hessen liegt mittlerweile vor. Nunmehr ist das Augenmerk auf die Schwimmhalle zu richten. Hier sollen in den folgenden Jahren insbesondere energetische und notwendige bauliche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden, möglichst ohne lange Schließungsphasen auszulösen.
Nachdem seit 2017 eine Attraktivitätssteigerung des Bades durch ein stärkeres Kursangebot erfolgt ist, sollen diese Kurse weitergeführt und an manchen Stellen noch ausgebaut werden. Die Kurse werden von den eigenen Mitarbeitern angeboten, um somit die Einnahmen des Bades zu steigern. Zur Betriebsoptimierung wurde die Deutsche Sportstättenbetriebs- und Planungsgesellschaft mbH & Co. KG mit der Bestandsaufnahme der Betriebsstruktur und der Erstellung eines Organisations- und Betriebshandbuches beauftragt. Die Arbeiten haben begonnen und dauern an.

Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2019

Entsprechend dem Erfolgsplan 2019 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 950,- (Vorjahr TEUR 884,-) gerechnet.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Da die Gesellschaft unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt, ist sie nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Gleichwohl verfolgt sie eine Politik der höchstmöglichen Kostendeckung bzw. Verlustminimierung.
Sofern die Gesellschafter die Jahresfehlbeträge weiterhin gemäß Gesellschaftervertrag ausgleichen, ergeben sich keine wesentlichen künftigen Risiken.

Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres lagen zum Stichtag der Lageberichterstattung nicht vor.

7.4 Klinikverbund Hessen e. V.

Unternehmensportrait

Adresse: Forsthausstraße 1-3 / Haus 3e, 35578 Wetzlar

Homepage: www.klinikverbund-hessen.de

Rechtsform: Verein

Mitglieder: **Insgesamt 26 Mitglieder bei 56 Krankenhäusern, darunter die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH**

Gründungsjahr: 5. Dezember 2013

Satzung: Letzte Fassung vom 24. Februar 2015

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Ziel und Aufgabe des Vereins ist es, die Interessen der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen gegenüber den politisch Verantwortlichen und Entscheidungsträgern im Gesundheitswesen zu unterstützen und für deren Belange einzusetzen.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Beratung und Erbringung von Dienstleistungen und Geschäftsbesorgungen aller Art für die Gesellschafter sowie weitere Einrichtungen des Gesundheitswesens. Weiterhin ist die Erbringung von Managementleistungen Gegenstand des Unternehmens. Ferner hat die Gesellschaft die Beteiligung an anderen Unternehmen mit einem verwandten Unternehmenszweck sowie deren Geschäftsführung zum Gegenstand.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Frau Brigitte Wagner, Frankfurt (bis 30. Juni 2017)
Herr Reinhard Schaffert, Büdingen (ab 1. Dezember 2017)

Mitgliederversammlung

Vorstand

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2018 in €	2017 in €	2016 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände/Lizenzen	0,00	0,00	5.493,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.547,00	11.547,00	8.669,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1,00	1,00	420,40
Kassenbestand	418.811,91	418.811,91	225.375,47
SUMME AKTIVA	**430.359,91**	**430.359,91**	**239.957,87**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**	**2016 in €**
Jahresüberschuss	206.607,31	206.607,31	120.314,69
Gewinnvortrag	206.336,25	206.336,25	86.021,56
Jahresüberschuss	412.943,56	412.943,56	206.336,25
Eigenkapital	**412.943,56**	**412.943,56**	**206.336,25**
Sonstige Rückstellungen	6.500,00	6.500,00	17.100,00
Verbindlichkeiten	10.916,35	10.916,35	16.521,62
SUMME PASSIVA	**430.359,91**	**430.359,91**	**239.957,87**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	362.339,90	362.339,90
+ Sonstige betriebliche Erträge	10.424,39	10.424,39
- Materialaufwand	14.560,24	14.560,24
- Personalaufwand	71.000,55	71.000,55
- Abschreibungen	7.127,34	7.127,34
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	73.423,84	73.423,84
= Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	**206.607,31**	**206.607,31**

Situationsbericht

Grundlagen des Vereins

Der Klinikverbund Hessen e. V. wurde am 5. Dezember 2013 aus dem Kreis der ehemaligen Gesellschafter der Klinikverbund Hessen GmbH gemeinsam mit den hessischen kommunalen Trägerorganisationen (Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund) gegründet.

Der Verein bezweckt die Interessenvereinigung und –vertretung von Einrichtungen des Gesundheitswesens in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Etwaige Jahresüberschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

In Deutschland ist jedes sechste Krankenhaus von der Insolvenz bedroht, jedes dritte schreibt rote Zahlen und fast jedes zweite Krankenhaus kann nicht ausreichend investieren. Zu diesen Ergebnissen kommt der aktuellen Krankenhaus Rating Report 2015 des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Die Bundesregierung reagiert auf diesen Negativtrend mit einem neuen Gesetzesentwurf – dem sogenannten „Krankenhausstrukturgesetz“, welches am 1. Januar 2016 in Kraft treten soll. Hauptziel ist es, die Kosten im Kliniksystem zu senken und eine verbesserte medizinische Versorgungsqualität zu erreichen.

Die Krankenhauslandschaft in Deutschland steht daher im Blick auf die aktuell geplanten gesetzlichen Veränderungen, dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel, der strukturellen Unterfinanzierung und dem geplanten Umbau der Krankenhausstrukturen vor großen Herausforderungen. Vor dieser Herausforderung stehen insbesondere auch die öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser, die unmittelbar über den Sicherstellungsauftrag ihrer Träger der Daseinsvorsorge verpflichtet sind.

Bericht zur Entwicklung und Handlungsfeldern des Vereins

Mit der Gründung des Klinikverbundes Hessen e. V. wurde bundesweit erstmalig eine Interessenvertretung öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser etabliert, in der Geschäftsführungen und Träger öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser gemeinsam für die politik- und öffentlichkeitswirksame Positionierung abstimmen und positionieren.

Die Anzahl der Vereinsmitglieder hat sich von der Gründungsversammlung am 5. Dezember 2013 mit zehn Gründungsmitgliedern auf 26 Mitglieder Ende 2017 erhöht.

Der Klinikverbund Hessen e. V. ist im Rahmen der Interessenvertretung und Interessenvereinigung im Wesentlichen auf drei Feldern aktiv:

- Bundespolitik: Kommunikation/Adressierung von Anliegen und Positionen im Entscheidungs-/Einflussbereich der Bundespolitik.
- Landes- und Kommunalpolitik: Kommunikation/Adressierung von Anliegen und Positionen im Entscheidungs-/Einflussbereich der Landes- und Kommunalpolitik.
- Vereinsarbeit: Gemeinschaftsbildung, Kommunikation von Interessen und Bedarfen, Identifikation von Gemeinsamkeiten, Fokussierung auf Anliegen und Positionen.

Lage

Die Sichtbarkeit und Wirksamkeit des Klinikverbundes Hessen hat sich durch kontinuierlichen Netzwerkauf- und ausbau, Öffentlichkeitsarbeit in Hessen und auf Bundesebene sowie eigene Veranstaltungen wie Zukunftskonferenz Kommunale Krankenhäuser und weiterem Ausbau der vereinsinternen Austauschformate und Arbeitskreise stetig verbessert.

Erlössituation

Die Erlöse des Vereins betragen 2017 EUR 362.339,90.

Beschaffungs- und Investitionswesen

Beschaffungen wurden im Jahr 2017 in geringem Maß durchgeführt.

Personalbereich

Der Klinikverbund Hessen e. V. verfügte 2017 über eigenes Personal. Bis 30.06.2017 war Frau Brigitte Wagner als Geschäftsführerin in Vollzeit tätig. Seit 01.12.2017 ist Herr Reinhard Schaffert als Geschäftsführer tätig.

Umweltschutz

Aspekte des Umweltschutzes kamen bei der Auswahl von Gütern und Waren (zertifizierte und umweltschonende Produkte) zum Tragen.

Ertragslage

Der Verein hat einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 206.607,31 erzielt.

Finanzlage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 sind keine finanziellen Engpässe entstanden. Eine ausreichende Liquidität war jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Der Verein hält im Anlagevermögen seine Betriebs- und Geschäftsausstattung vor. Weiteres Vermögen ist als Guthaben bei Kreditinstituten vorhanden.

Chancen und Risikobericht

Durch die Vakanz der Geschäftsführung konnten im Jahr 2017 Aktivitäten des Klinikverbund Hessen e.V. nicht in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Durch Unterstützung der Gesellschaft zur Förderung der Gesundheitsregion Lahn-Dill (GFG) wurden grundlegende Leistungen für die Mitglieder sowie die Ansprechbarkeit der Geschäftsstelle aufrechterhalten. Mit der Einstellung des neuen Geschäftsführers zum Dezember 2017 erhielt der Klinikverbund Hessen e.V. durch eine Wiederaufnahme der Aktivitäten, insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsplanung, neue Impulse. Die Konzeption für 2018 sieht neben der politischen und öffentlichkeitswirksamen Arbeit sowie der Fortführung des Austauschs der Mitgliedshäuser in den Fachgruppen auch weitere Aktivitäten mit spürbarem Benefit für die Mitglieder, wie beispielweise Kompetenzförderung durch Kooperationen mit Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, vor.

Für zukünftige Jahre ist die Wiedergewinnung des 2016 aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Verein ausgetretenen Kreiskrankenhauses Frankenberg sowie die Neugewin-

nung weiterer kommunaler- und Stiftungskrankenhäuser (Klinikum Werra-Meißner, Bürgerhospital Frankfurt und Clementine Kinderkrankenhaus) angestrebt, um als Klinikverbund Hessen e.V. alle öffentlich-rechtlich getragenen Krankenhäuser in Hessen zu vertreten.

Weiterhin ist für die nächsten Jahre geplant, die Aktivitäten im Bereich der Bundespolitik zu intensivieren und über den Klinikverbund in Abstimmung mit anderen Verbänden öffentlicher Krankenhäuser sowie den kommunalen Spitzenverbänden die Interessen der öffentlich getragenen Krankenhäuser gegenüber Abgeordneten und Ministerium einzubringen und zu vertreten.

Erlösrisiko

Aufgrund der Vakanz der Geschäftsführung und der deshalb verminderten Aktivitäten gingen auch die Ausgaben des Klinikverbund Hessen e.V. zurück, sodass mit den Erlösen bei unveränderten Mitgliedsbeiträgen ein Überschuss erwirtschaftet werden konnte. Eine Reduzierung der Mitgliedsbeiträge ist weder durch Beschluss der Mitgliederversammlung noch durch Austritte zu erwarten.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Vereins sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Gesamtaussage

Der Austritt von Frau Wagner aus der Geschäftsführung des Klinikverbund Hessen e.V. konnte übergangsweise in 2017 durch die Kooperation mit der Gesellschaft zu Förderung der Gesundheitsregion Lahn-Dill (GFG) im Kernbereich überbrückt werden. Mit Herrn Reinhard Schaffert konnte eine im Krankenhausbereich und der hessischen Krankenhauslandschaft erfahrene Persönlichkeit für die Geschäftsführung des Klinikverbund Hessen e.V. gewonnen werden. Diese Kompetenz zeigt sich bereits in den ersten Aktivitäten und in der Konzeption für die Zukunft. Daher sieht sich der Klinikverbund Hessen e.V. für die Herausforderungen der nächsten Jahre auf allen Ebenen seiner Aktivitäten gut gerüstet.

7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 16.11.2005

Gesell.-vertrag: in der Fassung vom 9. Dezember 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen jeder Art außer in den Bereichen Medizin und Pflege, überwiegend für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH. Die Dienstleistungen werden u. a. im Reinigungsdienst, beim Menüservice, bei der Elektrowartung sowie im Nachtdienst der Pforte geleistet.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Peter Schermuly	Geschäftsführer
	Stefan Eckert	Pflegedienstdirektor
Aufsichtsrat:	Manfred Michel, Landrat a. D. (bis 31.12.2018)	Vorsitzender
	Michael Köberle, Landrat (ab 01.01.2019)	Vorsitzender
	Helmut Jung, 1. Kreisbeigeorndeter	stv. Vorsitzender
	Dr. Ruth Kittler	
	Dr. Hans-Christoph Noack	
	Robert Becker	
	Dr. Frank Schmidt	
	Joachim Veyhelmann	
	Günter Henche	Betriebsrat
	Katja Dienst	Betriebsrat
	Peter Hoffmann	Betriebsrat

Gesellschafterversammlung

Bezüge
Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Anlagevermögen: Sachanlagen	17.876,00	16.855,25
Umlaufvermögen: FO u. sonst. Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen Gesellschafter	162.556,32	165.667,99
2. Sonstige Vermögensgegenstände	7.260,84	4.619,40
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	76.434,93	25.866,36
SUMME AKTIVA	**264.128,09**	**213.009,00**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	52.045,50	49.421,84
III. Jahresüberschuss	17.337,28	2.623,66
Rückstellungen	5.805,88	0,00
Sonstige Rückstellungen	25.414,28	21.654,47
Verbindlichkeiten	138.525,15	114.309,03
SUMME PASSIVA	**264.128,09**	**213.009,00**

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
1. Umsatzerlöse	2.016.402,36	1.642.423,64
2. Sonstige betriebliche Erträge	28.737,29	9.168,11
	2.045.139,65	**1.651.591,75**
3. Materialaufwand		
a) **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**	55.411,30	48.004,33
b) **Aufwendungen für bezogene Leistungen**	45.495,98	40.805,32
	100.907,28	**88.809,65**
4. Personalaufwand		
a) **Löhne und Gehälter**	1.541.038,37	1.249.165,09
b) **Soz. Abgaben &Aufwendungen f. Altersversorgung**	303.763,19	247.173,67
	1.844.801,56	**1.496.338,76**
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen-stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.348,93	2.705,97
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	71.631,61	60.013,21
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-0,01	82,50
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**24.450,28**	**3.641,66**
10. Steuern von Einkommen und Ertrag	7.113,00	1.018,00
Jahresüberschuss	**17.337,28**	**2.623,66**

Umsatz und Auftragsentwicklung

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2018 beträgt 2.016,4 TEUR (Vorjahr 1.642,4 TEUR). Insgesamt liegt der Umsatz 2018 um 258,4 TEUR über der für das Geschäftsjahr 2018 angesetzten Planung von 1.758,0 TEUR.
Die Dienstleistungen wurden geleistet im Reinigungsdienst, bei Stationshilfsdiensten, beim Menüservice, in der Verwaltung, bei der Hauswirtschaft und im hauswirtschaftlichen Dienst, in den Bereichen Archiv / Aufnahme und Ergotherapie in der Geriatrie sowie in den in 2016 neu hinzugekommenen Leistungen in den Bereichen Pflege, Funktions- und Med. technischer Dienst, Technik, Empfang, Hol- und Bringedienste, Funktionsdiensten und den Schreibdiensten der Ambulanzen.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden Investitionen in Höhe von 4,3 TEUR getätigt.

Personal und Sozialbereich

Es wurden im Geschäftsjahr 2018 durchschnittlich 60,37 Vollkräfte beschäftigt.

Vermögenslage und Finanzlage

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 17,3 TEUR erhöht, die Eigenkapitalquote beträgt 35,6%.
Das Anlagevermögen wird durch das Eigenkapital gedeckt.
Die Forderungen beinhalten Forderungen gegenüber dem Gesellschafter (Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH) in Höhe von 162,6 TEUR sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 7,2 TEUR. Diese resultieren aus Abrechnungen erbrachter Dienstleistungen aus dem Monat Dezember 2018, sowie Forderungen Lohn und Gehalt.
Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Löhne und Gehälter incl. Arbeitgeberanteil 98,7 TEUR aus dem Monat Dezember 2018, deren Zahlung im Januar 2019 erfolgte, laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 14,4 TEUR sowie Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 25,4 TEUR.

Eine ausreichende Liquidität war im Geschäftsjahr 2018 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Vergleich Prognose und tatsächliche Entwicklung

Das Ergebnis vor Ertragssteuern beträgt im Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 TEUR 3,0 tatsächlich wurde ein Ergebnis vor Ertragssteuern in Höhe von TEUR 24,5 erzielt.
Die Personalkostenquote beträgt 91,49% sowie die Materialaufwandsquote 5,00% des Umsatzes.

Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH stellt eine wichtige Voraussetzung zur Verbesserung der Kostensituation in der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH dar. Die hier kostengünstiger zu erbringenden Dienstleistungen für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH sind somit auch für die Zukunft ein wichtiger Garant zur wirtschaftlichen Stabilität. Somit ist eine Ausweitung der Aktivitäten der KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH

ein wichtiger Zukunftsfaktor. Allerdings schafft der zunehmende Fachkräftemangel zusätzliche Herausforderungen. Weiterhin wurden Dienstleistungen (Hauswirtschaftliche Tätigkeiten) für das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg übernommen.
Ein mögliches Risiko besteht in der Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Muttergesellschaft. Weitere Risiken der künftigen Entwicklung - insbesondere bestandsgefährdende Risiken bestehen u.E. nicht.

Für 2019 wird von einem positiven Ergebnis wie in 2018 ausgegangen.

7.6 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Eschhöfer Weg 14, 65549 Limburg

Homepage: www.profil-limburg.de

Gesellschafter:	Lebenshilfe für geistig und mehrfach Behinderte Wetzlar-Weilburg e.V.	6.500 Euro	25 %
	Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.	6.500 Euro	25 %
	Bördner GmbH & Co. Besitz- und Verwaltungsgesellschaft, Limburg	6.500 Euro	25 %
	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg	**6.500 Euro**	**25 %**

Stammkapital: 26.000 Euro

Gründungsjahr: 25. Mai 1998

Gesell.-vertrag: 25. Mai 1998 mit der letzten Änderung vom 15. Juni 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Personen und solcher, die von Behinderung bedroht sind.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Unterhaltung von Integrationsprojekten im Sinne des § 132 Abs. 1 des IX. Buches Sozialgesetzbuch zur Beschäftigung schwer behinderter Menschen, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich auf besondere Schwierigkeiten stößt und in denen schwer behinderte Menschen neben der Beschäftigung auch eine nach § 133 SGB IX erforderliche arbeitsbegleitende Betreuung gegeben wird. Diese Integrationsprojekte bieten den schwer behinderten Menschen Beschäftigung und arbeitsbegleitende Betreuung an, soweit erforderlich auch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Gelegenheit zur Teilnahme an entsprechenden außerbetrieblichen Maßnahmen und Unterstützung bei der Vermittlung in eine sonstige Beschäftigung in einem Betrieb oder einer Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie geeignete Maßnahme zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Integrationsprojekt.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Wolfgang Groebler

Der Geschäftsführer ist alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Bezüge
Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Anlagevermögen/Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.432,35	28.552,64
Umlaufvermögen/fertige Erzeugnisse und Leistungen	14.400,00	5.150,00
Forderungen	18.118,34	20.816,00
Sonstige Vermögensgegenstände	51.992,28	63.054,12
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	33.103,66	59.506,03
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	314.648,61	268.413,73
Summe Aktiva	**454.695,24**	**445.492,52**
Passiva	**2018 in €**	**2017 in €**
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
Kapitalrücklage	60.000,00	60.000,00
Verlustvortrag	354.413,73	313.792,36
Jahresfehlbetrag	46.234,88	40.621,37
nicht gedeckter Fehlbetrag	314.648,61	268.413,73
buchmäßiges Eigenkapital	0,0	0,0
Rückstellungen	29.365,00	21.897,00
Verbindlichkeiten	412.130,24	409.051,52
Rechnungsabgrenzungsposten	13.200,00	14.544,00
Summe Passiva	**454.695,24**	**445.492,52**

Gewinn und Verlustrechnung	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	897.987,23	868.226,17
+ Verminderung Bestandes an und-/fertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
+ sonstige betriebliche Erträge	1.138,56	6.113,83
- Materialaufwand/bezogene Leistungen /Waren	371.308,34	374.734,13
- Personalaufwand	377.177,65	351.578,87
- Abschreibungen	6.120,29	12.340,46
- sonstige betriebliche Aufwendungen	190.754,39	176.264,91
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**46.234,88**	**40.578,37**
- sonstige Steuern	0,00	43,00
Jahresfehlbetrag	**46.234,88**	**40.621,37**

Lagebericht

zur Gesellschafterversammlung Profil GmbH am 25.06.2018

Bei Profil sind aktuell (01.08.2019) 15 Arbeitnehmer aus dem Kreis der Benachteiligten Personen beschäftigt (2018:20), davon 6 Schwerbehinderte (Quote 2018: 34,75 % -> 2016. 41,74 %). Die Anerkennung als Integrationsbetrieb nach §§ 132 Sozialgesetzbuch, SGB IX wurde zuletzt mit Bescheid vom 17.06.2019 durch den LWV Hessen erneuert. Die Fördermaßnahmen für Minderleistungen sowie besonderen Aufwand wurden dementsprechend weiter bewilligt.

Im Ausblick sinkt die Schwerbehindertenquote weiter durch Veränderung im Personalstamm. Durch Verrentung von schwerbehinderten MA muss gfs. In 2019 nachgesteuert werden, eine Quote von 30 % darf nicht längerfristig unterschritten werden.
Die Eingangsmengen an E-Altgeräten sind insgesamt leicht rückläufig (2016: 3.233 t. // 2017: 3.120 t. // 2018: 3034 t.). Der Anteil der Mengen aus dem Gewebe ist dabei deutlich gestiegen (2017: 211 t. // 2018: 417 t.) und wird in der Tendenz noch zunehmen.
Die Vertretungserlöse für sortierte Fraktionen und Stoffe bewegen sich im Betrachtungszeitraum in einem halbwegs stabilen Rahmen. Die Abhängigkeit der Erlösspannen von der zukünftigen Wertstoffpreisentwicklung wurde durch veränderte Preisgestaltungen und Indexbindungen reduziert.

Im Oktober bzw. November 2018 wurden durch die Gesellschafter Judro und GAB Rangrücktrittserklärungen in Höhe von je € 56.816 unterzeichnet. Der Gesellschafter BÖRDNER hat im Oktober 2018 eine Rangrücktrittserklärung in Höhe von € 76.294,14 unterzeichnet. Der Jahresabschluss 2018 weist für das abgelaufene Geschäftsjahr erneut einen Fehlbetrag von - 46.234,88 € aus.

Das operative Geschäft verläuft in 2019 (Januar-Juli) bisher leicht negativ. Für das Jahr 2019 wird somit mit einem Ergebnis im Bereich der Vorjahre gerechnet. Preisanpassungen wurden zuletzt im Oktober 2018 und Mai 2019 umgesetzt. Aktuell wirken leicht sinkende Wertstofferlöse und geringere Eingangsmengen sowie die aktuelle Problematik mit der Verwertung batteriehaltiger Kleingeräte entgegengesetzt.

Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, vor allem im Bereich der Produktion, Arbeitsabläufe und Vermarktung der Wertstoffe, gab es im Frühjahr 2019 mehrere Veränderungen:

- Umbesetzung der Stelle des Anlagenleiters
- Personalreduzierung um 5 Personen (Verrentung, Ablauf Befristung)
- Optimierung der betrieblichen Prozesse
- Umstellung von Sollzeitabrechnung mit Zeitkonten auf Ist-Zeit-Abrechnung nach tatsächlich geleisteter Arbeitszeit
- Einführung einer Anwesenheitsprämie mit monatlicher Abrechnung
- Neuordnung der Lagerbestandsführung und strake Intensivierung der Vermarktungsaktivitäten

Im Monatstrend ist bereits eine spürbare Reduzierung der Personalkosten zu sehen, die sich weiter fortsetzen wird. In Kürze werden zusätzlich zwei Halbtagskräfte im Rentenalter ausscheiden. Vorgesehen ist die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für geförderte Personen aus dem Kreis des SGB II, § 16 e / i. Entsprechende Abstimmung mit dem Jobcenter sind bereits erfolgt.

Eine wesentliche Herausforderung ist der aktuelle Engpass bei der Verwaltung von Elektrokleingeräten der Sammelgruppe 5. Nach etlichen Bränden in Verwertungs- und Schredderanlagen, verursacht durch Lithium-Ionen-Akkus, verlangen die Verwerter eine absolut batteriefreie Fraktion zur Anlieferung und reduzieren gleichzeitig die Vergütung für diesen Materialstrom deutlich.

Die manuelle Herausnahme aller Batterien aus Kleingeräten ist durch das große Volumen mit kleinteiligen, heterogenen Geräten sehr aufwendig und bedingt neue Überlegungen im Arbeitsablauf. Die räumliche und betriebliche Ausstattung beschränkt allerdings die Zahlen möglichen Lösungen.

Verzögernd für die geplante Umstellung hat sich in den letzten Monaten eine Vielzahl technischer Probleme, vorwiegend mit der Anbindung von Telefonie und Internet, ausgewirkt. Diese liegen außerhalb des Einflussbereiches von Profil, beinträchtigen jedoch die Arbeitsabläufe deutlich.

Die Optierung des AWB Limburg für die Elektroaltgeräte der Sammelgruppen 1 und 5 läuft aktuell bis 14.06.2020, dazu die Garantiezusage von GAB und Bördner für die Vertragslaufzeit der Verwertung bis 30.06.2020.

Die Rückforderungsoption des LKW aus dem Förderungsbescheiden von 2013 (Invest Rollenband und Schüttboxen, Anlagevermögen GAB) endete bereits in 04/2019 bzw. 06/2019.

8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine

8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2018

Bezeichnung	Beitrag 2018
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	55,00 €
Betriebssportverband Hessen e.V. Bezirk Frankfurt	36,00 €
Bildungsforum Mengerskirchen	12,00 €
Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Bonn	150,00 €
Deutsche Burgenvereinigung Braubach	52,00 €
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	423,00 €
Deutsche Verkehrswacht Limburg-Weilburg	250,00 €
Deutscher KinderschutzbScheund -Kreisverband Limburg-Weilburg e.V.	50,00 €
Deutscher und Hessischer Landkreistag	87.450,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	753,66 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	2.839,00 €
Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.	125,00 €
DJH Deutsche Jugendherberge Hauptverband e.V., Detmold	511,00 €
Europa-Union (Kreisverband Limburg-Weilburg)	154,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	50,00 €
Förderkreis Naturschutz-Zentrum Hessen e.V.	300,00 €
Förderverein Tiergarten Weilburg	30,00 €
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Limburg e.V.	102,00 €
Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum	511,29 €
Hessischer Heimatbund e.V.	36,00 €
Höhlenverein Kubach e.V.	9,00 €
International Police Association	25,00 €
KAV - Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen	4.209,63 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung	4.469,97 €
Kriminalprävention Limburg-Weilburg e.V.	100,00 €
Lahn-Marmor-Museum e.V. Villmar	12,27 €
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Limburg e.V.	30,68 €
Mitgliedschaft "Weißer Ring" e.V.	102,26 €
Rat der Gemeinden Europas	1.026,00 €
RWP - Limburger Gesellschaft für Recht, Wirtschaft und Politik	50,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	25,00 €

Streuobstroute	250,00 €
THW Limburg	460,16 €
THW Weilburg	460,16 €
Tierschutzverein Limburg	102,26 €
Verbraucherberatung im DHB-Netzwerk Haushalt	2.295,00 €
Verein der Freunde der Limburger Domsingknaben e.V.	50,00 €
Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung e.V.	25,00 €
Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.	102,26 €
Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar	52,00 €
Verein „Weltladen Regenbogen“ e.V. Weilburg	1.500,00 €
Verein „Eine-Welt-Laden“ Llmburg	1.500,00 €
vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.	300,00 €
Weilburger Bürgergarde	30,68 €
Weilburger Schlosskonzerte	10.000,00 €
Westerwaldverein	60,00 €
	121.470,28 €

Bei den nachstehend aufgeführten Gesellschaften, Verbänden und Vereinen wirken Landrat, Kreisbeigeordnete oder Mitarbeiter des Kreises in Gesellschafterversammlungen bzw. Vorständen mit:

Dt. Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Mitgliederversammlung

Dt. Kinderschutzbund Limburg-Weilburg e. V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Mitgliederversammlung

Förderverein Bildungsforum Mengerskirchen e. V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Mitgliederversammlung

Förderverein Tiergarten Weilburg
Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter) — Mitglied im Vorstand

Jugendhilfe Limburg-Weilburg e. V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Vereinsvorstand

Sozialstiftung für Kinder und Jugendliche des Landkreises Limburg-Weilburg
Manfred Michel (Landrat) — Vorstandsvorsitzender
Helmut Jung (Erster Kreisbeigeordneter) — Stellvertreter
Markus Sabel (Kreisbeigeordneter) — Beirat

Doris Reifenberg (Kreisbeigeordnete)	Beirat
Thomas Werner (Kreisbeigeordneter)	Beirat
Jürgen Dumeier (Kreisbeigeordneter)	Beirat

Kreismusikschule Limburg e. V.

Heinz Valentin/ Lothar Blättel (Kreisbeigeordnete)	Mitglieder im Kuratorium
Thomas Werner / Jürgen Dumeier (Kreisbeigeordnete)	Vorstand Förderverein

Kreismusikschule Oberlahn e. V.

Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter)	Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Limburg Diez e. V. (vormals: LH für Menschen mit geistiger Beh. Limburg e.V.)

Manfred Michel (Landrat)	Mitglied im Vorstand qua Amt
Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitglied im Vorstand qua Amt

Lebenshilfe Limburg gGmbH

Manfred Michel (Landrat)	Mitglied im Vorstand qua Amt
Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitglied im Vorstand qua Amt

Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitgliederversammlung (als Vertreterin des Landkreises)

Lebenshilfe Wohnen gGmbH

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitglied in Gesellschafterversammlung (als Vertreterin des Landkreises)

Präventionskommission Limburg-Weilburg

Manfred Michel (Landrat)	Vorsitzender
Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)	Schriftführer

Regionalentwicklung Limburg-Weilburg e. V.

Helmut Jung (Erster Kreisbeigeordneter)	Vorsitzender

Regionalversammlung Mittelhessen e. V.

Dr. Frank Schmidt (Kreistagsabgeordneter)	Haupt- und Planungsausschuss
Thomas Scholz (Kreistagsabgeordneter)	Haupt- und Planungsausschuss
Helmut Jung (Erster Kreisbeigeordneter)	Ausschuss für Energie, Umwelt, Ländlichen Raum und Infrastruktur
Thomas Scholz (Kreistagsabgeordneter)	Ausschuss für Energie, Umwelt, Ländlichen Raum und Infrastruktur
Tobias Kress (Kreistagsabgeordneter)	Ausschuss für Energie, Umwelt, Ländlichen Raum und Infrastruktur

Verein Komitee für Nothilfe

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Vorstandsmitglied qua Amt

Verein Kriminalprävention Limburg-Weilburg e. V.

Manfred Michel (Landrat)	Vorsitzender
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)	Mitgliederversammlung
Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie	Schriftführer

8.2 Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.

Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 43, 65549 Limburg

Homepage: www.wfg-limburg-weilburg-diez.de

Rechtsform: eingetragener Verein

Mitglieder **Landkreis Limburg-Weilburg**
19 Städte und Gemeinden des Landkreises
Verkehrs- und Verschönerungsvereine
Einrichtungen und Betriebe des Fremdenverkehrs

Gründungsjahr: 14.01.1980

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der Fremdenverkehrsverein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens:
Der Fremdenverkehrsverein hat insbesondere die Aufgaben, den Fremdenverkehr im Vereinsgebiet zu fördern und zu koordinieren. Er allein ist befugt, die gemeinschaftlichen, den Fremdenverkehr im Kreis betreffenden Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu stärken.

Organe des Unternehmens:

Mitglieder: Landkreis Limburg-Weilburg, 19 Städte und Gemeinden des Landkreises, Verkehrs- und Verschönerungsvereine, Einrichtungen und Betriebe des Fremdenverkehrs

Vorstand: Manfred Michel, Landrat (Vorsitzender)
ab 04.12.2018 Michael Köberle (Vorsitzender)
Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister (stellv. Vorsitzender)

Geschäftsführer: Lars Wittmaack, Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH, Schiede 20, 65549 Limburg

Jahresergebnis		
	Gesamteinnahmen	65.751,34 €
	Gesamtausgaben	66.907,95 €
		-1.156,61 €
	Bestand aus 2017	40.750,31 €
	Bestand am 31.12.2018	**39.593,70 €**

Prüfungsbehörde: Revision des Landkreises Limburg-Weilburg

Beitrag des Landkreises:
2006: 50,000 €
2007: 52.000 €
2008: 53.443 €
2009: 50.000 €
2010: 56.516 €
2011: 56.601 €
2012: 57.665 €
2013: 57.665 €
2014: 58.391 €
2015: 59.187 €
2016: 60.281 €
2017: 60.116 €
2018: 58.074 €

Der Landkreis übernimmt die Beiträge der Städte und Gemeinden an das Ferienland.

Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Haushalts – Werbeplan 2018

		PLAN
Bankbestände aus dem Vorjahr (ca.)		41.000,00 €
I. Einnahmen		
Mitgliedsbeitrag Kreis		60.300,00 €
Sonstige Mitgliedsbeiträge		1.480,00 €
Sonstige Erträge		100,00 €
Kostenstelle LAWA		15.190,27 €
	Summe:	**118.070,27 €**
II. Ausgaben		
Beitrag Hessischer Tourismus Verband e.V.		2.600,00 €
Beitrag Lahntal Tourismus Verband e.V. (LTV)		42.000,00 €
Beitrag Taunus Touristik Service e.V. (TTS)		1.500,00 €
Beitrag Westerwald Gäste Service e.V. (WTS)		614,00 €
Sonstige Ausgaben LTV		
Sonstige Ausgaben TTS		
Sonstige Ausgaben WTS		
Kostenstelle LAWA		25.100,00 €
Vergütung GF		7.089,72 €
Werbung / Marketing / Infrastruktur etc.		39.166,55 €
	Summe:	**118.070,27 €**

Jahresergebnis 2018	Gesamteinnahmen	118.070,27 €
	Gesamtausgaben	118.070,27 €
		0 €

8.3 Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.

Unternehmensportrait für das Jahr 2018

Adresse: Diezer Straße 35, 65549 Limburg

Homepage: www.vhs-limburg-weilburg.de

Rechtsform: eingetragener Verein

Gründungsjahr: Zusammenschluss 1974

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
In der KVHS treffen sich Bürger der Region, die ihre persönlichen Weltsichten, Interessen und Bedürfnisse mitbringen. Die KVHS steht für Demokratie, Gemeinwohlorientierung, Chancen- und Geschlechtergleichheit, Bürgernähe und weltanschauliche Neutralität.

Gegenstand des Unternehmens:
Grundlagen der KVHS sind das Hessische Weiterbildungsgesetz und die Satzung der Kreisvolkshochschule.

Durch den gesellschaftlichen Wandel ergeben sich für die Menschen des Landkreises immer wieder neue berufliche und persönliche Herausforderungen sowie neue Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse. Der Auftrag der KVHS ist es, diese Veränderungen ständig zu analysieren, die entsprechenden Herausforderungen, Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse aufzugreifen und in Lernangebote zur Erweiterung der Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens umzusetzen.

Organe des Unternehmens

Vorstand	Günther Schmitt	1. Vorsitzender
	Silvia Scheu-Menzer	2. Vorsitzende
	Christine Bischof	Beisitzerin
	Landrat Manfred Michel	Beisitzer
	Heinz Pfeiffer	Beisitzer
	Dr. Frank Schmidt	Beisitzer
	Bruno Götz	Beisitzer
	Burkhard Seyffert	Beisitzer
	Heinz Valentin	Beisitzer
	Joachim Veyhelmann	Beisitzer
	Winfried Weißmüller	Beisitzer
	Michael Schneider	Direktor
	Dr. André Hahn	Leiter d. Hauptstelle Weilburg

Unternehmensdaten für das Jahr 2018

Einnahmen:	**Euro**
Teilnehmergebühren	1.768.477
Studienreisen	83.949
Vermischte Einnahmen	70.771
Kreiszuschuss	225.000
Personalkostenzuschuss Land Hessen	164.768
Mitgliedsbeiträge	44.700
Sonstige Zuschüsse	6.440
Einnahmen ESF u. Hessencampusprojekte	206.442
Überschuss aus dem Vorjahr	46.052
	2.616.599

Ausgaben:	**Euro**
Honorare und sonstige personelle Ausgaben	1.033.621
Dienstbezüge	818.905
Werbung	59.964
Reisekosten	78.414
Sonderveranstaltungen	8.817
Studienreisen	83.499
Lehr- und Lernmittel	6.839
Ausgaben ESF und Hessencampusprojekte	140.123
Geschäftsbedarf/Erwerb von Geräten	72.048
Anbau und Unterhaltung der Gebäude	96.983
Mieten	99.184
Rücklage Personalkosten	0
Sonstige Ausgaben	115.778
	2.614.175

Kennzahlen:	2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Kurse	1.700	1.874	1.733	1.772	1.874	1.695	1.657
Teilnehmer	20.957	22.856	22.381	22.459	22.856	21.596	20.693
Unterrichtseinheiten	41.091	40.412	40.162	43.108	40.412	40.099	38.070

9 Bürgschaften/ Darlehen

Bürgschaften des Landkreises Limburg-Weilburg Stand 31.12.2018

Bezeichnung	Ursprungsbetrag In Euro	Stand zum 31.12.2018 In Euro
Bürgschaft f. d. Kreishallenbad Weilburg GmbH Ablösung Sacheinlage MKW-Aktien	3.414.454,73	1.659.173,33
Bürgschaft f. d. Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung e. V.	6.000.000,00	2:431.020,00
Bürgschaft f. d. Kreishallenbad Weilburg GmbH Finanzierung Kaufpreis f. d. Hallenbad	909.000,00	470.135,57
Bürgschaft f. d. ZVN GmbH Stille Einlage NASPA	7.000.000,00	7.000.000,00
Bürgschaft f. d. Kreishallenbad Weilburg GmbH Ablösung Sacheinlage MKW-Aktien	388.480,59	0,00
Summe	**17.711.935,32**	**11.560.328,90**

Darlehen des Landkreises Limburg-Weilburg Stand 31.12.2018

Bezeichnung	Darlehens-summe in Euro	Ursprungsbetrag in Euro	Stand zum 31.12.2018
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	3.000.000	3.000.000	3.000.000
Summe	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.000.000**

Impressum

Herausgeber: Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg
Schiede 43
65549 Limburg
Telefon 06431/296-0
06431/296-235

Ansprechpartner: Landrat Michael Köberle
Amt für Finanzen und Organisation
- FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen -

Redaktion: Amt für Finanzen und Organisation
-FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen-

Druck: Landkreis Limburg-Weilburg, Hausdruckerei

Stand: 31.12.2018